



Anträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Heilbronn**

22. Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

Antragsbereich	BerichterstatterInnen	Seite
Statut	Dr. Daniela Harsch Ralf Spörkel	2
Arbeitsprogramm	Dr. Daniela Harsch Ralf Spörkel	4
Partei	Dr. Daniela Harsch Ralf Spörkel	30
Organisation	Dr. Daniela Harsch Ralf Spörkel	63
Rente	Sarah Pawlowski Dr. Martin Rosemann MdB	67
Gesundheit	Raphael Pfaff Jeannette Roth	89
Steuern und Finanzen	Lothar Binding MdB Luisa Boos	109
Arbeit und Soziales	Benjamin Knöpfle Monika Müller	132
Wohnen	Julien Bender Dr. Dorothea Kliche-Behnke	138
Bildung und Wissenschaft	Benjamin Knöpfle Gabi Rolland MdL	151
Familie	Julien Bender Dr. Dorothea Kliche-Behnke	155
Wirtschaft	Gabi Rolland Christian Soeder	158
Innen und Recht	Luisa Boos Christian Soeder	162
Außen- und Sicherheitspolitik	Raphael Pfaff Ralf Spörkel	167
Europa	René Repasi Fabienne Vesper	178
Verbraucherschutz	Judith Marvi Fabienne Vesper	185
Einwanderung und Integration	Luisa Boos Sarah Pawlowski	187
Ceta / TTIP	René Repasi Dr. Martin Rosemann MdB	194
Geschäftsordnung der Antragskommission		198
Mitglieder der Antragskommission		199

Statutenänderung

Antragsbereich Statut/ **Antrag 1**

Kennnummer 8361

Landesvorstand

Landesdelegiertenkonferenz

Landesdelegiertenkonferenz

**Antrag zur Änderung des Landesstatutes der SPD Baden-
Württemberg auf dem Landesparteitag am 22.10.2016 in
Heilbronn** Annahme

5 **Landesdelegiertenkonferenz (kleiner Landesparteitag)**
§ 16 (neu)

10 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz setzt sich aus **180** von den
Kreis-konferenzen gewählten Delegierten zusammen. Die
Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die
in den voraus gegangenen vier Quartalen Pflichtbeiträge
abgerechnet worden sind. Jeder Kreisverband erhält ein
Grundmandat.

15 (2) Mit beratender Stimme nehmen teil:

1. die Mitglieder des Landesvorstandes;
2. die Revisoren und Revisorinnen;
3. die vom Landesvorstand bestellten Konferenzreferenten
und -referentinnen;
4. die Mitglieder der Landtagsfraktion und die im Bereich
des Landesverbandes gewählten Mitglieder der
Bundestagsfraktion und der Fraktion im Europäischen
Parlament;
5. die im Bereich des Landesverbandes tätigen
Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen;
6. die Mitglieder der Antragskommission;
7. die Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaften
8. und ein Sprecher oder eine Sprecherin der Juso-
Hochschulgruppen.

35 (3) Die Landesdelegiertenkonferenz prüft die
Legitimation der Teilnehmer, wählt die Leitung und
bestimmt die Geschäftsordnung. Die Konferenz ist
beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
Stimmberechtigten anwesend ist.

40 (4) Über die Verhandlung der
Landesdelegiertenkonferenz wird ein
Beschlussprotokoll angefertigt. Das Beschlussprotokoll

ist allen Delegierten und den Organisationsgliederungen zuzusenden.

45 (5) Die Einberufung der Landesdelegiertenkonferenz erfolgt durch den Landesvorstand. Die Einberufung mit Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung hat mindestens einen Monate vor dem Termin zu erfolgen.

50 (6) Auf Antrag von zwei Fünftel der Kreisverbände hat der Landesvorstand eine Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen.

55 (7) Anträge zur Landesdelegiertenkonferenz müssen mindestens vier Wochen vor Tagungsbeginn beim Landesverband eingegangen sein. Anträge müssen Angaben über die antragsberechtigte Organisationsgliederung, Ort und Datum des Beschlusses enthalten.

60 (8) Die Anträge sind den Delegierten und den Organisationsgliederungen mit einer Stellungnahme der Antragskommission eine Woche vor der Landesdelegiertenkonferenz zuzustellen.

65 (9) Zur Landesdelegiertenkonferenz gelten die Antragsberechtigungen zum Landesparteitag entsprechend.

70 **Aufgaben der Landesdelegiertenkonferenz (neu)**
§ 17 (neu)

(1) Die Landesdelegiertenkonferenz ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen und fasst Beschlüsse soweit sie nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung vorbehalten sind.

(2) Die Landesdelegiertenkonferenz beschließt über die vom Landesparteitag überwiesenen Anträge.

80 **Kreisvorsitzendenkonferenz**
§ 18

Arbeitsprogramm

Antragsbereich AP/Antrag 1

Kennnummer 8362

Landesvorstand

Arbeitsprogramm

SPD Baden-Württemberg 2016 bis 2018

Sozial, glaubwürdig und bunt – mit Tatkraft und Visionen für eine starke SPD

5

Ausgangslage

10

Unser Erneuerungsprozess trägt erste Früchte. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess haben wir unser bitteres Ergebnis bei der Landtagswahl im März 2016 analysiert und Ideen für die Erneuerung der SPD Baden-Württemberg gesammelt, um in Zukunft erfolgreicher zu sein. Wir danken allen Mitgliedern, die sich über die vielfältigen Plattformen eingebracht haben. Jetzt gilt es, die Wahlniederlage abzustreifen und die Oppositionsrolle im Land konsequent anzunehmen und den Blick nach vorne zu richten.

15

20

Die vorgezogene Neuwahl des Landesvorstands bietet uns die Chance, um Leni Breymaier ein Team aus bekannten und neuen Gesichtern zu präsentieren und die SPD damit als soziale, glaubwürdige und bunte Partei mit Tatkraft und Visionen aufzustellen. Dem Landesvorstand als Führungsgremium kommt hier zweifellos eine Vorbildfunktion zu.

25

Denn dieser tiefgreifende Erneuerungsprozess muss sich fortsetzen. Wir wollen die Attraktivität der Partei für die Breite der Gesellschaft – auch für Junge, Frauen und Migrant/innen – in der Fläche des Landes weiter erhöhen.

30

Parallel zum laufenden Erneuerungsprozess stehen die Planungen und Vorbereitungen zur Bundestagswahl, die voraussichtlich im September 2017 stattfindet. Hinzu kommen auch die Vorbereitungen für die Kommunal- und die Europawahlen im Jahr 2019. Wir werden uns bereits in dieser Amtsperiode der Herausforderung stellen, wie wir uns thematisch und organisatorisch dafür aufstellen.

35

Inhaltliches Profil schärfen

40

Arbeitsprogramm

Annahme in der Fassung der
Antragskommission

Gutes, möglichst reibungsloses Arbeiten reicht nicht aus, um sozialdemokratisches Profil zu zeigen. Es ist unser Ziel, durch breite inhaltliche Diskussionen die Bandbreite der SPD aufzuzeigen.

45

Das Streben nach einer gerechten Gesellschaft ist der Markenkern der SPD. Dabei steht der Mensch im Mittelpunkt jedes politischen Handelns. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung – frei, selbstbestimmt und gut, in Würde, mit gerechten Chancen und gleichen Rechten für alle zusammenleben können. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Schwachen nicht vergessen werden, eine Gesellschaft, die an Aufstieg durch Bildung glaubt und sich am Gemeinwohl orientiert.

50

55

Der gesellschaftliche Zusammenhalt funktioniert nur, wenn es gerecht zugeht. In Deutschland und Baden-Württemberg ist die Gesellschaft aber immer ungleicher geworden. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit wird gebraucht. Dringend. Allerdings nur, wenn sie sich auf ihren Markenkern besinnt und ihre Politik an Fragen der sozialen Gerechtigkeit ausrichtet.

60

Die SPD muss wieder Partei der (sozialen) Sicherheit sein. Gerade in einer globalisierten Welt mit internationalen Herausforderungen ist es wichtig, für größtmögliche Sicherheit und Geborgenheit zu sorgen. Die SPD muss wieder die Partei der gerechten Verteilung und gleichen Rechte, der Chancen und Hoffnungen sein.

65

70

Die Verknüpfung unserer langfristigen Ziele, gar eine sozialdemokratische Vision mit der Tagespolitik gelingt uns bisher schlecht. Wir sagen selten, welchen Beitrag bestimmte Einzelmaßnahmen zum großen Ganzen leisten sollen, sondern bleiben beim Klein-Klein stehen. Und wir haben langfristige Ziele, von denen wir gar nicht wissen, wie wir sie erreichen wollen.

75

Es gibt also Lücken in der Programmatik, die wir angehen müssen. Wir wollen deshalb klären, was soziale Gerechtigkeit heute bedeutet. Hierfür definieren wir folgende Ziele:

80

1. Die ungleiche Entwicklung von Einkommen und Vermögen muss überwunden werden. Wir wollen die Schere zwischen Arm und Reich schließen.
2. Die verlässliche, zukunftsfähige und gerecht finanzierte Absicherung der Menschen gegen die fundamentalen Lebensrisiken.
3. Armut in unserer reichen Gesellschaft nehmen wir nicht hin.
4. Die öffentliche Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Hierfür brauchen wir finanzielle Spielräume und gerechte Finanzierungsvorschläge.

85

90

- 95 5. Eine durchlässige Gesellschaft, in der Aufstieg für jeden
möglich ist.
6. Die Gleichstellung der Geschlechter und
Lebensentwürfe in allen Lebensbereichen.
7. Die Arbeitswelt von morgen muss gerecht gestaltet
werden.
- 100 8. Wir wollen das Gemeinschaftsgefühl der Gesellschaft
stärken und geeint in Vielfalt gut zusammenleben. Die
gelingende Integration aller Menschen, die in Baden-
Württemberg leben, ist eine der wesentlichen
105 gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir
anpacken, in der Kommune, im Land, im Bund und auf
europäischer Ebene.
9. Die Entwicklung einer Zukunftsvision, die uns und
potentielle Wähler/innen begeistert und zuversichtlich
in die Zukunft blicken lässt.

110

Parteiarbeit modernisieren

Wir werden die Strukturen und Gremien der Landes-
SPD neu aufstellen. Weniger Binnenfixierung, mehr
115 Ergebnisorientierung – das ist unser Leitgedanke. Dazu
wollen wir den Landesvorstand als Führungsgremium
stärken, der mit klaren Zuständigkeiten arbeitet und
strategische Entscheidungen trifft.

120 Mit der Einführung eines kleinen Parteitages und einer
kommunalpolitischen Mandatsträgerkonferenz, der
Stärkung der Kreisvorsitzendenkonferenz und der
direkten Mitgliederbeteiligung ermöglichen wir
gleichzeitig mehr Beteiligung und werten damit die
125 Arbeit in unserer Partei auf.

So wollen wir langfristige Zukunftsthemen angehen,
dabei Prioritäten setzen und dann klare Positionen
130 verabreden und beziehen. Das gelingt uns, wenn wir
eine positive Streitkultur pflegen und Debattenräume
schaffen – und wenn wir eine klare, verständliche, auch
emotionale Sprache für unsere politischen Inhalte
entwickeln.

135

Ein Schlüssel dazu ist die Professionalisierung unserer
Kommunikation auf allen Ebenen. Wir werden wenige
übergreifende Botschaften in den Vordergrund rücken
140 und Einzelmaßnahmen diesen Botschaften zuordnen.

Nach der Bundestagswahl werden wir eine erneute
Überprüfung unserer Parteistrukturen vornehmen. Im
Sinne des fortlaufenden Erneuerungsprozesses werden
145 wir diskutieren, was sich bewährt hat – und was nicht.
Im Fokus wird dabei vor allem das Zusammenspiel

zwischen sowie die Rollen und Aufgaben unserer Parlamentarier/innen, hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und ehrenamtlich Engagierten stehen. Außerdem werden wir die Frage angehen, wie wir unsere ehrenamtlichen Funktionsträger/innen und deren Gliederungen von unnötiger Bürokratie und Formalien weiter entlasten können.

Vertrauen gewinnen und klare Haltung gegen Rechts zeigen

Viele Menschen haben Vertrauen in die Politik verloren. Sie sind verunsichert, besorgt und manchmal wütend, weil sie um Arbeitsplätze, ihre soziale Sicherheit, um die Ausbildung ihrer Kinder und ihre Zukunft und Sicherheit fürchten.

Rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Hetze und Straftaten gegen Flüchtlinge haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Es ist und bleibt ausdrücklich Anspruch und historische Aufgabe der Sozialdemokratie, den Kampf gegen diese rechten Umtriebe zu führen. Dies tun wir:

- mit einer klaren Haltung gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus,
- mit einer Politik des sozialen Zusammenhalts, die zum Beispiel in bezahlbarem Wohnraum und gleiche Bildungschancen für alle investiert,
- mit einem klaren Bekenntnis zu den Werten unserer Verfassung; der besten, die wir in unserer Geschichte je hatten.

Oppositionsrolle im Land annehmen und Regierungsbeteiligung 2021 vorbereiten

Die grün-schwarze Landesregierung hat schon nach wenigen Wochen gezeigt, dass sie keine Vorstellung davon hat, wohin unser Land sich in den nächsten Jahren entwickeln soll. Stattdessen führt sie entweder die erfolgreiche Arbeit der grün-roten Regierung fort oder versteckt sich hinter Schlagwörtern wie der Digitalisierung oder hinter Prüfaufträgen.

Die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie sozialer Zusammenhalt spielen keine Rolle. Im Regierungsstil haben sich die Grünen in atemberaubendem Tempo der CDU angepasst und sehen das Land zunehmend als ihr Eigentum an.

Die SPD im Landtag von Baden-Württemberg ist die soziale Kraft. Unser Arbeitsschwerpunkt Soziale Gerechtigkeit umfasst

~~Stattdessen führt sie entweder die erfolgreiche Arbeit der grün-roten Regierung fort oder versteckt sich hinter Schlagwörtern wie der Digitalisierung oder hinter Prüfaufträgen.~~
Die Belange ...

... Eigentum an. **Kommunen und Beschäftigten des Landes will die neue Landesregierung schamlos in die Tasche greifen.**

200 alle Bereiche des menschlichen Daseins: vom gleichen Zugang
zu Bildungschancen bei der Kinderbetreuung und in der Schule
bis hin zu guten Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen in
Stadt und Land. Wir wollen, dass alle Menschen am
gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das betrifft u.a. den
205 Arbeitsmarkt, den Zugang zu Infrastruktur, die Einbindung von
Menschen, die „am Rand“ stehen und auch die Integration von
Flüchtlingen.
Als SPD setzen wir uns für einen starken und handlungsfähigen
Staat ein, der die Innere Sicherheit für alle Menschen ... Staat ein, der die Innere Sicherheit ...
210 gleichermaßen gewährleistet – unabhängig von den persönlichen
Voraussetzungen des Einzelnen. All dies setzt eine solide und
zukunftsfähige Finanzpolitik voraus. Denn zur Herstellung
gerechter Lebensverhältnisse müssen wir mit unseren
Ressourcen nachhaltig und seriös umgehen.
215 Wir pflegen ein enges und vertrauensvolles Verhältnis mit
unseren Kommunen, für deren Interessen wir eintreten.

Die nächsten Schritte

220 Dies alles zeigt: Unser begonnener Erneuerungsprozess hat
Klarheit gebracht und Wege aufgezeigt. Jetzt kommt es darauf
an, dass wir die gewonnenen Erkenntnisse als neuer
Landesvorstand anpacken und konsequent umsetzen. Unsere
konkreten Schritte für die kommenden zwei Jahre sind:

Bundestagswahl im Herbst 2017

Die Bundestagswahl 2017 ist das bestimmende Ereignis für die
SPD in der Amtsperiode des neuen Landesvorstands. Für uns ist
230 klar: Wir werden um jedes einzelne Bundestagsmandat in
Baden-Württemberg kämpfen!

Bereits im Landtagswahlkampf haben wir erleben müssen, wie
mit Angst und mit Hass auf Stimmenfang gegangen wird. Umso
235 wichtiger ist es, dass wir als Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten für Toleranz, Freiheit und Demokratie stehen.
Nur mit einer starken SPD-Landesgruppe aus Baden-
Württemberg in Berlin bleibt unser Land sozial und gerecht. Wir
stehen für eine Gesellschaft, die zusammenhält!

240 Dabei wird es nicht zuletzt darauf ankommen, die
Stimmungslage der Menschen im Sommer 2017 aufzunehmen.
Entscheidend ist: Wir müssen dahin gehen, wo die Menschen
sind!

245 Den Rahmen des Wahlkampfes bilden hierzu folgende Vorhaben,
bei denen unserer Landesgeschäftsstelle und unseren
Regionalzentren in Zeiten mit weniger Ressourcen eine noch
höhere Verantwortung als bislang zukommen wird:

- 250
- Durchführung des Listenparteitages am 11. März 2017
in Schwäbisch Gmünd,

- Umsetzung der Bundestagswahlkampagne in Baden-Württemberg,
- 255 • Unterstützung der Schulungsangebote des Parteivorstands auf regionaler Ebene (Kandidierendencoaching, WK-Leiter/innen-Workshops, etc.),
- 260 • Durchführung einer Mobilisierungskonferenz für alle Kandidierenden sowie für Amts- und Mandatsträger/innen,
- Beobachtung der politischen Konkurrenz, um ggf. schnell reagieren zu können,
- Verstärkte Nutzung von digitalen Medien,
- 265 • Gewährleistung der Plakatierung und Präsenz in der Fläche des Landes.

270 Der Landesvorstand wird sich außerdem aktiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms beteiligen und dabei den Fokus klar auf soziale Gerechtigkeit legen.

275 Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch in Berlin wieder eine stärkere Rolle spielen. Die SPD Baden-Württemberg muss künftig stärker in der politischen Führung – in der Bundesregierung wie in den Parteigremien – verankert sein.

Fest im Blick: Die Kommunalwahl 2019

280 Die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 sind für die SPD Baden-Württemberg eine große Chance, an die Serie von Erfolgen bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen anzuknüpfen. Wir sind stolz auf unsere Kommunalpolitikerinnen und

285 Kommunalpolitiker!

290 In einer Arbeitsgruppe werden wir unseren kommunalen Sachverstand bündeln. Wir werden den bestmöglichen Service für die Ortsvereine sicherstellen. Wir werden von Seiten des Landesvorstands – unter Einbindung der kommunalen Mandatsträger/innen und der Kreisvorsitzendenkonferenz – folgende konkrete Schritte vorantreiben:

- 295 • Wir werden nach Personen suchen, die in der Zivilgesellschaft aktiv sind (oder werden könnten) sowie strategische Hilfestellung beim Aufstellen der Kommunallisten leisten. Denn schon jetzt gilt es, vor Ort Ausschau zu halten nach Persönlichkeiten des
- 300 gesellschaftlichen Lebens, um sie für unsere Listen zu gewinnen.
- Wir werden die Kreisverbände und Ortsvereine bei der Öffnung ihrer Listen für Migrantinnen und Migranten unterstützen. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen

305

werden wir die Kandidierendensuche sowie die Qualifizierung der Kandidierenden fördern.

- Wir erfassen alle Kandidierenden ohne Parteibuch zentral und stellen sicher, dass diese – wenn gewollt – über die Aktivitäten der SPD informiert werden.

Weiterhin werden wir wie bislang unseren Gliederungen einen umfassenden Service zur Verfügung stellen:

- Bereitstellung eines Angebots an Wahlkampfmaterialien durch den Landesverband – in enger Abstimmung mit der SGK (zum Beispiel Standardplakat und Standardlayout für Prospekte),
- Forcierung des vom Landesverband aufgelegten Mentoring-Programms zur Nachwuchsförderung unter Einbindung der Arbeitsgemeinschaften, um eine gute Mischung aus erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zu befördern,
- Durchführung einer kommunalpolitischen Mandatsträgerkonferenz, auf der alle organisatorischen und inhaltlichen Angebote entwickelt und vorgestellt werden,
- Erarbeitung von Aktionspaketen und Materialien zur politischen Begleitung der bei der letzten Kommunalwahl eingeführten Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen

Die SPD hat in Baden-Württemberg in den letzten Jahren eine ganze Reihe von – oft jungen – Kandidatinnen und Kandidaten hervor gebracht, die bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen erfolgreich waren. Das ist sehr erfreulich. Andererseits finden nahezu jedes Wochenende im Land Bürgermeisterwahlen statt – und zwar oft ohne sozialdemokratische Kandidaten (und vor allem: ohne Kandidatinnen!).

Wir wollen die Gestaltungsmöglichkeiten in den Rathäusern unseres Landes künftig noch besser nutzen. Deshalb wollen wir im Landesvorstand daran arbeiten, wie es uns gelingen kann, mehr Kandidatinnen und Kandidaten für dieses Amt zu begeistern. Die Landesgeschäftsstelle wird dazu die Beratung – in enger Kooperation mit SGK – für örtliche Parteigliederungen, für Fraktionen und für an einer Bewerbung Interessierte weiter verbessern.

Europawahl 2019 – weltoffen im Herzen Europas

Voraussichtlich wird gleichzeitig mit den Kommunalwahlen auch die Europawahl stattfinden. Vor

dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen sowie zahlreicher weiterer einschneidender Entwicklungen auf internationaler Ebene wird dieser Wahl eine hohe Bedeutung zukommen.

Europa bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zweifellos DAS Friedensprojekt. Dabei stehen wir auch für ein Europa ein, das sein Versprechen einlöst, den Lebensstandard aller zu erhöhen und für soziale Sicherheit zu sorgen. Denn das Friedensversprechen kann nur von Dauer sein, wenn wir den sozialen Ausgleich in der europäischen Wertegemeinschaft mit Leben füllen. Das europäische Gesellschaftsmodell muss wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit verbinden.

Vor diesem Hintergrund wollen wir als Landesverband konkrete Ideen für soziale Mindeststandards in Europa entwickeln und in einem ersten Schritt ein sozialdemokratisches Konzept für eine europäische Arbeitslosenversicherung erarbeiten.

Als exportstarkes, aufgeschlossenes Land mitten in Europa sind wir in Baden-Württemberg besonders an einem positiven Abschneiden bei der Europawahl interessiert. Deshalb bildet die langfristige Vorbereitung dieser Wahl einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit. Folgende Aktivitäten werden dabei angepackt:

- Frühzeitig stattfindende Workshops, mit denen wir die Grundlagen für die Wahlkampfplanung vor Ort legen. Die Kreisverbände werden dabei gebeten, für den Europawahlkampf Ansprechpartner/innen zu benennen.
- Durchführung des Politischen Aschermittwochs mit einer/m hochrangigen Hauptredner/in zur Europapolitik.
- Besondere Berücksichtigung des Europatages am 9. Mai zur Wahlmotivation, zum Beispiel Vorbereitung einer Ideenbörse und einer Handreichung.

Organisation und Mitgliederbetreuung

Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Eine aktive Mitgliedschaft ist für uns Basis der politischen Entscheidungsprozesse. Deshalb sind für uns die Gewinnung neuer Mitglieder für die Sozialdemokratie und die optimale Betreuung aller Mitglieder von besonderer Bedeutung. Wir werden dabei folgende Maßnahmen weiterführen oder neu einführen:

- Einen „Mitmachpool“ einrichten: Nicht wenige, bisher noch passive Mitglieder, wollen mitarbeiten und ihre Kompetenzen einbringen. Diese Mitglieder wollen wir

ansprechen und ihre Kompetenzen und Interessen gezielt abfragen. Die Landesgeschäftsstelle und die Regionalzentren werden daher gemeinsam mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen Mitglieder gezielt ansprechen und zum Mitmachen einladen.

- Die Unterstützung der Mitgliederbeauftragten auf allen Parteiebenen.
- Die Mitgliedergewinnung als Thema in die anstehende Wahlkämpfe einbinden.
- Die innerparteiliche Bildungsarbeit forcieren: Politische Bildungsarbeit hat den Auftrag, Räume zur politischen (Weiter-)Bildung zu schaffen, Inhalte zu erarbeiten und zu überprüfen, unsere Mitglieder für die Übernahme von Verantwortung vorzubereiten und sie mit einem methodischen Werkzeugkoffer in ihrer Arbeit zu unterstützen. Für eine Repolitisierung im Inneren ist die innerparteiliche Bildungsarbeit prädestiniert. Ihr kommt daher beim Erneuerungsprozess der Landespartei und in den kommenden Jahren eine tragende Rolle zu.
- Die Durchführung von Mitgliederbefragungen zu Personal- und verstärkt Sachfragen.

Zeitgemäße Kommunikation

Der Landesvorstand wird sich auf einer Klausur nach dem Landesparteitag mit der Verbesserung der Kommunikation nach außen und innen befassen. Dazu gibt es folgende Überlegungen:

- Wahlprogramme und Grundsatzpapiere sollen immer verständlich sein und soll es auch immer in einfacher und leichter Sprache geben. Diese werden in Kooperation mit spezialisierten Dienstleistern übersetzt.
- Gut und wirkungsvoll als Botschafter/in der SPD zu kommunizieren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Dafür müssen und können wir uns qualifizieren und auch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in allen Gliederungen entwickeln. Dazu brauchen wir eine breit angelegte Schulung dieser Mitglieder. Erfahrungen aus der Nachbarschaftskampagne sowohl für den politischen Dialog als auch für die Nutzung von Medien aller Art können hierzu dienlich sein.
- Menschen interessieren sich heute nach wie vor für Themen, die spannend oder bedeutend für ihr Leben sind. In Ortsvereinen, Kreisverbänden, Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros besteht ein Wissen über Menschen und andere Organisationen, die sich für unsere Themen und Botschaften interessieren (könnten). Auch in Wahlkämpfen generieren wir Adressen und Kontakte. Die Versuche, ein für hauptamtliche und ehrenamtliche Funktions- und Mandatsträger/innen zur Verfügung stehendes „Kundenbeziehungsmanagement“ (CRM) – wie zum Beispiel spd-online.de oder

465 mitmachen.spd.de – aufzubauen, sind allerdings bislang
stecken geblieben. Der Landesverband wird daher dem
Parteivorstand einen Modellversuch vorschlagen, ein
Wissensmanagement und CRM zu entwickeln.

470 • Wir wollen auch weiterhin Vorreiter bei
innerparteilichen Entscheidungsprozessen und der
Bürgerbeteiligung zu sein. Um die Parteiarbeit zu
modernisieren, gilt es, alle Formen von zeitgemäßen und
digitalen Beteiligungsformen zu nutzen. Neben den
475 Telefonversammlungen, mit denen wir bereits jeweils
bis zu 20.000 Mitglieder erreicht haben, gilt es, den
Online-Bereich weiter konsequent auszubauen. Mittels
neuer Technologien könnten Online-Konferenzen
durchgeführt und so Mitglieder beteiligt werden, die
480 fernab vom Ortsvereinsprinzip inhaltlich an einem
Projekt mitarbeiten möchten.

Gesellschaftliche Akteure in unsere Arbeit einbeziehen

485 Wir wollen als Landesvorstand stärker als bisher die
gesellschaftlichen Akteure unseres Landes in die Arbeit
der SPD einbeziehen. Unsere Arbeitsgemeinschaften
bleiben dabei jeweils erste Ansprech- und
Abstimmungspartner. Ideen dazu sind:

490 *Konferenz Gerechtigkeit und Fortschritt*

Ausgehend von einer Konferenz zu Gerechtigkeit und
Fortschritt im ersten Quartal 2017 – bei der
495 Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften,
Jugend- und Naturschutzverbände u.a. eingeladen
werden – sollen konkrete Ziele für Gerechtigkeit und
Fortschritt in Baden-Württemberg formuliert werden.

500 Diese Ziele werden im Sommer 2017 in einer weiteren
Konferenz vorgestellt und zu einem großen
Positionspapier zusammengeführt.
Landesvorstandsmitglieder leiten diese Arbeit.

505 *Fortschrittsforum*

Die SPD Baden-Württemberg richtet ein
Fortschrittsforum ein. In diesem Forum werden
Zukunftsentwürfe zu zentralen politischen
Herausforderungen erarbeitet. Es geht darum, wie wir
510 die Potenziale des Landes heben – für gesellschaftlichen
Zusammenhalt, für wirtschaftliche Stärke, in Vielfalt.
Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit soll ein
landespolitischer Zukunftsentwurf für „Baden-
Württemberg 2030“ sein, in dem die großen Themen
515 unserer Zeit auf unser Bundesland heruntergebrochen
und konkrete Lösungen vorgeschlagen werden.

Das Fortschrittsforum arbeitet auf der Basis unserer sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Es geht nicht um Fortschritt als Selbstzweck, sondern um Fortschritt für alle. Und es geht nicht nur um Theorie, sondern um Praxis. Es soll etwas entstehen, was im englischsprachigen Raum ein „Think-Do-Tank“ genannt wird, also ein Denkraum und eine Werkstatt in einem. Aus politischen Konzeptionen sollen nach Möglichkeit immer konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, in denen bestenfalls alle politischen Ebenen gemeinsam an Zielen arbeiten und dabei andere mit einbinden können.

Die Mitglieder des Fortschrittsforums werden vom SPD-Landesvorstand berufen. Die Dauer der Mitgliedschaft wird befristet, eine Wiederberufung ist möglich. In der Zusammensetzung ist auf Qualifikation und Vielfalt zu achten. Unser Anspruch muss sein, die spannendsten Köpfe einzubeziehen – zum Beispiel aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Forum wird von einem bzw. von mehreren Mitgliedern des Landesvorstands geleitet. Dessen/deren Aufgabe ist es, die Impulse fortlaufend in den Landesvorstand zur Diskussion und Beratung einzubringen. Über die Programmatik der Partei entscheidet selbstverständlich weiterhin die Partei. Die Mitglieder des Forums sind aufgerufen, intensiv an Debatten in der Partei bzw. für die Partei teilzunehmen.

Workshops

Zukünftig finden mindestens zweimal im Jahr Workshops statt, in denen im Arbeitsprogramm festgelegte Themen bearbeitet werden. Mögliche Themen hierzu sind:

- Digitalisierung/Zukunft der Arbeitswelt und Wirtschaft
- Bezahlbares Wohnen
- Kostenlose Bildung / Kita-Entwicklung
- Lebensbegleitendes Lernen (auch: Bildungszeitgesetz)
- Prostitution
- Innere Sicherheit
- Nachhaltigkeit
- Einwanderungsgesellschaft
- Inklusion

Für kurzfristige Themen legt der Landesvorstand je nach Bedarf die Formate fest (zum Beispiel Abendveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Workshops, Online-Konferenzen, Besichtigungen, etc.). Alle Formate sind grundsätzlich öffentlich und richten sich an alle Mitglieder. Es sollte aber grundsätzlich das

Ziel sein, mit unseren Veranstaltungen auch Nichtmitglieder anzusprechen.

Sozial und glaubwürdig

575

Auf Grundlage dieses Programms wollen wir als Landesvorstand in den kommenden zwei Jahren den Stolz unserer SPD, ihre Glaubwürdigkeit und ihre Wählbarkeit wieder stark machen. Wir sind sicher: Der Tiefpunkt der Landtagswahl vom März ist durch den begonnenen Erneuerungsprozess überwunden. Wir wissen aber auch: Es liegt jetzt richtig viel Arbeit vor uns.

580

585

Wir wollen und wir können Erfolg haben. Mit einem klaren sozialen Profil. Mit Leidenschaft. Mit einem starken Team im Landesvorstand. Und mit der ganzen Partei. Für den Weg, der vor uns liegt, brauchen wir alle Genossinnen und Genossen. Gemeinsam mit ihren Ideen, ihren Talenten, ihrem Können, ihrer Verwurzelung, ihrer Energie und ihren Träumen werden wir unsere SPD in Baden-Württemberg wieder nach vorne bringen.

590

Antragsbereich AP/Antrag 2

Kennummer 8371

Kreisverband Stuttgart

Verbesserung des Informationsflusses

Verbesserung des Informationsflusses

Die Landtagsfraktion und der Landesverband der SPD führen ein geeignetes Mittel (bspw. einen elektronischen Newsletter) ein, mit dem die Ortsvereine regelmäßig über landespolitische Aktivitäten informiert werden.

Überweisung an die Landtagsfraktion und an den Landesvorstand.

5

Begründung:

10

Der vergangene Landtagswahlkampf und das enttäuschende Wahlergebnis haben gezeigt, dass es wichtiger denn je ist, dass die SPD ihre Politik besser erklärt. Den Ortsvereinen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu, da sie vor Ort die Informationen direkt an örtliche Multiplikator*innen und die Bevölkerung weitergeben können. Da wir uns in Zukunft auf

- 15 sinkende Parteibudgets einstellen müssen, ist dieser Weg der
Information umso wichtiger, da wir aufgrund unserer
vergleichsweise hohen Mitgliederzahl mit wenig finanziellen
Mitteln eine große Reichweite erzielen können. Zudem ist die
politische Bildung der Mitglieder Auftrag der Ortsvereine und
dieser umfasst unserer Ansicht nach alle Politikbereiche, also
20 auch landespolitische Themen.

Antragsbereich AP/Antrag 3

Kennnummer 8378
Kreisverband Heilbronn-Land

Neuausrichtung der Landespartei

Neuausrichtung der Landespartei

- 5 Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert, eine auf Baden-
Württemberg zugeschnittene programmatische
Neuausrichtung der Landespartei und Fokussierung auf
sozialdemokratische Kernthemen zu entwickeln. Die
Diskussion darüber muss zudem parteiöffentlich geführt
werden. Der Fokus der sozialdemokratischen Politik soll auf
für die Bevölkerung relevanten Themen liegen. Ein
glaubwürdiger Neuanfang muss auch Raum bieten für neue
Gesichter an der Spitze der Landespartei.

Erledigt durch Annahme von Antrag AP 1 in
der Fassung der Antragskommission

Begründung:

- 15 Nach dem bis dahin schlechtesten Ergebnis bei der
Landtagswahl 2011 kann dieses nochmals deutlich schlechtere
Ergebnis nicht ohne deutlich sichtbare Konsequenzen bleiben.
Der Verweis auf besondere Einmaleffekte (2011/23,1 %:
Fukushima, 2016/12,7 %: Flüchtlinge/Kretschmann) kann
nicht darüber hinwegtäuschen, dass kontinuierlich weniger
Wähler in unserem Land der SPD die Stimme geben. Auch und
20 gerade bei besonderen äußeren Anlässen muss die SPD wegen
ihrer klaren Positionen wählbar sein. Bei Fortsetzung dieses
Trends könnte der nächste Einmaleffekt im Jahr 2021 die SPD
aus dem Landtag bringen.

- 25 Die Aufarbeitung der Niederlage muss sofort und
schonungslos erfolgen. Der Wahlkampf hat eindeutig
Schwächen aufgezeigt, für die der Landesvorstand die
Verantwortung übernehmen muss:

- 30
- Das für die Bevölkerung zu einem großen Teil
wahlentscheidende Flüchtlingsthema wurde völlig
falsch eingeschätzt und nicht adäquat behandelt. Die
zuständigen Minister (Innen-, Kultus-, Sozial- und
Integrationsminister) waren in der Kampagne nicht

- 35 sichtbar. Der Umgang mit der AfD war unprofessionell bis wankelmütig.
- Sozialdemokratische Kernthemen waren nicht klar erkennbar und wurden nicht kommuniziert, stattdessen Fokussierung auf kritische Themen wie
- 40 Gemeinschaftsschule, die in der Bevölkerung entweder keine Relevanz haben oder negativ bewertet werden.
- Die SPD grenzte eigene Erfolge gegenüber den Grünen nicht klar genug ab.
- 45 • Streitthemen wie TTIP wurden oder werden innerparteilich von oben abgebügelt.

Bei der Zuspitzung auf einen Zweikampf Wolf — Kretschmann hätte die SPD mit wenigen Kernthemen und ihren Ministern im Team dagegenhalten müssen.

50

Die Zeit der Beschäftigung mit sich selbst auf ritualisierten Parteitagen muss vorbei sein. Im Fokus müssen Themen stehen, die Relevanz für die Bevölkerung haben. Die Vermittlung dieser Themen muss zeitgemäß und nicht akademisch erfolgen.

55

Antragsbereich AP/Antrag 4

*Kennummer 8380
Kreisverband Enzkreis*

Sichtbarkeit der SPD in der Fläche

Seit der Landtagswahl befindet sich die SPD im Erneuerungsprozess. Dieser wird bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Als SPD Enzkreis begleiten wir diesen einstimmig vom Landesvorstand beschlossenen Weg intensiv und unterstützen die vereinbarten Schritte. Unser Ziel ist eine starke SPD. Die SPD ist DIE demokratische Kraft für Zusammenhalt und Zukunft. Deshalb ist für die SPD Enzkreis klar: Nach dem Erneuerungsprozess ist vor der Bundestagswahl. Deshalb gilt es jetzt, die Kräfte zu bündeln und die Strukturen nach der Landtagswahl neu aufzustellen.

5

10

Dreh- und Angelpunkt ist eine sprachfähige Partei in der Fläche. Wir können intensiv um politische Inhalte ringen, Positionen beziehen oder Beschlüsse fassen: Wenn niemand diese politischen Inhalte versteht und sie nicht bei den Menschen ankommen sind sie am Ende nicht mehrheitsfähig und berühren die Bürgerinnen und Bürger nicht.

15

Sichtbarkeit der SPD in der Fläche

Überweisung an den Landesvorstand und die Landtagsfraktion.

20 Wichtig ist deshalb, sich neben dieser Erneuerung gleichzeitig
intensiv Gedanken zu machen, wie die SPD in der Fläche
sprachfähig bleiben kann. Neben Wahlkreisen mit MdBs,
MdLs und MdEPs gibt es Wahlkreise und Kreisverbände, die
keine Abgeordneten mehr vor Ort haben. Die verbleibenden
25 MdLs haben mehrere Betreuungswahlkreise zu betreuen - für
die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine sehr große
Herausforderung. Hier braucht es effektive Mechanismen, dass
die SPD sprachfähig bleibt, ohne die Ehrenamtsstruktur zu
überfordern.

30 Deshalb braucht es dringend neue Absprachen zwischen
Haupt- und Ehrenamt in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
Die dafür Zuständigen in der SPD-Landesgeschäftsstelle in
Stuttgart ebenso wie die Mitarbeiter in den
35 Regionalgeschäftsstellen sind hier miteinzubeziehen und
tragen Verantwortung für den Prozess und die Durchführung.
Dies schließt mit ein, dass in Absprache mit den
Kreisverbänden flächendeckend Social-Media-Konzepte
entwickelt und umgesetzt werden.

40 Der SPD-Landesparteitag möge deshalb beschließen, dass den
Kreisverbänden in Person ihrer Kreisvorsitzenden und ihrer
Pressesprecher zeitnah Statements, Musterpressemitteilungen,
Mustertexte, Flugblätter, Share Pics...zu tagesaktuellen
45 politischen Ereignissen zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorlagen sollen so gestaltet werden, dass sie die
Ehrenamtlichen nicht überfordern und schnell zu verwenden
sind, also z.B. nur der Name und Kreisverband eingefügt
50 werden und keine zusätzliche Recherchearbeit getätigt werden
muss. Die Vorlagen werden so zur Verfügung gestellt, dass sie
den spezifischen Abläufen z.B. Redaktionsschlüssen bei
Zeitungen oder den Spezifika bei Facebook gerecht werden.
Jede Vorlage wird mit einem Servicehinweis mit weiteren
55 Informationen und einem Ansprechpartner für Rückfragen für
die Presseverantwortlichen vor Ort versehen.

Damit die Gliederungen planen können, wird ein Wochenplan
für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt und an die
60 Gliederungen verschickt. Dieser enthält die landesweit
relevanten Ereignisse und ist in einem Format gestaltet, dass
die Gliederungen vor Ort jeweils leicht selbst lokale Ereignisse
ergänzen können. Eine monatliche Telefonkonferenz aller
Presseverantwortlichen der Kreisverbände mit dem
65 Pressesprecher der Landespartei könnte ebenfalls hilfreich
sein.

Die Steuerung und Initiierung der einzelnen Schritte liegt beim
Landesgeschäftsstelle und der dort Verantwortlichen für die
70 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist eng mit der Arbeit in
den Kreisverbänden zu verzahnen und nur gemeinsam mit den

dort für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen möglich.

Antragsbereich AP/Antrag 5

Kennnummer 8382

Kreisverband Rhein-Neckar

Empfänger:

Landesvorstand

SPD-Landesgruppe

SPD-Landtagsfraktion

Wir machen die Partei wieder stark

Wir machen die Partei wieder stark

Wir fordern den Landesvorstand, die Landesgeschäftsstelle, die Landtagsfraktion und die Landesgruppe auf, künftig stark und solidarisch an einem Strang zu ziehen. Erledigt durch Annahme von Antrag AP 1 in der Fassung der Antragskommission.

5 Wir fordern, gemeinsam mit der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand darüber nachzudenken, was Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert bedeutet. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Grundwertekommission im Landesverband Baden-Württemberg.

10 Wir regen an, unsere Strukturen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Eine Partei mit knapp 13 Prozent und schrumpfenden Mitgliederzahlen muss sich der Realität stellen – organisatorisch wie programmatisch.

15 Zukunftsorientierte Politik heißt für uns u.a.:

20 Keine Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge. Wir erwarten, dass die SPD die solidarischen Versicherungssysteme, insbesondere die BürgerInnenversicherung wieder deutlicher in den Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik stellt.

25 Wir werden die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft tatkräftig angehen. Wir wenden uns gegen jegliche Segregation und Spaltung der Gesellschaft.

Wir fordern den flächendeckenden Glasfaserausbau für jeden Haushalt.

30 Gesellschaftlicher Ausgleich mittels Umverteilung. Deshalb treten wir für die Einführung einer Baulandsteuer ein. Wir werden eine funktionierende Vermögensteuer wieder etablieren und eine gerechte Erbschaftsteuer mit einer fairen

35

Belastung der wirklich großen Vermögen. Ohne Umverteilung geht es nicht.

40 Wir nehmen die Herausforderungen des Klimaschutzabkommens von Paris an. Denn ohne eine intakte Umwelt kann niemand gut leben. Aber: Die Energiewende muss sozial gerecht sein. Strom darf kein Luxusgut werden.

45 Wir stehen zur Europäischen Union. Der Austritt Großbritanniens ist für uns eine Warnung. Die Stärkung der Europäischen Union ist für uns ein zentrales Politikfeld.

Antragsbereich AP/Antrag 6

Kennummer 8399

AG 60 plus Baden-Württemberg

Empfänger:

Landesvorstand

Strukturelle Veränderungen im Landesverband Strukturelle Veränderungen im Landesverband

5 Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg wird aufgefordert, eine Kommission zu bilden, die zeitnah dem Landesvorstand Vorschläge unterbreitet, wie unter der aktuellen Situation eine flächendeckende Präsenz der SPD gewährleistet werden kann. In dieser Kommission sollten neben Mitgliedern des Landesvorstandes auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften und der SGK vertreten sein. Ablehnung

10 Einbezogen werden soll auch die Erarbeitung von Modellen, wie unterhalb der Auflösung/Zusammenlegung die Zusammenarbeit von Ortsvereinen ermöglicht werden kann (ähnlich zu Verwaltungsgemeinschaften im kommunalen Bereich).

15 Begründung:

Nach dem verheerendem Wahlergebnis zur Landtagswahl 2016 muss die SPD Baden-Württembergs mit essentiellen Strukturveränderungen zurechtkommen.

20 Vor Ort und in den Kreisverbänden muss man mit weniger Parteipräsenz auskommen. Abgeordnetenbüros sind reihenweise weggefallen, die Ortvereine sind noch mehr auf sich selbst gestellt. Auf diese Situation muss die SPD Baden-Württemberg Antworten finden. Auch um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein. Schon bei den nächsten Aufgaben

für die Ortvereine, Kommunalwahllisten zu erstellen, muss die SPD klar machen, das mit ihr wieder zu rechnen ist.

30

Antragsbereich AP/ **Antrag 7**

Kennnummer 8407

Ortsverein Oberndorf am Neckar

(Kreisverband Rottweil)

Programmkommission in BW Bundestagswahl

Programmkommission in BW Bundestagswahl

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen: der SPD-Landesvorstand setzt eine Kommission ein aus Vertretern des Landesvorstands, der Landesgruppe, der Landtagsfraktion, der Arbeitsgemeinschaften, Vertretern der Gewerkschaften sowie
10 der Sozialverbände, mit der Zielsetzung ein sozialpolitisches Programm zu erarbeiten, um der früheren Kernkompetenz der Partei – die soziale Gerechtigkeit – wieder den Stellenwert zu geben, der die SPD, neben der Friedenspolitik von Willy Brandt zur führenden politischen Kraft von 1969 in der Bundesrepublik Deutschland machte.

Ablehnung bis Zeile 17.

15 Vor diesem Hintergrund stellt der SPD Landesparteitag folgende Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017 auf, die der SPD-Landesvorstand nach Vorarbeit dieser Kommission noch rechtzeitig zum Wahlprogramm der Bundespartei zur Bundestagswahl einbringt.

Stärkung des Sozialstaats – den Sozialabbau stoppen

Ab Zeile 18: Überweisung an die Kommission zur Erstellung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2017.

20 Die Armut ist wirksam zu bekämpfen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der vorigen Landesregierung von GRÜNEN und SPD vom 23.11.2015 zeigt auf, dass auch Baden-Württemberg keine „Insel der Seligen“ ist. Danach galten 2012 nach dem Landesmedian **14,7 %** der Bevölkerung oder **1,6**
25 **Millionen** Personen als armutsgefährdet. Bei Alleinerziehenden und ihren Kindern, Personen in kinderreichen Familien sowie Einpersonenhaushalte zeigt sich die deutlichste Steigerung der Armutsgefährdung. Von „**strenger Armut**“ betroffen waren 4,2 % der Bevölkerung
30 und d. h. diesen Menschen steht lediglich ein Medianeinkommen von weniger als 40 % des baden-württembergischen Durchschnitts zur Verfügung. Dies widerspricht der Zielsetzung des Sozialstaatsgebots nach Artikel 20 Abs. 1 unseres Grundgesetzes. Die SPD wird sich
35 deshalb dafür einsetzen, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland mit dem Ziel umzuverteilen sind, die vorhandene

Ungleichheit ist zu beseitigen. Alle Steuerpflichtigen sind –
entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit – bei der Finanzierung
öffentlicher Aufgaben einzubinden. Zur Steuergerechtigkeit
gehört, dass jeder deutsche Staatsbürger, egal wo er wohnt, in
Deutschland in dem gleichen Maße steuerpflichtig ist wie in
Inländer. Dazu gehört auch die Anhebung des
Spitzensteuersatzes, eine gerechte Vermögens- und
Erbschaftssteuer. Steuerflucht ist wirksamer zu bekämpfen.
Mit diesen Maßnahmen können die öffentlichen Haushalte
finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben besser
erfüllen können.

Die Höhe der Hartz IV-Regelsätze ist neu zu bestimmen.
Volljährigen Menschen mit Behinderung über 25 Jahren ist der
volle Regelsatz - und nicht nur ein anteiliger Beitrag - zu
gewähren.

Um die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung auf
Dauer zu erhalten, muss das Leistungsniveau stabilisiert
werden. Hierzu bedarf es vor allem eine Rückkehr zu
lohnorientierten Rentenanpassungen. Ziel muss sein, dass die
Alters- und Erwerbsminderungsrente Lohnersatzleistung nach
einem Erwerbsleben im Sinne einer Einkommenssicherung
garantiert und mehr ist als eine Existenzsicherung. Schon jetzt
vorhandene und vor allem in der Zukunft drohende
Altersarmut bedingt durch die millionenfache Zahl prekärer
Beschäftigungen wie z.B. Zeitarbeitsverträge, Teilzeit, Mini-
und Ein-Euro-Jobs, Solo-Selbständige, ist durch einen
verbesserten Aufbau von Rentenansprüchen (z.B. dass Zeiten
der Arbeitslosigkeit wieder als Beitragszeiten so bewertet
werden wie vor der AGENDA 2010) und durch Rentenfrei-
beträge in der Grundsicherung zu begegnen. Das
Standartrentenniveau (45 Beitrags jahre) ist schrittweise auf
ein Rentenniveau von mehr als fünfzig Prozent netto vor
Steuern anzuheben.

Das und nicht das medienpolitische ausspielen von Jung gegen
Alt schafft Vertrauen in die Verlässlichkeit der gesetzlichen
Rentenversicherung. Das gilt insbesondere für die junge
Generation.

Wohnraum muss bezahlbar sein

Laut Deutschem Mieterbund fehlen bundesweit rund 800.000
Wohnungen- vor allem im unteren Preissegment. Gab es in den
1980er Jahren etwa noch knapp 4 Millionen Sozialwohnungen,
so sind es heute nur noch rund 1,5 Millionen. Ein Grund für
diesen drastischen Schwund: **Kommunale**
Wohnungsgesellschaften privatisierten in der
Vergangenheit im großen Stil. Zwar bauen auch private
Investoren Sozialwohnungen, doch die fallen meist nach 15-25
Jahren aus der sogenannten Bindung. Sprich: Der Bauherr und
Eigentümer kann die Mieten dann frei festlegen, besonders

90 günstiger Wohnraum geht somit also verloren. Lt. Stadt-
entwicklungs-Professor Klaus Selle ging die Zahl der
Sozialwohnungen bundesweit zurück. Insgesamt wurden im
Jahr 2002 noch rund 2,5 Mio. Wohnungen gefördert. Nun sind
es noch knapp 1.5 Mio. So wurden 1994 noch 76.300 neue
95 Sozialwohnungen pro Jahr gefördert – 2014 waren dies noch
9.900.

Menschen mit Behinderung

100 Für inklusive Bildung bedarf es bundesweit verbindlicher
Qualitätsmaßstäbe, systematischer Umsetzungsprozesse,
breiter Fortbildungsangebote und Barrierefreiheit. Hierfür ist
ausreichend Geld in Bund und Länder bereitzustellen und das
strikte Kooperationsverbot zu lockern.

105 Die Eingliederungshilfe ist so weiterzuentwickeln, dass
individuell bedarfsdeckende Leistungen gewährt und mehr
Teilhabe möglich werden. Angebote der Werkstätten dürfen
nicht ausgehöhlt werden, jedoch sind Übergänge auf den
110 allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen und finanziell
abzusichern.

Menschen mit Behinderung brauchen am Arbeitsmarkt endlich
gleiche Teilhabechancen. Dafür muss für Arbeitgeber die
115 Beschäftigungspflichtquote auf 6 Prozent erhöht, ihre
Umsetzung eingefordert und arbeitsmarktpolitisch unterstützt
werden. *Bei Nichterfüllung sind entsprechend deutlich höhere
Bußgelder einzufordern.*

120 Besseren Beschäftigtenschutz und soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Auf dem Arbeitsmarkt muss die Regulierung zum besseren
Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitslosen wiederhergestellt
125 werden. Schrittweise sind die prekären
Beschäftigungsverhältnisse wieder in
Normalarbeitsverhältnisse umzuwandeln. Befristete
Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträge sind gesetzlich
stark einzugrenzen sowie Minijobs abzuschaffen.
130 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
müssen die Regel werden und sind auszubauen.

Bei Erwerbslosigkeit muss die Arbeitslosenversicherung
wieder vorrangige Sicherheit bieten. Dazu ist die Bezugsdauer
135 von Arbeitslosengeld I zu verlängern. Im Rahmen einer
Generalrevision muss „Hartz IV“ überwunden werden.
Insbesondere die Zumutbarkeitsbestimmungen hinsichtlich der
Arbeitsaufnahme und die Höhe der Regelsätze sind neu zu
regeln. Für Langzeitarbeitslose ist das Arbeitslosengeld II zu
140 reformieren und die Arbeitslosenhilfe wieder einzuführen.

Gleichstellung von Frauen und Männer konsequent verwirklichen

145

Für ein ausreichendes Einkommen von Frauen sind gesetzliche Voraussetzungen verbindlich einzuführen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche und gerechte Entlohnung und Aufstiegschancen, gerechte soziale Absicherung. Das erbringt für die Frauen im Alter eine bedarfsgerechte, Lebensstandard sichernde Rente.

150

Das Betreuungsgeld verstellt besonders Kindern aus finanziell benachteiligten Familien den Weg zu mehr Chancengleichheit.

155

Um frühkindliche Bildung und Sprachförderung zu stärken, sind stattdessen Krippen und Kitas bedarfsgerecht weiter auszubauen.

160

Behinderte Frauen sind in Bezug auf ihre Teilhabe an der Erwerbstätigkeit doppelt diskriminiert. Der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung ist dadurch zu verbessern, dass verbindliche gesetzliche und administrative Regelungen zur Mindestbeschäftigung erlassen werden.

165

Bessere soziale Absicherung bei Erwerbsminderung und im Alter

170

Noch nie hatten Rentnerinnen und Rentner so hohe Kaufkraftverluste zu verzeichnen wie in den letzten Jahren. Um die Legitimität der Rentenversicherung auf Dauer zu erhalten, muss das Leistungsniveau stabilisiert werden. Hierzu bedarf es vor allem einer Rückkehr zu lohnbezogenen Rentenanpassungen.

175

Der Altersarmut muss durch einen verbesserten Aufbau von Rentenansprüchen (z.B. bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsminderung), durch bessere Rentenleistungen - und durch Rentenfreibeträge in der Grundsicherung begegnet werden. Die Rente mit 67 ist eine Rentenkürzung und sie muss abgeschafft werden.

180

185

Die durchschnittliche gesetzliche Altersrente (Stand 31.12.2014 - alte Bundesländer) beträgt für Frauen 566 Euro/Monat und für Männer 1020 Euro. Selbst langjährige Versicherte mit mind. 35 Beitragsjahren kommen gerade auf 620 EURO (Frauen) und 1182 Euro/Männer. Die sog. Standardrente (Voraussetzung 45 Jahre lang stets ein Bezug des Durchschnittsentgelts in Höhe aller Versicherten) beträgt 1314 EURO /Monat brutto (alte Bundesländer - Stand: 01.07.2015). Wenn das Rentenniveau wie gesetzlich geplant von 48,1 % netto vor Steuern (Datenstand: Sept. 2015) auf 43 % in 2030 sinkt, ist für viele künftige RentnerInnen im Besonderen auf Grund von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung Altersarmut vorprogrammiert.

195

Erwerbsminderungsrente: Damit erwerbsgeminderte Menschen ausreichend abgesichert sind, müssen insbesondere die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten abgeschafft werden.

200

Gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln

205

Die SPD setzt sich mit allem Nachdruck für ein einheitliches - nicht Einheitskasse - Krankenversicherungspflichtsystem für alle, auf Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung ein, welches eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung sicherstellt. Damit wird die Finanzierungsbasis gestärkt und das System gerechter gemacht und das antiquierte nebeneinander von gesetzlichen Krankenkassen und privaten Versicherungsunternehmen wird beendet. Der Leistungskatalog muss das medizinisch notwendige in vollem Umfang solidarisch absichern. Die einseitigen Belastungen der Versicherten (Sonderbeitrag, Zuzahlungen) sind abzuschaffen.

210

215

Die gesetzlichen Krankenkassen sind keine Unternehmen, sondern öffentlich-rechtliche Körperschaften. Um die solidarische Krankenversicherung als leistungsstarkes, soziales Sicherungssystem zu bewahren, darf das zivilrechtliche Wettbewerbsrecht nicht auf die Krankenkassen angewandt werden.

220

Gesetzliche Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung weiterentwickeln

225

Viele Menschen wollen in ihrem häuslichen Umfeld unter Wahrung von Privatheit und Selbstbestimmung gepflegt werden. Aus diesem Grund und zur bedarfsgerechten Hilfe ist die häusliche Pflege durch professionelle, qualitätsgesicherte Pflegefachkräfte weiter zu stärken. Neben dem flächendeckenden Aufbau eines trägerunabhängigen umfassenden professionellen Pflegeangebots ist die finanzielle Gleichbehandlung der ambulant-häuslichen Pflege mit der stationären Pflege zu erreichen. Dazu sind die ambulanten Sachleistungsbeträge schrittweise auf das Niveau der Leistungen bei stationärer Pflege anzuheben. Die professionellen Hilfen sind, wo immer möglich, im Sachleistungsprinzip zu gewähren.

230

235

Um alle gerecht in die Finanzierung des Pflegesystems einzubeziehen und finanzielle Mittel für Leistungsverbesserungen zur Verfügung zu haben, muss das antiquierte Nebeneinander von gesetzlicher (sozialer) – und privater Pflegeversicherung überwunden und zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterentwickelt werden.

240

245

Die EU ist sozial zu gestalten

250 Wenn die EU eine Wertegemeinschaft sein soll, dann muss sie
mehr sein als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Zwar liegt die
Kernkompetenz in der Sozialpolitik bei den Mitgliedsstaaten,
diese Verantwortung muss auch wahrgenommen werden.
Deshalb fordert die SPD von der Bundesregierung mehr EU-
Einsatz für starke soziale nationale Sicherungssysteme. Denn
255 nur sozial gerechte Mitgliedsstaaten garantieren eine stabile
EU. Die Brexit Abstimmung in Großbritannien war eine
deutliche Warnung an die anderen EU-Staaten. Dies kann sich
auch in andern Ländern der EU wiederholen, wenn Menschen
Ängste um ihre Zukunft und Existenz haben und dies von
260 Populisten genutzt wird.

Trotz aller historisch gewachsenen Unterschiede zwischen
nationalen Systemen, lassen sich in anderen Staaten gemachte
Erfahrungen wo notwendig für eigene Reformen sinnvoll
265 nutzen. Bei eigenen Gesetzgebungsvorhaben sind deshalb die
Erfahrungen anderer Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen.

Die mittlerweile fast ein Jahrzehnt dauernde Finanzkrise die
vor allem durch die Spekulationspolitik der Banken ausgelöst
270 wurde zeigt, dass die einseitige Austeritätspolitik, wie sie von
der Bundesregierung in der EU durchgesetzt wurde, für die
Krise nicht ausreicht sondern die EU in die Sackgasse geführt
hat. Das einseitige Spardiktat für Viele und die ebenso
einseitige Begünstigung Weniger führt nicht aus der Krise
275 sondern verschlimmert allenfalls die Situation. Der Kampf
gegen Armut, die Stärkung der nationalen sozialen
Sicherungssysteme, eine gerechte Bildungs- und
Teilhabepolitik und die Erhöhung der Lebensstandards für Alle
müssen im Fokus der deutschen und insbesondere der
280 sozialdemokratischen Europapolitik stehen.

Begründung:

285 Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen wieder in den
politischen Mittelpunkt der politischen Forderungen und des
Handelns von Staat und Gesellschaft gerückt werden. Die
Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und damit dem
Gemeinwohl und nicht umgekehrt. Dazu ist ein politischer
Kurs notwendig, der das Soziale mit dem Ökonomischen
290 verbindet und beim Thema soziale Gerechtigkeit die SPD das
Vertrauen erhält.

Die Analyse des Wahlergebnisses der Landtagswahl vom
13.März 2016 macht deutlich, welche gravierenden
295 Vertrauensverluste die **Landespartei** insbesondere bei der
eigentlichen Kernwählerschaft, den Arbeitern und
Angestellten mit minus elf, bei Beamten mit minus dreizehn,
bei Rentnern mit minus zehn und den Arbeitslosen mit sechs
Prozent erlitten hat. In allen Altersgruppen gab es ein Minus:
300 zwischen neun und zwölf Prozent. Besonders schwer wiegend
ist der Vertrauensverlust in der – früheren – Kernkompetenz

der **SPD** zur Frage der sozialen Gerechtigkeit: ein minus von fünfzehn Prozent, d.h. von 49 auf 34 %. (Quelle: infratest dimap).

305

Da die öffentlichen sozialen Sicherungssysteme ganz entscheidend zum sozialen Frieden beitragen, sind diese zu stärken. Die Herausforderungen die im Zuge der deutschen Einheit zur sozialen Absicherung zu bewältigen waren und das hat sich auch erneut bei der durch Banken ausgelösten weltweiten Spekulations- und Finanzkrise gezeigt, hat die Leistungsstärke unserer umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme und deren eindeutige Überlegenheit gegenüber den Kapitaldeckungssystemen erneut bestätigt. Gleichwohl stehen gewaltige finanzielle Risiken vor uns die es zu bewältigen gilt, welche die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Eurokrise übernommen hat. Dazu ist eine Politik notwendig, die einem freien Wettbewerb mit einseitiger Profitmaximierung eine klare Absage erteilt.

310

315

320

Die SPD Baden-Württemberg muss auch wieder einen stärkeren inhaltlichen Einfluss auf die politische Willensbildung und Entscheidungen der Bundespartei gewinnen. Dafür stehen stellvertretend Namen von Genossinnen und Genossen wie Fritz Erler, Marta Schanzenbach, Erwin Schöttle, Carlo Schmid, Alex Möller, Erhard Eppler, Uli Lang, Herta Däubler-Gmelin, Dieter Spöri.

325

330

Erinnern wir uns der Worte von **Willy Brandt**: „... wir haben allen Grund genau hinzuhören, wenn uns aus den Reihen der Getreuesten gesagt wird, sie möchten die sozialdemokratische Handschrift erkennen können. ...“ (Bundesparteitag 19. April 1982).

Kennnummer 8436
Ortsverein Heidelberg-Rohrbach
(Kreisverband Heidelberg)

Kreisverband Heidelberg
Empfänger:
Landesvorstand
SPD-Landtagsfraktion

Erneuerung durch Resozialdemokratisierung

Erneuerung durch Resozialdemokratisierung

Nach der Wahlniederlage der baden-württembergischen SPD am 13. März, mit dem schlechtesten Ergebnis aller Zeiten in einem westdeutschen Bundesland, halten wir fest:

- 5 1. Die berechtigte Kritik an der Wahlkampfführung im Land, der beauftragten Agentur und den ausgewählten Themen und Materialien kann nicht darüber hinweg täuschen, dass das Vertrauen der Wähler*innen in die SPD weit darüber hinaus massiv erschüttert ist. Die Kritik der handwerklichen Seite des
- 10 Wahlkampfes steht deshalb für uns nicht an erster Stelle, sondern die inhaltliche Komponente muss auf- und überarbeitet werden.
- 15 2. Das vorschnelle Austauschen von Köpfen an der Landesspitze, Nils Schmid, und der Landesgeschäftsführung, Katja Mast, ohne tiefgreifende Veränderungen der Parteiarbeit und Korrektur einiger unserer Inhalte lehnen wir daher ab. Ein schlichtes „weiter so“ und „jetzt erst recht“ mit anderen Köpfen ist uns zu wenig.
- 20 3. Wir erwarten, von Katja und Nils den notwendigen kraftvollen Erneuerungsprozess einzuleiten und schließlich - auch persönlich - den Weg frei zu machen für Neuwahlen des Landesvorstandes auf dem Landesparteitag am 23. Juli 2016. Für diesen Weg haben sie unsere Unterstützung. Falls dies
- 25 nicht passiert, soll der Parteitag die Abwahl nach Paragraph §9 (2) der Wahlordnung beschließen und unverzüglich die Einleitung eines Parteitags zur Neuwahl nach §10 (2) beschließen.
- 30 4. Der kommende Erneuerungsprozess muss die Restaurierung des sozialdemokratischen Kerns der Sozialen Gerechtigkeit und die Wiedererlangung verlorener Glaubwürdigkeit durch programmatische Neuausrichtung zum Kern haben. Dieser
- 35 Prozess muss sich auch auf die Bundesebene auswirken, da sie einen großen Teil der öffentlichen Wahrnehmung der SPD ausmacht. Statt kleinerer Korrekturen erwarten wir eine klare
- Punkte 1 bis 3: Erledigt durch Realität.
- Punkte 4 und 5: Erledigt durch Annahme von Antrag AP 1 in der Fassung der Antragskommission.

40 Benennung von Verteilungskonflikten und
sozialdemokratische Antworten gegen das Auseinanderdriften
der Gesellschaft.

45 Einen Erneuerungsprozess, der im schlechtesten Fall nur das
Ziel der Profilierung Einzelner dient, erteilen wir eine Absage.
Vielmehr muss der Erneuerungsprozess dialogorientiert mit
allen Mitgliedern und interessierten BürgerInnen geführt
werden. Wir erwarten, dass die Formate so gewählt werden,
dass möglichst viele Menschen sich beteiligen und gehört
werden können. Die Ergebnisse sind zu protokollieren und
allen Mitgliedern zugänglich zu machen.

50 5. Als Ergebnis des Erneuerungsprozesses muss im Anschluss
wieder ein Einklang von gerechter Programmatik, unserem
Regierungshandeln auf allen Ebenen und hierin glaubwürdig
handelnden Personen stehen.

55

Partei

Antragsbereich P/ **Antrag 1**

Kennnummer 8458

Ortsverein Lauffen

(Kreisverband Heilbronn-Land)

Gerechtigkeit und Fortschritt – Die Lebensrealität von Familien im Blick

Gerechtigkeit und Fortschritt - Die Lebensrealität von Familien im Blick

Gerechtigkeit und Fortschritt – die Lebensrealität von Familien im Blick

5 Gerechtigkeit und Fortschritt sind gerade für
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Gegensätze.
Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie Innovation und
Gerechtigkeit, Fortschritt und Zusammenhalt miteinander
verbunden hat. Sie war erfolgreich, wenn sie auf der einen Seite
das Vertrauen ihrer klassischen Anhängerschaft hatte, zum
10 anderen aber auch attraktiv war für neue Wählerschichten und
dabei von den intellektuellen Eliten des Landes getragen wurde.

Überweisung an die nächste
Landesdelegiertenkonferenz und an den
Landesvorstand zu deren Vorbereitung.
(Empfehlung vorbehaltlich der Einrichtung
einer Landesdelegiertenkonferenz.)

Soziale Gerechtigkeit im Hamburger Programm

15 Schon das Hamburger Grundsatzprogramm unserer Partei macht
deutlich, dass Gerechtigkeit verschiedene Facetten hat und
umfassend zu definieren ist: als gleiche Lebenschancen und
Teilhabe, als gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen
und Macht, als Anerkennung von Leistung.

20
25 *„Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen.
Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen,
unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint
Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer
Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen
öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von
Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die
über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt
sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher
30 erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von
Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten
in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der
Lebenschancen.*

35 *Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.*

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil:

Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.

Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.“

Sicherheit und Chancen

Fragt man Bürgerinnen und Bürger heute, was sie unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und was eine gerechte Gesellschaft für sie ausmacht, so trifft man ebenfalls auf ein breites Gerechtigkeitsverständnis:

- Gerechte und gute Bildung
- Absicherung bei Krankheit und im Alter
- Unterstützung für Kinder und Familien
- Gerechte Verteilung der Lasten
- Gestaltung der Arbeitswelt und mehr Souveränität für die Beschäftigten
- Echte Gleichstellung von Frauen und Männern
- Stärkung der Zivilgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Ebenso wie unser Grundsatzprogramm verbinden die Bürgerinnen und Bürger in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen sehr stark die Aspekte Sicherheit und Chancen. Sicherheit bedeutet dabei die solidarische Absicherung der zentralen Lebensrisiken und einen starken Staat, der die Schwachen schützt und öffentliche Sicherheit gewährt. Zugleich muss eine gerechte und solidarische Gesellschaft Chancengleichheit von Anfang an sicherstellen und immer wieder neue Chancen eröffnen. Gerade in einer sich verändernden Arbeitswelt kommt es darauf an, Chancen für alle zu schaffen und Sicherheit im Wandel zu garantieren.

Auch in der konkreten Ausgestaltung sozialdemokratischer Politik sind Fortschritt und Gerechtigkeit, Sicherheit und Chancen keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Die Lebensrealität von Familien im Mittelpunkt der SPD

Die Gerechtigkeitsidee der SPD kann nur dann Durchschlagskraft in der öffentlichen Wahrnehmung entfalten, wenn sie konkret mit der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft verbunden wird. Die SPD muss die Familien und Alleinerziehenden in den Mittelpunkt ihrer Erzählung von einer freien und gerechten Gesellschaft in der Gegenwart und Zukunft rücken. Die Familie ist der Kern der solidarischen Gesellschaft.

Hier kann die SPD eine besonders glaubwürdige Politik vertreten: Mit dem Ausbau von Ganztageschulen und Kleinkindbetreuung haben wir in Bund und Ländern den Grundstein für eine bessere Vereinbarkeit gelegt. Mit dem Elterngeld und dem Elterngeld plus haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert. Mit Elternzeit und Pflegezeit gab es wichtige Verbesserungen auch im Bereich der besseren zeitlichen Gestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nichts destotrotz muss die qualitative Stärkung der Infrastruktur und Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte weiter im Blick bleiben.

Familien, die darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt mit ihren Händen und Kopf zu verdienen, erwarten von der Politik vor allem qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen, damit sie ihr Leben gestalten können:

- Einen sicheren und anständig bezahlten Arbeitsplatz
- Zugang zu bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum
- Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot
- Zeit für die Kinder, das Familienleben, Gesundheit und soziale Kontakte
- Sicherheit im umfassenden Sinne: soziale Sicherheit und ein sicheres Lebensumfeld
- Die Möglichkeit, eigenes Vermögen zu bilden

Sozialdemokratische Politik wird daran gemessen, ob sie dies sicherstellen kann. Ausgehend von den Lebensrealitäten von Familien und Alleinerziehenden muss die sozialdemokratische Debatte um Gerechtigkeit, Sicherheit und Chancen geführt werden und Antworten geben auf zentrale Fragestellungen:

- Wie kann der Staat das Leben von Familien so gestalten, dass die Frage „Familienleben oder finanzielle Absicherung und beruflicher Erfolg?“ nicht mehr gestellt werden muss?
- Wie können Alleinerziehende nicht nur sozial abgesichert werden, sondern durch staatliche Unterstützung finanziell und rechtlich „klassischen Mutter, Vater, Kind – Familien“ gleichgestellt werden?
- Wie können gute und gerechte Bildungsperspektiven für die Zukunft der eigenen Kinder erreicht werden?

- 145 • Wie schaffen wir Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Familien auch in Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten
- Wie ermöglichen wir Familien mit kleineren und mittleren Einkommen, eigenes Vermögen zu bilden?
- 150 • Wie können Familien mehr Souveränität über ihre Zeitgestaltung gewinnen?
- Wie können die Chancen der zunehmenden Digitalisierung für eine humanere Arbeitswelt genutzt werden?
- 155 • Wie kann ehrenamtliches Engagement zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe besser gefördert werden?
- Wie können Familien in der Pflege von Angehörigen besser unterstützt werden?

Investitionen in Bildung und Infrastruktur

160 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen wir, dass gute Bildung immer wichtiger wird, um in unserer Gesellschaft zu bestehen. Das gilt von Beginn an: für die Betreuung der Kleinsten, über Schule, Ausbildung oder Studium
165 bis zur Weiterbildung. Die SPD wird deshalb auch weiterhin die Partei der Bildungsgerechtigkeit bleiben.

170 Eine starke wirtschaftliche und soziale Infrastruktur ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb werden wir nicht zuschauen, wenn Infrastruktur verkommt und notwendige Investitionen unterlassen werden.

Kraft zur Solidarität

175 In den kommenden Jahren werden wir mehr öffentliche Mittel benötigen: zur weiteren Verbesserung von Bildung und Betreuung, zur Aufwertung der sozialen Berufe, zur Stärkung unserer sozialen Sicherungssysteme, für Investitionen in die
180 öffentliche Infrastruktur. Zugleich müssen wir der zunehmenden Ungleichheit bei den Vermögen entgegenwirken und die Schere zwischen Prekariat und Panama schließen.

185 Hierfür brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass dem Staat jedes Jahr an die 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verloren gehen und Arbeitseinkommen stärker zur Finanzierung herangezogen werden als Kapitaleinkommen und Vermögen. Einzelne steuerpolitische Maßnahmen müssen wir im Rahmen unseres
190 Regierungsprogramms diskutieren. Schon heute ist klar, dass Kapitaleinkommen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuertarif besteuert werden müssen.

195 Bei all dem werden wir sicherstellen, dass kein gut verdienender Facharbeiter oder Ingenieur Angst vor sozialdemokratischer Steuerpolitik haben muss. Wir wollen diejenigen stärken, die

200 jeden Tag arbeiten müssen, sich um ihre Familien kümmern, ihre Steuern und Abgaben zahlen und sich an die Regeln halten – ArbeitnehmerInnen ebenso wie Selbständige. Dazu gehört auch, dass wir die Vermögensbildung für breite Schichten wieder in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stellen wollen.

Armut verhindern – Teilhabe ermöglichen

205 Aufgabe eines vorsorgenden Sozialstaats ist es, Armut zu verhindern und Teilhabe für alle zu ermöglichen. Dies gilt für alle Lebensphasen. Besonderen Risiken für Armut müssen und wollen wir daher entschlossen entgegentreten. Das gilt für Altersarmut in Folge brüchiger Erwerbsbiografien durch mehr
210 steuerfinanzierte Mindestsicherungselemente bei der Rente. Die in dieser Legislaturperiode zu beschließende solidarische Lebensleistungsrente kann dabei nur ein erster Schritt sein. Und es gilt in besonderem Maße für Kinderarmut in Folge fehlender Erwerbsperspektiven ihrer Eltern – insbesondere bei
215 Alleinerziehenden

Kinderarmut ist in unserer Gesellschaft näher als gedacht, sie beginnt oft mit einem fehlenden Frühstück im Kindergarten oder der Schule. In der Schule fallen diese durch Benachteiligung auf,
220 oft fehlt es an Schulmaterialien, oft können sie mit den anderen Kindern nicht mithalten und werden ausgegrenzt. Viele arme Kinder landen später leider genau dort, wo auch ihre Eltern sind: am unteren Ende der Einkommensskala, in finanziell- und sozial zum Teil prekären Situationen. Fast alle Krankheiten, auch und
225 gerade Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krankheiten des Bewegungsapparats, kommen in niedrigen Schichten bedeutend häufiger vor als in höheren. Der Teufelskreis der Armut wird damit geschlossen. Das ist weder gerecht, noch entspricht es dem Grundsatz der Chancengleichheit. Der enge Zusammenhang
230 zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist nicht zwingend. Dies bestätigt der Blick in die Nachbarländer. In Dänemark, Estland, Finnland, Luxemburg und Schweden beispielsweise beeinflusst die soziale Herkunft den Bildungserfolg nicht so stark wie in Deutschland. Für Kinder
235 und Jugendliche sind Bildung und Gesundheit die wichtigsten Ressourcen, um selbstständig ein Leben jenseits von Armut zu führen. Die Eltern sind zuerst in der Verantwortung für ihre Kinder zu sorgen und sie zu erziehen, aber im Sinne des vorsorgenden Sozialstaats brauchen wir ein Gesamtkonzept aus einer weiteren Verbesserung der Infrastruktur in den Bereichen
240 Bildung und Betreuung, Unterstützung des Gesundheitsmanagements der Kinder im Rahmen der frühkindlichen und schulischen Bildung und sozialen Förderung durch soziale Träger, ein nachhaltiges Quartiersmanagement und einer umfassenden Förderung der Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden: durch eine weitere Verbreitung und
245 Stärkung der Teilzeitausbildung, durch eine umfassende Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung und der Aktivierung bzw. Schaffung eines eigenen sozialen Netzwerks,

250 durch die Unterstützung bei der Mobilität. Die Aufnahme einer
existenzsichernd bezahlten Erwerbsarbeit stellen sich die
allermeisten Alleinerziehenden, die Arbeitslosengeld II (davor
Hilfe zum Lebensunterhalt) beziehen, als den Ausweg aus
255 prekären Lebenssituation für die ganze Familie vor. Dieser Weg
ist jedoch mit zahlreichen Hürden verstellt. Um diese bewältigen
zu können, sind sie teilweise auf professionelle Unterstützung
angewiesen. Zum Beispiel Beratungsstellen, familiärer Hilfen,
Kinderbetreuungsangebote und vieles mehr. Vielerorts stehen
260 den alleinerziehenden Frauen und Männern diverse Angebote
zur Verfügung, selten allerdings sind diese Hilfen angemessen
miteinander verknüpft.

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass mit verstärkten
265 Anreizen für Arbeitgeber gute Möglichkeiten für die
Vermittlung von Alleinerziehenden in Erwerbsarbeit oder
Ausbildung geschaffen werden. Neben Lohnunterstützungen für
Unternehmen, zum Beispiel nach französischem Vorbild, bietet
sich an, auch eine Ausweitung der Aufstockung der
270 Ausbildungsvergütung für Alleinerziehende zu prüfen. Um für
diese Gruppen neue Optionen zur eigenständigen
Existenzsicherung aufbauen zu können, ist zu überlegen, welche
Anreize durch das Steuer- und Transfersystem gesetzt oder
optimiert werden können, damit eine Erwerbstätigkeit
275 aufgenommen oder ausgeweitet werden kann. Ziel ist, den
finanziellen Handlungsspielraum der Alleinerziehenden zu
erhöhen, um dauerhaft Armutsrisiken zu senken.

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass mit verstärkten
280 Anreizen für Arbeitgeber gute Möglichkeiten für die
Vermittlung von Alleinerziehenden in Erwerbsarbeit oder
Ausbildung geschaffen werden. Neben Lohnunterstützungen für
Unternehmen, zum Beispiel nach französischem Vorbild, bietet
sich an, auch eine Ausweitung der Aufstockung der
285 Ausbildungsvergütung für Alleinerziehende zu prüfen. Um für
diese Gruppen neue Optionen zur eigenständigen
Existenzsicherung aufbauen zu können, ist zu überlegen, welche
Anreize durch das Steuer- und Transfersystem gesetzt oder
optimiert werden können, damit eine Erwerbstätigkeit
290 aufgenommen oder ausgeweitet werden kann. Ziel ist, den
finanziellen Handlungsspielraum der Alleinerziehenden zu
erhöhen, um dauerhaft Armutsrisiken zu senken.

295 **Zugang zu bezahlbarem Wohnraum: eine zentrale soziale Frage**

Städte und Gemeinden sind für die Menschen mehr als Stein und
Beton. Gutes und bezahlbares Wohnen, ein attraktives und
gestaltbares Wohnumfeld, eine funktionsfähige Infrastruktur
300 sind wichtige Grundlagen für gesundes Aufwachsen,
selbstbestimmtes Leben und Altwerden. Dies sind große
Herausforderungen für Städte und Gemeinden. Denn auf der

einen Seite stehen die stark steigenden Mieten und Baukosten in den Ballungszentren und auf der anderen Seite Leerstände und Brachflächen in vielen von Abwanderung betroffenen Kommunen. Für die SPD geht es darum, dass Menschen mit unteren und mittleren Einkommen in den Städten bezahlbare, gute und energiesparende Wohnungen finden. Hierzu muss das bestehende Planungs- und Baurecht durch die Pauschalisierung von Ausgleichmaßnahmen entbürokratisiert werden. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial gebundenem Wohnungsbau wieder einzuführen, um mehr privates Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

Menschen für Menschen – die solidarischen Sozialversicherungen zukunftsfest machen

Die SPD steht dafür, die sozialen Sicherungssysteme, bei denen Menschen für Menschen, Starke für Schwache, Gesunde für Kranke, Junge für Alte eintreten zu stärken und an die Herausforderungen des demografischen Wandels und den veränderten Realitäten von Erwerbsbiografien sowie Lebensplanungen anzupassen. Dies bedeutet insbesondere die Einbeziehung möglichst vieler Erwerbsformen und Einkommensarten in eine gerechte Finanzierung. Es bedeutet mehr präventives Agieren, um die Kosten zu reduzieren.

Das Projekt der solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheitsversorgung wollen wir deshalb in der nächsten Legislaturperiode endlich umsetzen. Die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Alterssicherung können nur bewältigt werden, wenn wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen und verschiedenen Formen der Finanzierung verteilen. Deshalb brauchen wir gleichermaßen die Stärkung der ersten Säule, der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente einerseits und eine möglichst flächendeckende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge andererseits.

Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und ein weiteres Absinken verhindern. Dies setzt eine weiterhin positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung voraus. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sind daher auch Rentenpolitik. Darüber hinaus kann auch die konsequente Finanzierung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben – beginnend bei der Mütterrente – über Steuermittel zu einer Stabilisierung des Rentensystems beitragen.

Sicherheit im Wandel – die Arbeitswelt der Zukunft gestalten

Wir haben in der Vergangenheit den Mut für umfassende Strukturreformen am deutschen Arbeitsmarkt gehabt. Damit haben wir eine wichtige Grundlage zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und zum starken Beschäftigungsaufbau in den

vergangenen Jahren gelegt. Natürlich gab es dabei auch Fehler und Versäumnisse, die zu einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeit führten. Deshalb waren und sind Korrekturen nötig. Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Wir unternehmen erste wichtige Schritte zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen. Und wir haben begonnen, Anreize zur Stärkung der Tarifbindung zu setzen. Alle internationalen Studien zeigen: Eine starke Tarifbindung ist der zentrale Hebel für mehr Lohngerechtigkeit. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Durch aktive Arbeitsmarktpolitik wollen wir Menschen immer wieder neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Fördern und Fordern gehören für uns zusammen. Das Förderversprechen wollen wir dabei deutlich in den Vordergrund stellen und stärken. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer Arbeitsversicherung, die Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln.

Eine sich verändernde Arbeitswelt stellt neue Anforderungen an unsere Politik. Wir wollen sicherstellen, dass neue technische Entwicklungen sowie Möglichkeiten nicht dazu führen, den Druck auf Arbeitnehmer einseitig zu erhöhen. Daher stehen wir eng an der Seite der Gewerkschaften und Beschäftigten, damit Fortschritt nicht zu einer Schwächung von Arbeitnehmerrechten und Entgrenzung von Arbeit ausgenutzt wird. Stattdessen wollen wir die neuen Möglichkeiten nutzen um einen echten Fortschritt für Arbeitnehmer zu erreichen.

In den Betrieben und Unternehmen wollen wir deshalb einerseits mehr Mitbestimmung durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften schaffen, um dadurch andererseits mehr Selbstbestimmung für die Beschäftigten zu erreichen. So nehmen wir die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt an. Wir wollen sie gemeinsam mit den Sozialpartnern gestalten und die neuen Möglichkeiten für mehr Flexibilität und Zeitsouveränität für Beschäftigte nutzen.

Die Lücke zwischen tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten vor allem junger Eltern wollen wir durch veränderte Rahmenbedingungen schließen. Frauen wollen mehr, Männer häufig weniger arbeiten. Diesen Wünschen wollen wir durch ein flexibleres Verständnis von Vollzeitarbeit entgegenkommen. Letztlich könnte damit sogar ein zusätzliches Arbeitspotenzial gewonnen werden, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Mehr Zeitsouveränität und mehr mobiles Arbeiten wollen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben nutzen. Neue Arbeitszeitmodelle müssen den sich wandelnden Vorstellungen von Menschen, insbesondere von jungen Eltern,

410 gerecht werden und einer partnerschaftliche Arbeitsteilung von
Erwerbsarbeit und Sorgearbeit ermöglichen.

Sozialdemokratischer Heimatbegriff

415 Gerade im Hinblick auf den fortschreitenden Wandel wird vielen
Menschen der Bezug zur Heimat als überschaubarer und
beeinflussbarer Nahraum immer wichtiger.

420 Wo gesellschaftlich gesehen die Unsicherheit zunimmt und
Menschen politisch keine Einflussmöglichkeit sehen, suchen sie
Sicherheit in den nahen Beziehungen.

425 Für die SPD bedeutet das „zurück zur Heimat“ oder besser
gesagt „auf zur Heimat“. Wir brauchen einen
sozialdemokratischen Zugang zum Heimatbegriff als Grundlage
für unsere Politik. Wir müssen wissen, über was wir sprechen,
wenn wir von Heimat reden. Es ist mehr als nur ein Gefühl und
es braucht ganz praktische Maßnahmen, um Heimat zu
organisieren.

430 Eine sozialdemokratische Definition von Heimat muss folgende
Punkte umfassen:

- Gemeinschaftsgefühl:

435 Wer sich wirklich beheimaten will, muss das Gefühl haben, er
kann seine Integration am neuen Ort selbst beeinflussen. Das
passiert quasi auf drei Ebenen: Einmal muss soziale Nähe
entstehen, das Gefühl dazuzugehören, Teil einer Gemeinschaft
zu werden.

- Handlungsfähigkeit

440 Es geht aber auch um Handlungsfähigkeit, das Gefühl die
Regeln zu kennen und zu wissen, wie man sie beeinflussen kann.

- Sinnstiftung:

445 Überall dort, wo ich partizipiere, und Verantwortung
übernehme, verbinde ich mich mit dem Ort. Nicht zuletzt spielt
die Frage eine Rolle, ob mein Dasein an einem Ort Sinn ergibt,
ob ich ihn für mich mit sinnstiftenden Geschichten besetzen
kann. -

455 Damit haben wir eine klassische soziale Dimension: Sich
kümmern. Nicht alleine lassen. Helfen.

Integration und Zusammenhalt

460 Die SPD ist die Partei der Integration und des gesellschaftlichen
Zusammenhalts. Wir glauben an die Integrationskraft einer
sozialen und solidarischen Gesellschaft. Dabei bauen wir auf

465 einen starken Staat und eine engagierte Zivilgesellschaft. Beides gehört zusammen. Gerade bei der Integration von Flüchtlingen hat unsere Zivilgesellschaft eine unglaubliche Kraft entfaltet. Es engagieren sich deutlich mehr Menschen für Flüchtlinge als gegen sie demonstrieren. Wir verstehen uns als Bündnispartner dieser zivilgesellschaftlichen Kräfte. Wir wollen sie stärken und durch partnerschaftliches staatliches Handeln unterstützen.

470 Integration funktioniert nicht von alleine. Ob sie gelingt, hängt von uns allen ab: Die einen müssen integrieren, die anderen sich integrieren lassen - Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Zugleich ist Integration ein Prozess, der alle staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - in die Verantwortung nimmt.

475 Die Integrationsfähigkeit unseres Landes hängt aber auch von der Solidarität und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft ab. Nur eine Gesellschaft, die zusammensteht, kann am Ende auch gut integrieren. Deshalb sprechen wir seit vielen Monaten von der doppelten Integration – der neu Hinzugekommenen, aber auch derjenigen, die schon da sind und auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind. Die Schwachen dürfen nicht gegen die Schwächeren ausgespielt werden.

485 **Lust auf Zukunft in Deutschland, in Europa und weltweit**

Die SPD war immer dann stark, wenn sie die richtigen Antworten auf die zentralen Zukunftsthemen hatte. Wir wollen die Zukunft unserer Gesellschaft positiv gestalten. Dabei sind wir die Partei der Zuversicht, nicht der Angst. Nur wenn wir Zuversicht ausstrahlen und schlüssige Antworten für die Herausforderungen der Zukunft geben, werden wir auch die mitnehmen können, die zweifeln und Ängste haben.

495 Deshalb stellen wir uns der Herausforderung, soziale Gerechtigkeit unter sich ändernden Rahmenbedingungen zu definieren, Solidarität immer wieder neu zu sichern und neue Herausforderungen anzunehmen.

500 Vieles können wir heute nicht mehr national, sondern nur noch gemeinsam mit unseren europäischen Partnern oder international lösen. Die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie entscheidet sich nicht nur durch unser nationales Handeln, sondern auch dadurch, ob es gelingt, ein soziales Europa zu bauen. Wir wollen die Regeln der internationalisierten Wirtschaft deshalb nicht den Märkten überlassen, sondern wollen sie politisch gestalten.

Die Sozialdemokratie in BW - Gemeinsam sind wir stark **Die Sozialdemokratie in BW - Gemeinsam sind wir stark**

Die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg - Gemeinsam sind wir stark

5 Die SPD Baden-Württemberg hat bei der Landtagswahl ein katastrophales Ergebnis eingefahren. In fünf Jahren an der Landesregierung, in der viele Altlasten, die in 58 Jahre unter CDU-Herrschaft entstanden sind, abgebaut werden konnten, ist es nicht gelungen, ein Profil heraus zu bilden, das für die Wählerinnen und Wähler die Vorteile einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung erkennbar gemacht hat.

15 Die Landtagswahl wurde von Themen dominiert, die nur begrenzt landespolitischer Natur waren. Die zentrale Frage des Umgangs mit Menschen auf der Flucht hat für große Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung gesorgt und bei allen drei am 13. März stattfindenden Landtagswahlen dazu geführt, dass die Partei, die den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellte, gewählt und der kleine Koalitionspartner marginalisiert wurde, sowie auf der anderen Seite Rechtspopulisten erstarkten.

25 Dennoch reicht es nicht aus, Gründe für diese Wahlniederlage bei tagesaktuellen Themen oder Trends zu suchen. Viele Gründe für dieses Wahlergebnis sind innerhalb der SPD Baden-Württemberg zu finden und sind dort bereits seit vielen Jahren angelegt.

30 Obwohl die SPD den Großteil der bedeutenden Landesministerien besetzt hatte, konnte bis zuletzt kein sozialdemokratisches Profil ausgebildet werden, um der Popularität des Ministerpräsidenten etwas entgegenzusetzen. Zwar wurden viele Dinge in Regierungsverantwortung umgesetzt, die die gesamte Partei seit langer Zeit forderte, dennoch haben wir es nicht geschafft dies den Bürgerinnen und Bürgern von Baden Württemberg zu verdeutlichen. Es wurde verpasst, Kernthemen, wie etwa gebührenfreie Bildung oder arbeitnehmerorientierte Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik langfristig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, obwohl mit der Abschaffung der Studiengebühren, oder der Einführung der Bildungszeit hierfür ein Grundstein gelegt wurde. Die teils mangelnde Koordination zwischen Ministerien, Partei,

Überweisung an die nächste Landesdelegiertenkonferenz und an den Landesvorstand zu deren Vorbereitung. (Empfehlung vorbehaltlich der Einrichtung einer Landesdelegiertenkonferenz.)

Landtagsfraktion und anderen Beteiligten hat dazu geführt, dass keine erkennbare sozialdemokratische Linie in der Landesregierung wahrnehmbar wurde.

Auch in der Regierungsarbeit wurden Fehler gemacht, etwa im Rahmen des Verkaufs von Sozialwohnungen, beim Umgang mit drohenden Streichungen von LehrerInnenstellen, bei der in Teilen missglückten Polizeireform, oder bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen im Land. Diesen standen große Errungenschaften und Fortschritte, wie etwa Mehrinvestitionen in Bildung und Kinderbetreuung, die Einführung der Gemeinschaftsschulen, eine arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder eine aktive Integrationspolitik entgegen.

Die Arbeit der Landesregierung, wie auch das Landtagswahlprogramm der SPD Baden-Württemberg bewerten wir in weiten Teilen positiv. Dennoch stellen wir fest, dass ein erfolgreiches Abarbeiten eines Koalitionsvertrages und die Umsetzung zahlreicher einzelnen Maßnahmen nicht ausreichen, um ein Profil heraus zu bilden und öffentlich sichtbar zu machen, für welche Gesellschaft und welche Politik die SPD in Baden-Württemberg stand und künftig steht. Die SPD Baden-Württemberg muss sich kritisch hinterfragen und erneuern. Dabei müssen alle Akteure in der Partei, der Landtags- und Bundestagsfraktion ihre Rolle kritisch hinterfragen und gemeinsam Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen. Nur wenn wir ohne einseitige Schuldzuweisungen in der Lage sind, Fehler zu erkennen und die notwendigen Reformen einzuleiten, können wir als SPD Baden-Württemberg geschlossen aus einem Erneuerungsprozess herausgehen. Alle Akteure sind gemeinsam für das Vorankommen der SPD verantwortlich und nur gemeinsam gelingt es, den Weg für eine starke Sozialdemokratie zu bereiten. Diesen Anspruch stellen wir an alle Akteure in der Partei.

Klares inhaltliches Profil zeigen

Die SPD steht mit ihren Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seit jeher für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jedem Menschen die Chance gegeben werden muss, seine Ziele unabhängig seiner Herkunft zu erreichen und in der jeder Mensch den Schutz der Solidargemeinschaft in Anspruch nehmen kann. Dennoch gelingt es uns zu selten, unsere Vision einer gerechten Gesellschaft zu vermitteln. Während andere politischen Kräfte entweder das Bedürfnis nach Sicherheit oder ökologischer Nachhaltigkeit im Blick haben, gibt es außer der SPD keine politische Bewegung, die so eindeutig für den sozialen Zusammenhalt und für Gerechtigkeit steht. Dabei ist das Bedürfnis nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft größer denn je. Die SPD muss daher glaubwürdig und nachhaltig

Chancen und Sicherheit verknüpfen. Es muss uns gelingen, deutlich zu machen, dass wir für eine Politik stehen, in der jeder Mensch die Chance erhält, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen fernab jeglicher Diskriminierung zu gestalten, in der aber auch jeder Mensch die Sicherheit vor unverschuldetem gesellschaftlichen oder ökonomischen Abstieg genießt und ein Leben in Sicherheit nicht vom Geldbeutel abhängt.

Soziale Gerechtigkeit mit Leben füllen

Zu oft trägt die Sozialdemokratie den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit wie ein Dogma vor sich her, ohne dass sich die Menschen konkret vorstellen können, was wir damit meinen. Wir SozialdemokratInnen wissen, dass es uns nur gelingt, die Menschen von unseren Zielen zu überzeugen, wenn wir den Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit mit konkreten und greifbaren Zielen verbinden und den Zusammenhang von der Vision der sozialen Gerechtigkeit zu konkreten Maßnahmen herstellen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass wir für eine Bildungspolitik stehen, in der durch Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Ausbildung oder dem Studium niemand aus finanziellen Gründen von guter Bildung ferngehalten wird. Unsere Bildungspolitik darf nicht darauf ausgelegt sein, jeden jungen Menschen zum Abitur zu bringen. Vielmehr müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft den Bildungsweg gehen können, der für sie bestmöglich geeignet ist. Deshalb halten wir an der Gemeinschaftsschule und dem längeren gemeinsamen Lernen fest. Durch die Gemeinschaftsschule wird ein Aussortieren nach der 4. Klasse, das zu oft von der sozialen Herkunft, statt von der tatsächlichen Leistung der Kinder abhängt, überwunden. Deshalb bleibt es in Baden-Württemberg unser Ziel, dass durch eine flächendeckende Einführung der gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen die „Schule für Alle“ langfristig Realität wird. Auch muss eine sozial gerechte Bildungspolitik dafür Sorge tragen, dass Kinder mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen bestmöglich in unsere Gesellschaft integriert werden, daher stehen wir auch weiterhin für eine schnellstmögliche Ausweitung der Inklusion ein.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle Menschen an dem, was wir gemeinsam erwirtschaften, gerecht teilhaben können. Deshalb müssen die Menschen von ihrer Arbeit auch gut leben können und am wirtschaftlichen Aufschwung auch beteiligt werden. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns war ein wegweisender Schritt. Diesen gilt es zu verteidigen und als Leistung der SPD in der Bundesregierung anzuerkennen. Dennoch darf für die Sozialdemokratie nicht vorrangig die Untergrenze im Fokus stehen, sondern unser Ziel muss eine gute und gesicherte Entlohnung für alle Beschäftigten bleiben. Aus diesem Grund muss es Anspruch der SPD sein,

150 durch sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
Arbeitsplätze zu erhalten und die Tarifparteien weiter zu stärken.
Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, von
Stammebelegschaft und Leih- und ZeitarbeiterInnen muss für die
nächsten Jahre im Fokus unserer Politik stehen. Eine
Gesellschaft ist nur dann gerecht, wenn der Grundsatz „Gleicher
155 Lohn für gleiche Arbeit“ uneingeschränkt gilt.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass die Menschen das
Gefühl haben, dass die Lasten und Pflichten durch ein gerechtes
Steuer- und Abgabensystem fair verteilt sind. Die zunehmende
160 Konzentration von Einkommen und Vermögen wird von vielen
als ungerecht empfunden, dennoch gelingt es bislang nicht, die
Menschen von Änderungen in diesem System, etwa durch eine
Einführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer oder durch
eine Reform der Einkommenssteuer zu überzeugen. Die SPD
165 wird die Bürgerinnen und Bürger nur dann überzeugen können,
dass Steuererhöhungen zu einer gerechteren Gesellschaft nötig
sind, wenn Belastungen auf der einen Seite auch konkrete
Entlastungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Gerade
diejenigen, die kaum von Änderungen am Steuersystem
170 betroffen sind, müssen durch Freibeträge bei
Sozialversicherungsbeiträgen stärker entlastet werden. Es wird
als ungerecht empfunden, wenn große Unternehmen und
Vermögende durch Steuerflucht ihrer Verantwortung nicht
gerecht werden, deshalb muss die SPD den Kampf gegen
175 Steuerflucht vorantreiben, Kapital- und Arbeitseinkünfte wieder
gleichbehandeln und außerdem die Umsetzung einer
Finanztransaktionssteuer offensiv vorantreiben. Nur wenn die
Leute erkennen, dass die von ihnen erarbeiteten Mittel sinnvoll
eingesetzt werden, sind sie bereit, Steuererhöhungen auch zu
180 akzeptieren, deshalb muss die SPD für eine transparente und
solide Haushaltsführung eintreten und der Verschwendung von
Steuergeldern offensiv entgegenzutreten.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass sich die jeder und
185 jede auf unser soziales Sicherungssystem verlassen und darauf
vertrauen kann, nicht unter ein bestimmtes Existenzminimum zu
fallen. Das Beitragssystem erschwert die gerechte Verteilung
von Lasten insbesondere im Bereich der Rentenversicherung.
Die SPD muss für eine Rentenversicherung stehen, die
190 Altersarmut bekämpft und die Lebensleistungen anerkennt. Wir
als SozialdemokratInnen wissen aber auch, dass gerade die
jüngere Generation Veränderungen im Rentensystem nur dann
anerkennt, wenn eine nachhaltige und gerechte Finanzierung
gewährleistet sein kann. Deshalb muss die SPD dafür streiten,
195 dass auch durch den demographischen Wandel entstehende
Mehrbelastungen durch mehr Steuerfinanzierung aufgefangen
werden. Langfristig sollte jedem Menschen eine
existenzsichernde Garantierente zustehen. Die Diskussion um
Rente mit 63, 65 oder 67 muss beendet werden, weil sie die
200 Lebensrealität der ArbeitnehmerInnen nicht erfasst. Die SPD
muss für ein flexibles Renteneinstiegsalter eintreten, so dass ein

Einstieg in die Rente nach 45 Versicherungsjahren ebenso möglich ist, wie ein längeres Arbeiten, wo dies gewollt ist.

205 Die Abkehr von der paritätischen Finanzierung bei der
Krankenversicherung ist ungerecht, daher muss die Einführung
der Bürgerversicherung weiterhin Ziel der SPD bleiben. Die
Weiterentwicklung der Arbeitslosen- hin zu einer
210 Arbeitsversicherung bedeutet, nicht erst nachträglich zu
reagieren, wenn Menschen bereits ihre Arbeit verloren haben,
sondern durch Qualifizierung und mehr Zeitautonomie
ArbeitnehmerInnen darin zu bestärken, sich den veränderten
Rahmenbedingungen entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse
anpassen zu können. Die Arbeitsversicherung muss das Ziel der
215 SPD für die nächsten Jahre sein.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass Gleichstellung in
allen Lebensbereichen dazu führt, dass jedem Individuum die
gleichen Rechte und Chancen zustehen. Alle Menschen,
220 unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe, Religion,
sexuellen Identität oder einer körperlichen oder geistigen
Beeinträchtigung, müssen gleichberechtigt an unserer
Gesellschaft teilhaben können. Diesen Grundsatz muss die SPD
daher uneingeschränkt und nachhaltig vorantreiben.

225 Ferner heißt Soziale Gerechtigkeit für uns, dass alle sich auf eine
Grundversorgung verlassen können. Die SPD muss verhindern,
dass Menschen aus finanziellen Gründen der Zugang zur
öffentlichen Daseinsvorsorge, zu guter medizinischer
230 Versorgung oder zu guter Bildung verwehrt wird. Unsere Vision
einer sozial gerechten Gesellschaft bedeutet, sich darauf
verlassen zu können, von der Solidargemeinschaft vor einem
unverschuldeten gesellschaftlichen Abstieg geschützt zu
werden. Immer mehr Kinder sind in Deutschland von Armut
235 betroffen. Insbesondere Kinder Alleinerziehender Elternteile.
Hier gilt es umfassend zu unterstützen, damit diese nicht den
Anschluss an unsere Gesellschaft verlieren.

Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum stellt dabei ein
240 besonderes Problem dar. Die SPD muss hierbei sichtbar und
offensiv für mehr bezahlbaren Wohnraum kämpfen und deutlich
machen, dass wir uns nicht damit zufriedengeben, wenn
Menschen aufgrund unverhältnismäßig hoher Mieten oder zu
wenig verfügbarem Wohnraum in ihrer Lebensgestaltung
245 eingeschränkt werden. Die eingeführte Mietpreisbremse ist
deshalb der richtige Weg und muss auch in Baden-Württemberg
flächendeckend durchgesetzt werden. Genauso müssen wir uns
für soziale Wohnungsbauprogramme in den Kommunen stark
machen und diese vorantreiben.

250 Durch vielfältige Veränderungen unserer immer älter und bunter
werdenden Gesellschaft gewinnen generationenübergreifende
Orte in den Kommunen an immer größerer Bedeutung.
Mehrgenerationenhäuser sind auch eine Antwort auf die

255 Herausforderungen des demografischen Wandels welche wir als
SPD liefern können. Mehrgenerationenhäuser sind ein wichtiger
Beitrag für das Miteinander der Generationen vor Ort, wofür wir
uns stark machen sollten.

260 Die SPD steht als progressive Kraft in dieser Gesellschaft dafür,
den gesellschaftlichen Wandel als Chance zu begreifen und zu
gestalten. Die Digitalisierung führt zur größten
gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderung der
vergangenen Jahrzehnte. Die SPD muss sich daher mit
265 Nachdruck an die Spitze der Veränderung stellen und ohne
Scheuklappen ihre Visionen einer digitalen Gesellschaft und
Wirtschaft weiterentwickeln. Dabei muss der Ausbau der
digitalen Infrastruktur oberste Priorität genießen und hierfür
muss die SPD sichtbar bundes- und landesweit eintreten. Viele
270 Menschen sehen der Entwicklung von Industrie 4.0 und der
Digitalisierung des Arbeitsmarktes mit großen Sorgen entgegen.
Wir müssen deshalb glaubwürdige Konzepte erstellen, die
gewährleisten, dass alle Menschen an der Rendite dieser
Entwicklung beteiligt werden.

275 An wenigen Stellen lässt sich Politik so greifbar machen, wie vor
Ort in den Kommunen. Die SPD muss ihre kommunalpolitische
Verankerung im Land wieder mehr stärken und hierfür mehr
Ressourcen zu Verfügung stellen. Dabei steht für uns die
280 kommunale Selbstverwaltung und die Subsidiarität im
Vordergrund. Was vor Ort geregelt werden kann, sollte auch dort
bleiben. Um die zunehmende Landflucht zu verhindern, muss es
unser Ziel sein, Arbeitsplätze durch zeitgemäße digitale
Infrastruktur, Wirtschaftsförderung und eine gute
285 Verkehrsanbindung, sowohl beim Individualverkehr als im
Besonderen auch beim Öffentlichen Personennahverkehr, vor
Ort zu halten. Viele junge Menschen haben ihre ersten
Anknüpfungspunkte an Politik vor Ort, deshalb muss es das Ziel
der SPD sein, junge Menschen stärker einzubinden und die
290 Jugendbeteiligung ernsthaft zu stärken.

Die Integration der vielen Menschen auf der Flucht stellt eine
der größten Herausforderungen der kommenden Zeit dar. Die
Sozialdemokratie muss für eine offene und solidarische
295 Gemeinschaft stehen. Diskussionen über Obergrenzen
widersprechen unserem Werteverständnis. Die Ängste in der
Bevölkerung können nur dann abgebaut werden, wenn es
einerseits gelingt, aufzuzeigen, wie Integration tatsächlich
gewährleistet werden kann und andererseits sichergestellt wird,
300 dass es keinem Bürger und keiner Bürgerin schlechter geht, weil
Geflüchtete in unserer Gesellschaft Schutz finden. Die
Integration am Arbeitsmarkt stellt dabei einen zentralen Schritt
dar. Flüchtlinge dürfen daher nicht durch Gebühren bei
Sprachkursen von diesen ferngehalten werden. Die
305 unterschiedlichen Kulturen führen zu neuen Herausforderungen.
Der Schutz der Rechte von Frauen stellt für uns daher eine
zentrale Aufgabe dar. Weibliche Flüchtlinge müssen besser vor

Übergriffen geschützt werden und besonders frauenspezifische
Fluchtursachen stärker als bisher geprüft werden.

Die SPD muss das Gefühl eines selbstbestimmten Lebens wieder
stärker in konkrete Politik umsetzen. Gerade Jüngere erwarten
von der Politik keine Vorschriften und Bevormundungen,
sondern eine Politik des Ermöglichens und Gestaltens. Deshalb
wollen wir junge Menschen durch gute Bildung und Prävention
zu einem bewussten Umgang mit Medien, Alkohol und Drogen
erziehen, statt sie durch Verbotspolitik an den Rand des
gesellschaftlichen Bewusstseins zu verdrängen. Unsere
Innenpolitik muss darauf ausgelegt sein, die Freiheit jedes
einzelnen zu sichern. Auch in Zeiten zunehmender Bedrohung
durch den Terror muss sich die Sozialdemokratie der Gefahren
von Einschränkungen von Bürgerrechten zugunsten der
Sicherheit bewusst sein und jede Verschärfung bestehender
Sicherheitsgesetze mit großer Vorsicht prüfen. Die Freiheit des
Einzelnen kann nicht durch Generalverdacht oder
unverhältnismäßige Einschränkung der Privatsphäre
gewährleistet werden.

Europa ist nicht erst seit dem Brexit in Gefahr. Dabei muss die
Vision der SPD immer ein geeintes, föderales Europa bleiben, in
dem hohe soziale und demokratische Standards und das Leben
in Frieden gefördert werden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise
hat genauso wie die Entwicklung der vielen Flüchtlinge die
Schwächen der europäischen Familie offenbart. Wir müssen für
ein Europa kämpfen, das jedem Menschen Würde und
Existenzsicherung gewährleistet und in dem die Lasten
gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten solidarisch getragen
werden. Wir müssen uns der zunehmenden Renationalisierung
in Europa entgegenstellen und dafür kämpfen, dass die
europäischen Institutionen, allen voran das Europäische
Parlament, gestärkt werden. Nur wenn es demokratisch
legitimierte europäische Institutionen gibt, wird Europa als eine
Union der Bürgerinnen und Bürger und nicht von
Nationalinteressen geleitete Regierung wahrgenommen.

Dabei muss der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut
im Vordergrund stehen. Nur wenn es uns gelingt, junge
Menschen von den Vorteilen Europas zu überzeugen, kann
dieses Projekt langfristig gelingen.

Strukturen modernisieren

Auch strukturell muss die SPD Baden-Württemberg Lehren aus
dem Landtagswahlergebnis ziehen. Wir müssen unsere
Strukturen und Arbeitsweisen in das 21. Jahrhundert heben und
auf rückläufige Präsenz von Abgeordneten in der Fläche,
veränderte Alters- und Mitgliederstrukturen reagieren. Dafür
muss die SPD das Zusammenwirken von hauptamtlichen

MitarbeiterInnen, Amts- und MandatsträgerInnen sowie Ehrenamtlichen neu organisieren.

365 Der Erneuerungsprozess hat dabei bereits erste Weichen gestellt.
Für uns SozialdemokratInnen ist dabei deutlich: Ziel dieses
Prozesses muss es sein, bisherige Strukturen ohne Scheuklappen
zu hinterfragen und auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Dabei
muss das Ziel nicht Veränderung der Veränderung wegen
bedeuten, vielmehr müssen wir gemeinsam mit allen Akteuren
370 notwendige Reformen nachhaltig und langfristig anlegen.

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner bisherigen Arbeitsweise
die Funktion einer politischen und strategischen Führung nur
eingeschränkt erfüllt. Nur wenn es der Sozialdemokratie gelingt,
375 Strategien, Ziele und konkrete Konzepte gemeinsam mit allen
Akteuren verbindlich zu debattieren und dann gemeinsam nach
außen zu tragen, kann ein gemeinsames Auftreten gelingen.
Dieses Gremium muss der SPD-Landesvorstand wieder werden.

380 Entscheidend ist nach unserem Dafürhalten nicht die Größe des
Gremiums, sondern die Arbeitsweise und der Umgang mit
Beschlüssen und Entscheidungen. Der Landesvorstand sollte
daher durch ein verbindliches Arbeitsprogramm eine
organisatorische und inhaltliche Agenda festlegen, die mit einer
385 konkreten Aufgabenverteilung zwischen Mitgliedern des
Landesvorstandes einhergeht.

Die rückläufigen Abgeordnetenmandate haben in der Fläche zu
einem Verlust von Repräsentanz der SPD genauso beigetragen,
390 wie zu einer abnehmenden Vernetzung der Kreisverbände vor
Ort mit der Landes- und Bundespolitik. Die vier regionalen
stellvertretenden Landesvorsitzenden müssen neben
repräsentativen Aufgaben nach Außen, die Betreuung ihrer
Region in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen. Dabei müssen
395 Inhalte, Strategien und Entscheidungen des Landesvorstandes
hin zu den Kreisvorsitzenden und Abgeordneten in der Region
genauso erfolgen, wie das Aufgreifen von Initiativen aus den
Reihen der Kreis- und Ortsvereinsvorsitzenden. Kreisverbände
und Ortsvereine müssen durch die stellvertretenden
400 Landesvorsitzenden und Beisitzer außerdem in ihrer politischen
Arbeit unterstützt und beraten werden.

Das Betreuungssystem der Landtagsabgeordneten muss
verändert werden. Teils große weiße Flecken machen eine
405 Betreuung durch je eineN Landtags- und
BundestagsabgeordneteN unmöglich. Vielmehr müssen
Informationen gebündelt werden und die Abgeordneten
insbesondere bei der Weitergabe von Informationen von den
Regionalbüros unterstützt werden. Auch müssen die nicht
410 gewählten Kandidatinnen und Kandidaten der Landtags- und
Bundestagswahlen weiter eingebunden werden, damit der
langfristige Aufbau von Personen vor Ort gelingen kann.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle und den Regionalzentren unterstützen bereits jetzt mit großem Einsatz die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften in ihrer Arbeit. Wir glauben, dass es gerade durch weniger Abgeordnete in der Fläche eine Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen allen Hauptamtlichebenen geben muss. Die Regionalzentren sind nicht nur Organisationsbüros, sondern auch Repräsentanten der SPD vor Ort und wichtige Netzwerkzentren. Durch ihr großes Wissen über die regionalen politischen Zusammenhänge und Themen können die RegionalgeschäftsführerInnen stärker als politische Kommunikatoren agieren. So sollte das Aufbereiten von für Kreisverbände relevanten Inhalten auch zum Teil ihres Aufgabenspektrums gehören. Dabei verfügen die Regionalzentren oft über großes Wissen über einzelne Gliederungen vor Ort. Gerade im Falle von Veränderungen, beispielsweise bei Zusammenlegung von Ortsvereinen, kann dieses Wissen durch die Regionalgeschäftsstellen erhalten werden. Des Weiteren fordern wir einen landesweiten Aufgabenkatalog für Regionalzentren. Hierbei soll für jede Parteigliederung vollkommen transparent ersichtlich sein, welche Dienstleistungen ein Regionalzentrum übernimmt.

Die Art und Weise unserer Kommunikation befindet sich nicht auf der Höhe der Zeit. Immer öfter erhalten Mitglieder einer Flut von Newslettern unterschiedlicher Ebenen, der Informationsaustausch wird dabei auf ein Minimum reduziert. Ziel muss es sein, Inhalte unterschiedlicher Ebenen gebündelt weiter zu tragen und technische Möglichkeiten der Kommunikation, wie etwa Telefonkonferenzen oder eine digitale Beteiligungsplattform auf ihre Eignung für die SPD Baden-Württemberg zu prüfen. Dafür können auch positive Beispiele für Verbandskommunikation von befreundeten Organisationen, etwa der IG Metall berücksichtigt werden.

Die SPD muss ihre Kommunikation auch nach außen auf einen neuen Stand bringen. Sitzungen ohne öffentliche Wahrnehmungen, Gespräche mit immer den gleichen Personen ohne politische konkrete Folgen frustrieren immer mehr Parteimitglieder. Wir sollten mehr mit den Menschen sprechen, statt über sie. Deshalb müssen technische Möglichkeiten genutzt werden, mögliche AnsprechpartnerInnen für Gespräche von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder KandidatInnen zu erfassen und dieses Netzwerk auch zu pflegen. Wir müssen unsere Strukturen und Fördermittel darauf auslegen, den Binnenfokus zu überwinden und unsere Parteistrukturen dabei unterstützen, ihre Arbeit weg von der teilweise bestehenden Selbstbeschäftigung hin zu wahrnehmbaren Präsenz vor Ort zu verändern.

Dabei gilt es, auch die politische Kommunikation und die Debattenkultur innerhalb der SPD zu verändern. Geschlossenheit für uns als SPD heißt nicht die Abwesenheit

von Diskussion und Streit. Sie bedeutet, dass alle Akteure bereit sein müssen, für ihre Anliegen zu streiten und zu kämpfen, den gemeinsamen Beschluss im Anschluss aber mitzutragen. Erst wenn unzweifelhaft feststeht, dass gemeinsam gefasste Beschlüsse auch mehrheitlich mitgetragen werden, kann eine konstruktive Debattenkultur entstehen. Politischer Streit kann dabei oft von Vorteil sein und dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit durch den Diskurs erkennt, wofür die SPD steht und welcher Entschluss am Ende dieses Streits steht. Dafür bedarf es eines bewussteren Umgangs darüber, über welche Themen letztendlich gestritten werden sollte. Hierfür müssen alle Akteure in der SPD ihr eigenes Verhalten kritisch reflektieren und Schlüsse für die Zukunft ziehen.

Hierbei ist es von zentraler Bedeutung, dass sich alle Akteure am Wohle der Gesamtpartei orientieren und die Interessen einzelner oder bestimmter innerparteilicher Gruppen zurückstellen. Ein geschlossenes Gesamtbild der SPD Baden-Württemberg ist in diesen Zeiten nötiger denn je um als schlagkräftige Opposition gegen Grün-Schwarz zu agieren.

Die SPD Baden-Württemberg muss ihre inhaltliche Innovationskraft und Stärke wieder mehr entfalten. Die Fachbeiräte haben sich als auf Dauer als ungeeignet erwiesen, den Raum für eine inhaltliche Arbeit darzustellen. Ziel muss es sein, durch regelmäßig stattfindende Landesverbandswochenenden den Raum für inhaltliche Diskussionen zu schaffen. Bei diesen sollten vom Landesvorstand im Arbeitsprogramm festgelegte langfristige Themen genauso eine Rolle spielen, wie kurzfristig aufkommende tagesaktuelle Fragen. Dabei sollte es durch eine breite Einbindung der Kreisverbände und der Landesarbeitsgemeinschaften gewährleistet sein, dass das große Wissen der Mitglieder genauso Berücksichtigung findet, wie die Kompetenzen der Abgeordneten und der Verbände und Organisationen.

Großes Know-How herrscht bei unseren KommunalpolitikerInnen vor. Oft sind sie die bekanntesten Gesichter der Sozialdemokratie in ihrer Stadt, Gemeinde oder ihrem Ortsteil. Eine Stärkung dieser sozialdemokratischen Basis ist für die SPD Baden-Württemberg elementar. Hierzu gehört die enge Einbeziehung der kommunalen MandatsträgerInnen in die Aktivitäten der Landespartei um sie zu vernetzen und Synergien zu schaffen. Die professionelle Betreuung und Schulung der Ortschafts-, Bezirks-, Gemeinde- und Stadträte muss wesentlicher Bestandteil des neuen Landesvorstands und dessen Regiobetreuung sein.

Die baden-württembergische Sozialdemokratie muss die Digitalisierung als Chance begreifen und die Vorteile nutzen: Eine grundlegende Reform der Begleitplattform meinSPD.de oder die Schaffung einer neuen Plattform zur Vernetzung der

520 aktiven Mitgliedern muss geprüft werden, die insbesondere zum
Ideen-Austausch, zur inhaltlichen Bildung und zur
Kontaktvermittlung dienen könnte. Sollte die Entscheidung zur
Nutzung einer Plattform ausfallen, so ist eine kontinuierliche
Betreuung und ggf. Verbesserung sicherzustellen. Den
525 Kreisverbänden könnten dort Dienstleistungen aus den Reihen
der Hauptamtlichen sowie der Mandatsträger, genauso wie
inhaltliche Informationen und Muster für Formalien zur
Verfügung gestellt werden.

530 Digitalisierung bedeutet Barrierefreiheit: Menschen, die der
Sozialdemokratie verbunden sind (Mitglieder oder
Interessierte), jedoch nicht die Möglichkeit haben, weite
Anreisen zu Veranstaltungen oder Konferenzen auf sich zu
nehmen, müssen die Chance bekommen, virtuell an ebendiesen
535 teilzunehmen. Dies dient sowohl der politischen Bildungsarbeit,
als auch einer größeren Partizipation und Offenheit gegenüber
Mitgliedern und Interessierten.

540 Eine offene Partei für Diskussionen und für die Beteiligung
vieler, dies muss der erklärte Anspruch der SPD Baden-
Württemberg sein. Viele Menschen im Land brauchen ein
attraktives Angebot, um sich zu beteiligen, sich einzumischen
und ihre Expertise einzubringen. Hierzu zählen auch die
öffentlichen Vorwahlen von KandidatInnen bei allgemeinen
545 Wahlen. Öffentliche und offene Vorwahlen erzeugen ein hohes
Maß an medialer Aufmerksamkeit, ferner regen sie die
thematische Debatte an und stellen die Inhalte der Kandidierenden
und der Partei in den Vordergrund. Durch die Einbeziehung der
Öffentlichkeit werden breitere gesellschaftliche Gruppen in die
550 KandidatInnenfindung miteinbezogen.

Die SPD bildet aktuell nicht den Querschnitt der Bevölkerung
ab, weder in der Landtags- und Bundestagsfraktion, noch in der
öffentlichen Wahrnehmung der Partei. Wenn es nachhaltig
555 gelingen soll, junge Menschen, Frauen und Menschen mit
Migrationshintergrund stärker anzusprechen und an uns zu
binden, dann müssen diese Gruppen stärker als bisher gefördert
werden und bei der Vergabe von Listenplätzen und Funktionen
innerhalb der SPD berücksichtigt werden

560

Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

- Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.
- Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.
- Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.**
- Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.
- Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für uns im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back

bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

Die SPD darf aber ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.

Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

1. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre.[1] Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

Die SPD wird dafür sorgen, dass

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung ausrichtet.

1. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

100 Es muss zu aller erst um die menschliche Gestaltung der
Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet neue Initiativen zur
Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die
Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den
neuen Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft,
105 Reduzierung von Stress, Verkürzung von Arbeitszeiten und
Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden
psychischen Erkrankungen.

Die SPD wird

- 110 • die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen
ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung
in internationalen Konzernen ausbauen helfen,
- 115 • den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der
Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von
Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-
Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung
120 mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten
Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit
weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren
und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch
ein Verbandsklagerecht stärken sowie Ausnahmen
abschaffen.
- 125 • die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und
Männern durch ein wirksames
Lohnngerechtigkeitsgesetz schließen,
- 130 • die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung),
vor allem durch Systematisierung der beruflichen
Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des
Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung,
Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch
135 durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen
Umlagen fortsetzen.

Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken-
und Pflegeversicherung

- 140 • mit der wir anschlussfähig sind, die alle
Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist
und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend
angehoben wird,
- 145 • um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch
die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und
die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle
Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

In der Rentenpolitik wird die SPD

150

- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,

155

- das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

160

- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

165

Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

170

Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

175

1. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

180

Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

185

Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten und der Institutionen der EU gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig.

190

Die SPD wird

195

- einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird keine Zukunft

200

haben. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.

- die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.
- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse steht für uns fest: CETA ist in der vorliegenden Form, obwohl dank des Einsatzes der SPD in den Verhandlungen deutliche Fortschritte erzielt wurden, nicht zustimmungsfähig.

1. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass

- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen.
- Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

- 255
- ein Einwanderungsgesetz beschlossen wird.

Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.

265 Die SPD wird dafür sorgen, dass

- kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.

1. Friedenspolitik aktiv gestalten

280 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

295 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass

- eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den

Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,

- restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik eingehalten und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden.

Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen, weshalb unsere Politik wieder die Reform und Stärkung der UN in den Mittelpunkt stellen muss

1. Steuern durch gerechte Steuern

Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- der höheren Eigenkapitalausstattung von Banken,
- dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte

Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

[1] Das (arbeitnehmernahe) Institut der deutschen Wirtschaft
Köln (IW) veranschlagt allein für die Verkehrsinfrastruktur
einen Investitionsbedarf von 120 Mrd. in den kommenden 10
Jahren.

Antragsbereich P/Antrag 4

Kennnummer 8415
Kreisverband Rottweil

Gerechte Wirtschafts-und Sozialpolitik

Gerechte Wirtschafts-und Sozialpolitik

Bei der letzten Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg erhielt die SPD gerade noch 12,1% der Wählerstimmen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir von vielen Menschen als ihre Interessenvertreter nicht mehr wahrgenommen werden. Sie vermissen „soziale Gerechtigkeit“, ein Ziel, welches sich unsere "alte" SPD einst auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Um in den kommenden Jahren nicht in die völlige Bedeutungslosigkeit zu versinken, ist ein Aufbruch dringend nötig und es gilt, Antworten auf die Frage zu finden, warum man die SPD wählen sollte. Dies betrifft auch den Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Die herrschende angebotsorientierte Wirtschaftsideologie will Ungleichheit als Triebfeder jeglichen Fortschritts. Und sie hat sich durchgesetzt. In der Praxis: Die Wirtschaftsleistung in Deutschland (BIP) ist zwischen 1950 und 2010 auf das 50fache gestiegen, die Geldvermögen stiegen auf das 256fache. Und in der Theorie: Neoliberalismus dominiert in Forschung, Lehre und Medien. Auch die Agenda 2012 war von diesem Denken geprägt: Es ging schlicht darum, die Arbeitskosten zugunsten eines als sinnvoll erachteten Exportüberschusses zu senken. Was für die Lohnkosten galt, galt nicht für die Gehälter: Ein VW- Chef erhält je nach Jahreseinkommen seines Angestellten (30 000 oder 50 000 €) das 500fache oder 300fache: 15 Mio Nicht nur das: Arbeitnehmer überlassen Arbeitgebern die Kapital- oder Investitionsgüter und begnügen sich mit Geld zum Konsum. Als Produktionsfaktoren wirken nun aber einmal Arbeit und Kapital: mit nur einem Faktor gibt es keine Wertschöpfung. Warum entscheidet dann nur die Kapitaleseite über Investitionen und Arbeitslosigkeit?

35 Deshalb möge der Parteitag beschließen:
 Eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordert
 paritätische Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer
 am Produktivvermögen sowie gleichmäßige Verteilung der
 40 Lasten des Sozialstaats und die Wiedereinführung einer
 Vermögensteuer, die diesen Namen verdient.

Antragsbereich P/**Antrag 5**

Kennummer 8367
Kreisverband Stuttgart

Solidarische Gesellschaft

Solidarische Gesellschaft

- Ein ausgeglichener Haushalt darf nicht auf Kosten der Vernachlässigung weiterer Bereiche – z.B. sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Schienen- und Straßenverkehr, Integration von Flüchtlingen etc. – gesamtstaatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge gehen. Wir fordern, dass sich die Partei jeglicher Privatisierung staatlicher Aufgaben ausnahmslos verweigert.
- Eine umlagefinanzierte Rente muss die Riesterrente zukünftig ersetzen. Es bedarf ein aus Umlagen und Steuern ausreichend finanziertes Rentenkonzept, das jegliches Herabsetzen des Rentenniveaus verhindert.
- Schaffung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Einkommen einzahlen (Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises)
- Private Vor- oder Mitfinanzierung des Straßen- und Schienenbaus widerspricht sachgerechter Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Investitionen in den schienengebunden öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie den Güterverkehr entlasten die Straßen und die Umwelt. Ticketpreise müssen sozial verträglich gestaltet.
- Wir benötigen eine von Empathie und Solidarität mit unseren europäischen Nachbarländern geprägte Finanzpolitik.
- Zielgerichtete Entwicklungshilfe muss verhindern, dass die in der Entwicklung befindlichen Länder als billige Rohstofflieferanten stagnieren. Vielmehr muss ihnen der Aufbau einer eigenständigen wirtschaftlichen Infrastruktur ermöglicht werden.

Bewahrung der Natur als Grundwert der Partei Bewahrung der Natur als Grundwert der Partei

Der Landesparteitag möge beschließen und an die Parteigremien auf Bundesebene mit der Empfehlung zur Übernahme weiterleiten: Ablehnung

- 5 Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden – werden um das Ziel „Bewahrung der Natur“ erweitert. Alle Beschlüsse der Partei werden darauf hin überprüft, inwieweit sie diesen Zielen gleichrangig und gleichwertig gerecht werden.

10

Begründung:

- 15 Der erste Praxistest ihrer Grundwerte, der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Handwerk und in der Industrie, und für den demokratischen Rechtsstaat verhalf der SPD zu Ihren Anfangserfolgen.

- 20 Das Meiste damals und seither Er kämpfte gilt heute als selbstverständlich und wird in der komplexen Vielfalt der politischen Themen kaum mehr der SPD zuerkannt. Wer was von der Leistung einzelner Parteien oder Personen wahrnimmt, bleibt bei der Vielfalt heutiger Medien eher dem Zufall überlassen,

- 25 Umso wichtiger bleiben klar verständliche, einprägsame Grundsätze, an denen sich unsere Politik auf allen Ebenen, vom Gemeinderat bis zum Bundestag und international, deutlich erkennbar ausrichtet.

- 30 Auch Grundsätze wandeln sich, aber je weitsichtiger sie gefasst sind, desto länger bieten sie nach innen und außen Orientierung.

- 35 Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker leitete von 1970 bis 1980 das

„Max Plank Institut für die Erforschung der Lebensbedingungen der technisch-wissenschaftlichen Welt“.

- 40 Das Forscherteam aus verschiedenen Fachrichtungen formulierte drei notwendige Bedingungen:

Soziale Gerechtigkeit

militärischer Friede

45

Bewahrung der Natur.

Sie sehen diese drei Bedingungen ineinander verschränkt.

50

Keine ist ohne die beiden anderen zu verwirklichen.

Die SPD sollte diese drei Forderungen als Grundlage für eine zukunftsfähige Politik übernehmen.

55

Die ersten beiden haben in der SPD Tradition. Ihre Verkettung mit der dritten blieb lange verkannt.

60

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gilt manchen als Hemmschuh für wirtschaftliche Entwicklung (selbst 24 Jahre nach der UN Umweltkonferenz von 1992 in Rio) und wurde als Politikfeld den Grünen überlassen, mitsamt Generationen von aktiven um die politische Zukunft besorgten Leuten.

65

Nur einzelne SPD-Politiker wie Michael Müller und Hermann Scheer wiesen beharrlich auf die großen Chancen der Solarenergie für viele Politikfelder hin. Das Erneuerbare Energien Gesetz von 2004 bestätigte ihre Prognose und schuf in kurzer Zeit viele neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze. Es wurde deshalb in anderen Ländern kopiert. Die einmalige Investition für die Umstellung auf Energie aus Sonne und Wind und die Speichertechnik zum Ausgleich von Schwankungen amortisiert sich durch die Einsparung der Milliarden an jährlichen Kosten für den Import von Kohle und Gas.

75

Die Umweltkonferenz von Paris 2015 bestätigte einmal mehr:

Ein rascher Wechsel von fossiler zur Solarenergie erweist sich als einziger Pfad zur Stabilisierung des Klimas.

80

Bewahrung der Natur muss deshalb ein gleichrangiger Grundsatz schlüssiger SPD-Politik werden.

Viele junge Leute und gesellschaftliche Meinungsführer warten auf dieses Signal zur Mitarbeit.

Koalition nach der Bundestagswahl

Koalition nach der Bundestagswahl

Die SPD Baden-Württemberg fordert, dass nach der nächsten Bundestagswahl eine Koalition eingegangen wird, die die Umsetzung einer Bürger*innen-Versicherung und einer substantziellen Rentenreform verspricht.

Überweisung an den Parteivorstand.

5

Begründung:

Die SPD hat bei den vergangenen Wahlen in Bund und Land historisch schlechte Ergebnisse eingefahren. Trotz vieler Erfolge sozialdemokratischen Regierungshandelns, wie zum Beispiel die Einführung des Mindestlohns, hat die Partei es nicht geschafft, über diese Maßnahmen innerhalb der Großen Koalition Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Wähler*innen zurückzugewinnen.

15

Die großen sozialdemokratischen Reformvorschläge erhalten in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung. Deshalb ist es unerlässlich, diese Versprechen endlich einzulösen. Dies ist mit CDU/CSU nicht möglich. In einem Parteiensystem mit voraussichtlich 7 im Bundestag vertretenen Parteien müssen daher neue Bündnisse entstehen. Eine Minderheitsregierung darf nicht von Vorneherein ausgeschlossen werden.

20

Organisation

Antragsbereich O/ **Antrag 1**

Kennnummer 8376

Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim

(Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald)

Hauptamtliche/r Generalsekretär/in

Hauptamtliche/r Generalsekretär/in

Der SPD Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim fordert den Landesvorstand auf, zukünftig die Position der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs hauptamtlich zu besetzen.

Satz 1: Ablehnung.

- 5 Die hierfür notwendigen Voraussetzungen sind durch eine Satzungsänderung zu schaffen und auf dem Landesparteitag zu beschließen. Durch den Wegfall von Mandatsträgern nach der Landtagswahl fehlen der SPD gravierend Ressourcen, um in der Fläche wahrgenommen zu werden. Auch Infrastruktur durch den Wegfall der Abgeordnetenbüros ist nicht mehr vorhanden. Die Kreisverbände, Ortsvereine, Kommunalpolitiker und die zukünftigen Kandidaten für Bundes- und Landtagswahlen sind auf professionelle Unterstützung hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit sowie der Erstellung und Durchführung von politischen Kampagnen angewiesen und benötigen eine direkte politische Schnittstelle zum Landesvorstand der Partei. Ebenso ist die Öffentlichkeitsarbeit besser als in der Vergangenheit zu koordinieren und die Einbindung der Regionalzentren in die Parteiarbeit in der Fläche zu professionalisieren.
- 10
- 15
- 20

Ab Satz 2: Erledigt durch Statut.

Dies alles ist ehrenamtlich und neben der Ausübung z.B. einem Bundestagsmandates nicht zu leisten!

- 25 Wir benötigen für diesen wichtige, organisatorische und für die/den Parteivorsitzende/n unterstützende Tätigkeit einen Profi, der entsprechend seiner Qualifikationen eingestellt und zur Sicherstellung seiner/seines Lebensunterhaltes auch entsprechend bezahlt werden muss.

- 30 Gerade in schwierigen Zeiten kann nicht gespart werden, so schwierig die Parteifinanzen auch sind. Jetzt ist die Zeit für Investitionen in die Zukunft!

Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation	der Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation
---	---

	1. Die Statutenänderung, die Beitragsverteilung Ortsvereine und Landesverband befristet auf fünf Jahre zu ändern, lehnen wir ab.	Nichtbefassung
--	--	----------------

5	2. Der Posten einer/s hauptamtlichen Generalsekretärs/in wird nicht geschaffen.	Ablehnung
---	---	-----------

10	Begründung: Es kann nicht sein kann, dass die Entscheider, die den Wahlausgang mit verursacht haben (ein Beispiel hier die Auswahl der Werbeagentur und deren Begleitung durch den Wahlkampf, hier Verweis auf die Presseberichterstattung aus der Zeit nach dem Walkampf), jetzt ohne Konsequenzen weitermachen wollen wie bisher. Wir haben gründlich verloren und somit auch Geldmittel verloren.	
----	--	--

15	Die Ortsvereine dürfen nicht zur Schließung der Finanzlücke herangezogen werden. Die Beitragsumverteilung zu Ungunsten der Ortsvereine lehnen wir ab.	
----	---	--

20	Zum Thema „Sparmaßnahmen beim Landesverband“ wäre es wünschenswert, erst ein Konzept vorzulegen, wie die künftige Arbeit im organisatorischen und finanziellen Bereich kostengünstig, kreativ und effizient gestaltet werden könnte, bevor man Geldquellen eruiert und eintreibt. Die Reihenfolge hätte unseres Erachtens andersherum sein müssen. Geld zum Erhalt eines nicht mehr vorhandenen Status Quo zu fordern ist zu kurz gesprungen. Man sollte begründen können, wofür und wie mit dem Geld künftig umgegangen wird, das würde die Bereitschaft des freiwilligen Gebens erhöhen.	
----	--	--

30	Uns liegt am Stellenerhalt der Beschäftigten. Nichtsdestotrotz nahmen wir verwundert zur Kenntnis, dass trotz der prekären Finanzlage die Rede von der zusätzlichen Schaffung der Position einer/s hauptamtlichen Generalsekretärs/in zur Sprache kam. Wir sprechen uns gegen die Schaffung des Postens einer/s hauptamtlichen Generalsekretärs/in aus. Wenn kein Geld da ist, muss man ohne Personalausweitung innerhalb des Landesverbandes ein Konzept entwickeln und die Aufgaben neu ordnen und strukturieren.	
----	---	--

Die SPD glaubwürdiger, transparenter und partizipativer gestalten

Die SPD glaubwürdiger, transparenter und partizipativer gestalten

Wir fordern die Landes-SPD auf, glaubwürdiger, transparenter und partizipativer aufzutreten. Dabei sollen folgende Eckpunkte Beachtung finden:

Zeilen 1 bis 34:

Erledigt durch Annahme von Antrag AP 1 in der Fassung der Antragskommission.

5 Eckpunkte:

- **Glaubwürdigkeit:** Die SPD muss das Vertrauen der Menschen für sozialdemokratische Politik zurückgewinnen. Dies kann nur gelingen, wenn bloße Worthülsen und Schlagworte wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „soziale Sicherheit“ auch mit greifbarem Inhalt gefüllt werden, unter denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt etwas vorstellen können. Paraphrasen und abstrakte Begriffe sind für die Bürgerinnen und Bürger nicht greifbar und führen daher ins Leere.
- **Transparenz:** es soll ein Konzept für eine online-Diskussionsplattform entwickelt werden, die eine inhaltliche Diskussion der Anträge zum Landesparteitag ermöglicht. Dadurch sollen auch Nicht-Delegierte und Nicht-Parteimitglieder die Möglichkeit bekommen online über die Anträge zu diskutieren. Die Ergebnisse der Diskussion sollen auf dem Parteitag in geeigneter Form dargestellt werden.
- **Partizipation:** Die SPD mit ihrem Verständnis eine Partizipations- und Mitgliederpartei zu sein, muss dies auch glaubwürdig umsetzen. So war der Erneuerungsprozess ein erster Schritt in Richtung mehr Beteiligung. Dieser eingeschlagene Weg darf nicht mehr verlassen werden und muss weiter ausgebaut werden. So muss die direkte Mitgliederbeteiligung wie z.B. Mitgliederbegehren gestärkt werden. Ebenso müssen die Mitglieder mehr in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Abschaffung des Delegiertensystems auf Kreisebene: Auf Kreisebene muss das Delegiertensystem abgeschafft werden um das Mitspracherecht der Mitglieder zu stärken. Eine Einführung des Mitgliederprinzips soll das veraltete Delegiertensystem ersetzen. Das ermöglicht das direktere, häufigere und in der

Ab Zeile 36: Erledigt durch Statut.

45 Wirkung unmittelbarer erkennbare Mitmachen für das einzelne Parteimitglied. Dies ist gerade bei rückläufigen Mitgliederzahlen der SPD wichtig. Daher ist jede einzelne Stimme wichtig und sollte auch Gehör finden. Jedes Mitglied hat ein Recht auf eine eigene Meinung und diese soll auch durch die Möglichkeit der Teilnahme mit Stimmrecht gewährt sein.

Rente

Antragsbereich R/ **Antrag 1**

Kennnummer 8433

AfA Baden-Württemberg

Empfänger:

Bundesparteitag

SPD-Parteivorstand

Rente muss zum Leben reichen

Rente muss zum Leben reichen

Rente muss zum Leben reichen

Empfehlung erfolgt mündlich.

Forderung:

5 Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu sichern. Deshalb wollen wir eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und langfristig eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus erreichen.

10

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. Das Risiko von Altersarmut schon im Ansatz bekämpfen

15 Mit einer sozial orientierten Arbeits- und Beschäftigungspolitik – angefangen von der Begrenzung der Leiharbeit über die armutsfeste Weiterentwicklung des gesetzlichen Mindestlohnes bis hin zur Durchsetzung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik – wollen wir die Ursachen dieser Entwicklung
20 konsequent bekämpfen, damit künftig wieder kontinuierliche und auf guter Arbeit basierende Erwerbsbiographien entstehen können. Für die zurückliegenden zwei Jahrzehnte sind jedoch bereits Rentenanwartschaften entstanden, die auf unterbrochenen Versicherungsverläufen und zunehmender
25 Niedriglohnarbeit beruhen und damit das Risiko der Altersarmut in sich tragen.

2. Gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

30 Die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist eine entscheidende Voraussetzung, um im Erwerbsleben die Grundlage für eine auskömmliche Altersversorgung zu legen. Wir fordern, gesetzliche Rahmenbedingungen für eine gerechte Lohnstruktur zu schaffen
35 und die Ausbreitung des Niedriglohnsektors zu stoppen. Der gesetzliche Mindestlohn ist dazu ein erster, wichtiger Schritt, wird aber alleine nicht ausreichen. Notwendig sind auch die

Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung sowie
die vereinfachte Möglichkeit der
Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Die seit Jahren erkennbare Tendenz einer sinkenden Lohnquote
muss umgekehrt werden. Davon profitieren die einzelnen
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber durch höhere
Beitragseinnahmen auch die sozialen Sicherungssysteme
insgesamt. Wir wollen zudem das Normalarbeitsverhältnis,
unbefristet und sozial abgesichert, wieder stärken.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt
werden. Leiharbeit muss wieder stärker reguliert werden. Der
Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich
ohne Ausnahmen durchgesetzt werden. Jede zweite
Neueinstellung erfolgt mittlerweile befristet. Die Möglichkeit
der sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsvertrags muss
abgeschafft werden.

3. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung

Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen
Rentenversicherung positiv ist und auch für kommende
Generationen positiv bleibt. So ermittelt die Deutsche
Rentenversicherung eine langfristige Rendite zwischen +3,0
Prozent und +3,4 Prozent.

Demgegenüber haben sich die Renditeerwartungen der privaten
Vorsorge wie bspw. der Riester-Produkte bei weitem nicht
erfüllt. Die Herabsetzung des Garantiezinses auf 1,25 Prozent zu
Beginn des Jahres 2015 sowie auch die weiter schwelende
globale Finanz- und Bankenkrise werden die private
Renditeentwicklung weiterhin massiv eintrüben.

Wir wollen das System der gesetzlichen Alterssicherung deshalb
so reformieren, dass die Ziele der Lebensstandardsicherung und
der strukturellen Armutsfestigkeit wieder innerhalb des
gesetzlichen Rentensystems erreicht werden können. Nur die
Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Altersrente kann
der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der
Versicherten gerecht werden.

4. Anhebung des Rentenniveaus

Die Definition des Rentenniveaus muss dem Ziel entsprechen,
nach 45 Beitragsjahren mit durchschnittlichem Verdienst einen
lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu erwerben.

Das Rentenniveau entsprach im Jahr 2000 etwa einem Wert von
56 Prozent und ist wieder auf diesen Wert anzuheben und
konstant zu halten.

Wir orientieren uns am Leitbild einer sozialen Rentenversicherung, in der das Prinzip der Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit (Äquivalenz-Prinzip) und ein angemessener Solidarausgleich ineinandergreifen. Die Lebensstandardsicherung muss wieder zentrales Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung werden. Deshalb muss die Entwicklung der Renten wieder stärker der Lohnentwicklung folgen und der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos gestrichen werden.

5. Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden

Mit der um zwei Jahre verlängerten Zurechnungszeit bis zum 62. Lebensjahr und der sog. „Günstigerprüfung“ für die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung hat die SPD bereits wichtige Verbesserungen beim Schutz vor Erwerbsminderung durchsetzen können. Diese Leistungsverbesserung war unabwendbar, weil die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur das Altersrisiko absichern soll, sondern auch bei voller Erwerbsminderung eine Lohnersatzfunktion wahrzunehmen hat. Doch mit der Einführung von sog. „versicherungsmathematischen Abschlägen“ von bis zu 10,8 Prozent bei einem Bezug der Erwerbsminderungsrente vor Vollendung des 63. Lebensjahres wurde die Lohnersatzfunktion dieser Rente massiv beeinträchtigt. Trotz verlängerter Zurechnungszeit liegt der durchschnittliche Zahlbetrag einer vollen Erwerbsminderungsrente immer noch spürbar unter dem der Altersrenten.

Die im Jahr 2000 eingeführten Abschläge bei einer eintretenden Erwerbsminderung sind systematisch jedoch nicht zu rechtfertigen, da die Erwerbsgeminderten über keine individuelle Wahlmöglichkeit hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Einschränkungen und der daran anknüpfenden Rente verfügen. Weil sich jedoch viele Erwerbsgeminderte eine Erwerbsminderungsrente auf dem heutigen Niveau buchstäblich nicht leisten können, wird oftmals – trotz eindeutiger Diagnosen - auf Kosten der eigenen Gesundheit weitergearbeitet. Um diese problematischen Entwicklungen einzudämmen, sind Renten wegen voller Erwerbsminderung künftig in jedem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versicherten sein.

6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70

Kaum dass die abschlagsfreie Altersrente nach 45 Beitragsjahren von der SPD durchgesetzt wurde, eröffnen Unionspolitiker nun die Debatte über die Rente mit 70. Die Diskussion wird dabei mit Argumenten geführt, die auf den ersten Blick neu und eingängig erscheinen: es müssten endlich Anreize gesetzt

werden, damit Arbeitnehmer freiwillig über die reguläre Altersgrenze hinaus arbeiteten.

Doch den finanziellen Anreiz, mit dem späteren Renteneintritt höhere Rentenanwartschaften zu erwerben, gibt es schon seit vielen Jahrzehnten. Der Zuschlag pro Jahr eines späteren Rentenbeginns (6 Prozent Rentensteigerung) ist sogar deutlich höher als der Abschlag bei vorgezogenem Rentenbeginn (3,6 Prozent pro Jahr eines früheren Rentenbezugs). Der Rentenzuschlag von 6 Prozent pro Jahr des späteren Renteneintritts wird zudem mit dem Verzicht auf die bereits zustehenden Altersbezüge teuer erkaufte. Je später die Rente beginnt, desto höher die Besteuerung der Rente. Jedes Konzept über eine Rentenflexibilisierung muss darauf Antworten finden, damit sich die Flexibilisierung nicht zum Bumerang für die älteren Arbeitnehmer entwickelt. Eine Flexibilisierung des Rentenzugangsalters muss deshalb einer anderen Logik folgen:

a. Die Festlegung einer gesetzlichen Regelaltersgrenze bleibt als Anker von zentraler Bedeutung. Denn die gesetzliche Altersgrenze bestimmt, ab welchem Zeitpunkt die Abschläge oder eben Zuschläge berechnet werden.

b. Angesichts des sich verschiebenden Altersaufbaus der Bevölkerung sowie verlängerte Rentenlaufzeiten ist es grundsätzlich richtig, die Weichen so zu stellen, dass den Menschen eine längere Erwerbsphase ermöglicht wird. Weitreichende Veränderungen der Lebensarbeitszeit können jedoch nicht vorgenommen werden, ohne die Wirkungen auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie auf die realen Beschäftigungschancen der Menschen im Alter zu berücksichtigen. Entscheidend für die Beurteilung, ob ein Renteneintritt nach dem 65. Lebensjahr sozial verantwortbar ist, sind die realen Arbeitsmarkt- und Einstellungschancen im Alter zwischen 65 und 67.

Deswegen setzen wir auf flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand, auf erweiterte Möglichkeiten des Bezuges von Teilrenten ab dem 60. Lebensjahr mit attraktiven Hinzuverdienstmöglichkeiten sowie auf durchgreifende Konzepte zur Humanisierung der Arbeitswelt, die es älteren Menschen erlaubt, freiwillig länger im Betrieb zu verbleiben und die letztlich eine höhere Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ermöglicht. Denn viele Studien belegen: Alter bedeutet nicht weniger Leistungsfähigkeit im Beruf. Vielmehr verschieben sich lediglich die Parameter, mit denen Leistungsfähigkeit gemessen werden kann.

7. Die Finanzierung ist machbar

In einer alternden Gesellschaft lassen sich die steigenden Kosten der Alterssicherung grundsätzlich nicht wegreformieren – unabhängig vom gewählten Finanzierungssystem. Politisch

entschieden werden kann nur, wie die Traglast zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verteilt sein wird. Weil viele Millionen von Arbeitnehmern finanziell nicht in der Lage sein werden, mehrere Jahrzehnte lang eine zusätzliche Privatvorsorge durchzustehen, wird der erarbeitete Lebensstandard im Alter nicht mehr gesichert werden können.

Wenn nun aber die Lebensstandardsicherung wieder im Rahmen des gesetzlichen Rentensystems organisiert wird, muss der erforderliche Finanzbedarf grundsätzlich mit Beitragsmitteln gedeckt werden. Die Rückkehr zum rentenpolitischen Ziel der Lebensstandardsicherung mit Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors samt der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut und zum abschlagsfreien Rentenbezug mit 65 würde bis zum Jahr 2030 zu einem Anstieg des Rentenbeitrages auf etwa 27 Prozent führen. Nachdem infolge der Alterung auch die Beitragssätze zur gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung tendenziell ansteigen werden, stellt sich die Frage, ob sich Finanzierungsalternativen zur bloßen Anhebung der Beitragssätze anbieten.

Ein Auslaufen der staatlichen Riesterförderung wird auf mittlere Sicht Steuermittel einsparen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge ab einem frühestmöglichen Zeitpunkt keine neuen Riesterrenten mehr gefördert werden und die freiwerdenden Mittel der GRV zugeführt werden. Soziale Sicherheit ist eine Zukunftsinvestition höchsten Ranges. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Kürzungen im Sozialbereich keineswegs mit einer Erhöhung privater, unternehmerischer und öffentlicher Investitionen einhergehen.

8. Mütterrente solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren

Die sog. „Mütterrente“ stellt den mit Abstand kostenträchtigsten Teil des aktuellen Rentenpakets der Bundesregierung dar. Die Anrechnung eines weiteren Entgeltpunktes in der Rente für Kindsgeburten vor 1992 ist grundsätzlich völlig berechtigt. Denn die Erziehungsleistungen älterer Mütter und Väter sind rentenrechtlich genauso zu honorieren wie die Erziehungsleistungen jüngerer Eltern, zumal letztere schon auf eine halbwegs entwickelte Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen zurückgreifen können. Doch für die Geburten vor 1992 sind keine Beiträge an die Rentenversicherung geflossen. Sie sind damit eine klassische „versicherungsferme“ Leistung.

Bei verfehlter Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenkassen werden diese letztlich allein durch die Beitragszahler und die Rentner selbst finanziert. Denn jede Erhöhung des Beitragssatzes hat eine dämpfende Wirkung auf die künftigen jährlichen Rentensteigerungen. Es kann mithin nur

250 einen seriösen Finanzierungsweg geben: aus dem allgemeinen
Steueraufkommen durch einen entsprechend höheren
Bundeszuschuss an die Rentenversicherung. Die Finanzierung
stünde dann auf einer weitaus stabileren Basis. Und sie wäre
255 obendrein gerechter: weil Spitzeneinkommen wegen der
Steuerprogression einen größeren Anteil zur Finanzierung der
Mütterrenten beitragen würden als mittlere Einkommen.
Niedrige Einkommen blieben wegen des
Grundfreibetrages ohnehin weitgehend verschont.

260 Wir treten deshalb für eine systemgerechte Finanzierung der
Mütterrente durch eine entsprechende Aufstockung des
steuerfinanzierten Bundeszuschusses ein. Es entspricht der
rentenpolitischen Beschlusslage der SPD und auch ihrer
265 Regierungspraxis, alle versicherungsfremden Leistungen über
das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Es darf keine
dauerhafte Finanzierung dieser Leistung über die Rentenbeiträge
geben.

270 9. Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie- Reserve

Berechnungen zeigen, dass die Sicherung der Renten durch den
Aufbau einer Demografie-Reserve auch weiterhin möglich ist.
Entscheidend ist, dass unverzüglich mit der Bildung der Reserve
275 begonnen wird. Dabei sind lediglich moderate Anhebungen des
Beitragssatzes erforderlich, um die Belastungen in kleinen
Schritten über die Jahre zu verteilen, Planungssicherheit zu
schaffen und Finanzierungslücken auf diese Weise zu schließen.
Erforderlich ist eine jährliche Anhebung des Rentenbeitrags von
280 0,3 Prozentpunkten bis zum Jahr 2019. Dies bedeutet für
Durchschnittsverdiener und Arbeitgeber eine jährliche
Belastung von vier Euro pro Monat. Ab 2020 kann die jährliche
Demografie-Anpassung auf 0,2 Prozentpunkte abgeschmolzen
werden. Die aktuellen Berechnungen der Deutschen
285 Rentenversicherung Bund zeigen, dass das Rentenniveau
dadurch auf lange Sicht weitgehend stabilisiert werden kann.
Dennoch bleiben im Jahr 2030 noch hohe Rücklagen.

290 10. Ausweitung der Steuerfinanzierung im Rahmen des paritätischen Modells

Um eine gerechtere Verteilung der Traglasten des
demographischen Wandels zu erreichen, muss die Finanzierung
der sozialen Sicherung auf eine erheblich breitere Basis als
295 bisher gestellt werden. Ergänzend zum Aufbau einer
Demographie-Reserve kann der demographiebedingte
Kostenanstieg (Finanzierungsspitzen) vorübergehend auch über
eine Erhöhung der direkten Steuern finanziert werden. Es
würden damit alle Steuerzahler als breitestmögliche Basis
300 überhaupt in die Finanzierungsverantwortung einbezogen. Eine
Ausweitung der Steuerfinanzierung kann technisch recht einfach

durch eine Anhebung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

305

Auch folgen die Steuern einem progressiven Tarifverlauf, der höhere Einkommen nicht nur proportional, sondern auch prozentual einer höheren Belastung unterwirft. Gemessen an der bestehenden Steuerlastverteilung würde eine direkte Steuerfinanzierung daher dazu führen, dass die Lasten gerechter verteilt würden. Langfristig ist eine breite Finanzierungsbasis jedoch durch den sukzessiven Übergang in eine Erwerbstätigenversicherung sicherzustellen.

310

315 11. Eine Versicherung für alle Erwerbstätigen

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist seit Ende des 19. Jahrhunderts als Pflichtversicherung der Arbeiter bzw. der Angestellten organisiert. Daneben existieren verschiedene Sonderversorgungssysteme der Alterssicherung, wie die Alterssicherung der Landwirte, die Beamtenpensionen oder die zahlreichen berufsständischen Versorgungseinrichtungen.

320

Vor allem aber die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt und die Erosion der klassischen jahrzehntelangen Erwerbsbiographie ohne Wechsel und Brüche, stellen die Altersversorgung vor neue Herausforderungen. Um die Traglast der Belastungen des demographischen Wandels möglichst gerecht zu verteilen und eine lebensstandardsichernde Altersversorgung unabhängig von der gewählten Form der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten, ist die Rentenversicherung in der langfristigen Perspektive zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln. In der Erwerbstätigenversicherung werden alle obligatorischen Alterssicherungssysteme zusammengeführt und alle Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Beamte wie Selbständige) in einer gemeinsamen Versicherung zu gleichen Konditionen abgesichert. Dabei ist darauf zu achten, dass die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Versicherten gleichermaßen getragen wird.

325

330

335

340

Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Doch perspektivisch wird damit die Alterssicherung unabhängig von

345

350

355

der gewählten Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst breite Beitragszahlerbasis gestellt.

Die Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung soll nicht primär einer Beitragssatzsenkung dienen, sondern sie ist die perspektivische Antwort auf eine veränderte Arbeitswelt und sorgt zudem für ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit, weil die unterschiedlichen Konditionen und Versorgungsniveaus der einzelnen Alterssicherungssysteme auf Basis einer lebensstandardsichernden Versorgung angeglichen werden können.

Begründung:

Wir Sozialdemokrat/innen werden nicht akzeptieren, dass Altersarmut wieder zu einem Massenphänomen in unserer Gesellschaft wird. Denn es ist eine der großen Leistungen des solidarischen und umlagefinanzierten Rentensystems, die Altersarmut weitgehend zurückgedrängt zu haben. Die Reichtums- und Armutsberichte der Bundesregierung belegen, dass das Risiko von Altersarmut bislang unterdurchschnittlich stark ausgeprägt ist.

Eine lebensstandardsichernde Altersversorgung stellt deshalb einen fundamentalen gesellschaftlichen Fortschritt dar, der auch künftig durch einen vernünftigen Vorsorge-Mix mit der umlagefinanzierten staatlichen Rente als Hauptsäule der Alterssicherung und Betriebsrentenansprüchen gesichert werden muss. Die Rentenpolitik muss sich vorrangig daran messen lassen, ob sie diesen Fortschritt bewahrt.

Als unterer Richtwert für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Altersrente galt bis 1998 ein Nettorentenniveau von ca. 70 Prozent. Mit 45 durchschnittlichen Beitragsjahren konnte also eine Nettorente erzielt werden, die 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens entsprach. Infolge der Riester-Reformen und des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes wurde eine drastische Absenkung des Nettorentenniveaus auf nur mehr 58,5 Prozent für das Jahr 2030 vorgenommen. Durch den Übergang auf die sog. Nachgelagerte Besteuerung der Renten durch das Alterseinkünftegesetz sinkt das Rentenniveau für den Rentenzugang des Jahres 2030 sogar auf nur mehr 52,5 Prozent.

Seither verwendet der Gesetzgeber daher nicht mehr das Nettorentenniveau, um sein Sicherungsziel zu beschreiben, sondern das sog. „Sicherungsniveau vor Steuern“. Dabei wird von der steuerlichen Belastung sowohl der Arbeitsentgelte als auch der Renten abgesehen. Gemessen an diesem „Sicherungsniveau vor Steuern“ sinkt das gesetzliche Rentenniveau von anfänglich 53 Prozent in 2000 auf nur mehr 43 Prozent im Jahr 2030.

410 Im Ergebnis wurden damit die Renten effektiv von der
Lohnentwicklung abgekoppelt. Die Konsequenzen für das
System der gesetzlichen Rentenversicherung sowie für dessen
Akzeptanz sind weitreichend. Denn mit der drastischen
Absenkung des Rentenniveaus steigt die Anzahl der
415 erforderlichen Beitragsjahre signifikant an, die künftig
erforderlich sein wird, um einen zahlbaren Rentenanspruch
wenigstens in Höhe der vorleistungsunabhängigen sozialen
Grundsicherung erwerben zu können. Anders ausgedrückt: trotz
jahrzehntelanger Beitragszahlung droht künftig
420 Sozialbedürftigkeit.

Antragsbereich R/ Antrag 2

*Kennnummer 8372
Kreisverband Stuttgart
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion*

Rentenpolitik in den Mittelpunkt

Rentenpolitik in den Mittelpunkt

Rentenpolitik in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stellen! Empfehlung erfolgt mündlich.

- 5 Die Entwicklung der Leistungsrenten kann so nicht weiter
gehen. Ohne drastisches Gegensteuern führen die
kontinuierliche Absenkung des Rentenniveaus und die
Verschiebung des Renteneintrittsalters für große Teile der
Bevölkerung zu einem Verlust des Lebensstandards im Alter
und insgesamt zu einem dramatischen Anstieg von Altersarmut.
- 10 Die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, der
einhergehende Anstieg der Beschäftigung und der erfreuliche
Zuzug von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
erlauben Korrekturen in der gesetzlichen Rentenversicherung.
- 15 Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt eine
lebensstandardsichernde gesetzliche Rente für alle
Erwerbstätigen und somit die Schaffung einer solidarische
Alterssicherung.
- 20 Die deutsche Rentenversicherung hat sich allen Unkenrufen zum
Trotz über den langen Zeitraum ihres Bestehens als tragfähig
und zukunftsfest erwiesen. Wir halten daher die
Beitragsfinanzierung auch weiterhin für die Grundlage unseres
Rentensystems.
- 25

Für die anstehende Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente sind die folgenden Eckpunkte besonders wichtig:

- 30 1. Keine weitere Absenkung des Netto-Rentenniveaus und Abkehr vom Ziel der

Beitragssatzstabilität

- 35 2. Schrittweise Erhöhung in den nächsten Jahren, d.h. Rentenaufbau statt weiterer Abbau

3. Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters

- 40 4. Ausweitung der Steuerfinanzierung zur Finanzierung der beitragsfremden Leistungen,

u.a. zur Finanzierung der Mütterrente

- 45 5. Wiederherstellen der hälftigen Beitragszahlung

6. Schaffung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Einkommen

- 50 einzahlen (Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises)

7. Betriebliche Altersvorsorge stärken

- 55 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Anträge noch in dieser Wahlperiode einzubringen.

Begründung:

- 60 Die Möglichkeit zur Veränderung der Rentenformel ist auch eine direkte Folge der von vielen nicht erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik seit der Finanzkrise 2008/2009 und der Tatsache, dass die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse auch durch Zuwanderung
65 unerwartet stark zugenommen hat. Auch der starke Zuzug von Flüchtlingen wird diese Entwicklung in wenigen Jahren verstärken.

- 70 Keine weitere Absenkung des Netto-Rentenniveaus heißt im Wesentlichen die Streichung des Riester-Faktors und des Nachhaltigkeitsfaktors. Die Riester-Rente hat leider sein Ziel nicht erreicht, denn wer die Riester-Rente braucht, kann Sie sich nicht leisten, und wer sie sich leisten kann, braucht sie nicht. Die Untergrenze des Rentenniveaus (gemäß
75 Niveausenkungsklausel) ist per Gesetz für das Jahr 2030 auf 43% beziffert. In 2015 lag das Niveau bei 47,5%.

Gerechte und soziale Alterssicherung

Gerechte und soziale Alterssicherung

Gerechte und soziale Alterssicherung

Empfehlung erfolgt mündlich.

5 Die Sozialdemokratische Partei Deutschland steht für soziale Gerechtigkeit und hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit und in Folge auch von ihrer Rente leben können.

10 Mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21.07.2004 hat die damalige Bundesregierung beschlossen, dass das Rentenniveau von derzeit 47,9 %, im Jahre 2020 auf 46 % und im Jahre 2030 auf 43 % absinken soll und damit in den Jahren 2003-2005 die Voraussetzungen geschaffen, die den größten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik beinhalten.

15 Zu Recht befürchten seither die Menschen in unserem Land, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander klaffen wird.

20 Es ist davon auszugehen, dass die Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung spätestens ab 2030 nicht mehr ausreichen und deshalb beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sein wird.

1. Gesetzliche Rentenversicherung

25 Die SPD muss ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung wieder gerecht werden und durch geeignete Maßnahmen in der Rentenpolitik dafür sorgen:

- 30
- dass das Rentenniveau nicht unter 60 % sinkt
 - dass die GRV wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge und der Erwerbsunfähigkeitsabsicherung wird
- 35
- dass die GRV nicht weiter durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird
 - dass das Renteneintrittsalter nicht weiter steigt

- 40
- dass nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei Altersrente bezogen werden kann

Von daher ist es unerlässlich, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, die eine
45 auskömmliche Rente nachhaltig garantieren können:

- Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen, Landwirte, Freiberufler, Bundes- und Landtagsabgeordneten in die
50 gesetzliche Rentenversicherung
- Beiträge nicht nur aus dem Einkommen durch Arbeit generieren, sondern aus allen Einkommensarten
- Wiedereinführung der paritätische
55 Finanzierung
- Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze (74.400.- € West 2016)
- Deckelung der Rentenhöhe

60 **2. Betriebliche Altersversorgung**

Die betriebliche Altersversorgung sollte als zweite Säule zentral für die Alterssicherung gestärkt und ausgebaut werden. Allerdings geht
65 die Diskussion in die falsche Richtung. Mehr Sachverstand und weniger Aktionismus ist gefragt.

Vor der Einführung eines sogenannten „Opting-Out-Modell“ bei der Entgeltumwandlung muss die SPD dafür sorgen, dass folgende Sachverhalte geklärt und neu ausgerichtet werden:

- 75
1. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Beiträge
 2. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Leistungen
 3. Die Bezugsrechtsregelung im Todesfall

80 Damit soll verhindert werden, dass

- während der Beitragsphase Nachteile bei Bezug der Kranken- Renten- oder
85 Arbeitslosenversicherung entstehen
 - in der Leistungsphase die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) die Sozialversicherungsersparnis der Beitragsphase aufzehren, oder gar übertreffen
 - in der Leistungsphase unter bestimmten Voraussetzungen die steuerlichen Belastungen,
- 90

- 95 die Förderungen der Beitragsphase aufzehren
 oder gar übertreffen
- bei bestimmten familiären Konstellationen
Kapital der Versichertengemeinschaft und nicht
den Bezugsberechtigten gutgeschrieben wird

100 Ferner bestehen momentan im
Betriebsrentengesetz (Betr.AVG)
Ungleichheiten und somit Veränderungsbedarf
bei folgenden Punkten:

- Bei in der gesetzlichen Krankenversicherung
105 (GKV) pflicht- und freiwillig versicherten
Rentnern unterliegen Leistungen aus der
betrieblichen Altersversorgung der vollen
Beitragspflicht der KVdR. Privat versicherte
Rentner unterliegen dagegen keiner
110 Beitragspflicht
- Die Sozialversicherungsersparnis der
Arbeitgeber während der Beitragsphase,
werden in der Leistungsphase nicht zur
Verbeitragung der KVdR herangezogen und
115 profitieren somit ausschließlich von der
Entgeltumwandlung ihrer Arbeitnehmer

3. Riesterrente

120 Mit der Einführung der Riesterrente und dem
sogenannten Riesterfaktor wurde die GRV zum
Nachteil der Versicherten elementar
geschwächt. Von daher sollte dieses
undurchsichtige Bedingungsnetz dringend
125 abgeschafft und die Förderungen der GRV
zugeführt werden.

4. Anmerkung

130 Es ist zu prüfen, die betriebliche
Altersversorgung analog der ZVK, der SoKa-
Bau oder der VBL in einer Körperschaft des
öffentlichen Rechts anzusiedeln. Ob im
kapitalgedeckten System oder im
135 Umlageverfahren ist ebenfalls zu prüfen.

Vorteile: Geringere Verwaltungskosten

Keine Vertriebs- und Abschlusskosten

140 Kollektivversicherung

Geringere Beiträge

145

150

Durch die Abschaffung der
Zwangsmitgliedschaften in den verschiedenen
Kammern und Verbänden (IHK und Innungen)
könnten insbesondere die klein- und
mittelständischen Betriebe, Teile der
eingesparten Zwangsbeiträge zur
arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung
verwenden.

Antragsbereich R/ Antrag 4

Kenntnummer 8383

Kreisverband Rhein-Neckar

Empfänger:

Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Rente mit 67

Rente mit 67

5

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, die Auswirkungen der Empfehlung erfolgt mündlich.
Rente mit 67 besser darzustellen. Die aktuellen Überlegungen
der IG Metall, die Rente auf ein neues Fundament zu stellen,
begrüßen wir grundsätzlich. Es muss sich finanziell lohnen,
lange in die Rentenversicherung einzuzahlen. Wir fordern, das
Rentenniveau auf mindestens 50 Prozent anzuheben.

Antragsbereich R/ Antrag 5

Kenntnummer 8387

Ortsverein FR-Mooswald-Landwasser-Lehen

(Kreisverband Freiburg)

Rentenversicherung reformieren

Rentenversicherung reformieren

5

Die gesetzliche Rentenversicherung wird reformiert und Empfehlung erfolgt mündlich.
zukunftssicher gemacht. Dazu gehört, dass allein auf die
gesetzliche Rente gesetzt wird, kein Geld in die Förderung
irgendwelcher Nebenversicherungen oder Zusatzversicherungen
geht und möglichst alle Beschäftigten in Deutschland
einbezogen werden.

10 **Begründung:**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist seit über 100 Jahren ein Erfolgsmodell. Alle anderen Versicherungsarten, z.B. auf privater Basis, die Riester-Rente, Lebensversicherungen etc. sind mehr oder weniger gescheitert und kein Angebot, das alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst. Die gesetzliche Rentenversicherung ist daher auf sichere Beine zu stellen, die für alle in Deutschland lebenden und arbeitenden Menschen ab dem 14. Lebensjahr gilt, die Beitragsbemessungsgrenze fällt, Selbständige und Beamte einbezogen werden und eine gesetzliche Mindestrente eingeführt wird, von der die Menschen nach mindestens 30 Beschäftigungsjahren mit mehr als 50% Beschäftigung auch im Alter leben können.

Betriebsrenten erfassen nicht alle Beschäftigungsarten, private Altersvorsorge können sich nicht alle Beschäftigten leisten, Lebensversicherungen sind im Ertrag unsicher. Daher muss wieder gelten: die Rente ist sicher und reicht zum Leben in Deutschland.

Antragsbereich R/ Antrag 6

*Kennummer 8393
Kreisverband Böblingen
Empfänger:
Bundesparteitag*

Gerechte soziale Alterssicherung

Gerechte soziale Alterssicherung

Gerechte soziale Alterssicherung

Empfehlung erfolgt mündlich.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht für soziale Gerechtigkeit. Die Menschen in unserem Land befürchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriften wird.

Die SPD und ihre Gliederungen haben deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger von Ihrer Arbeit und ihrer Rente leben können. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenberechnung wird dazu führen, dass die Rente auf 43 % sinken wird.

Es ist davon auszugehen, dass fast jedem zweiten Bundesbürger, der ab 2030 in Rente geht, eine Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armuts Grenze droht. Beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner wären

20 dann möglicherweise abhängig von staatlichen
Grundsicherungsleistungen.

Die SPD muss ihrer sozialpolitischen und
gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden und
25 folgende Maßnahmen ergreifen

Private Altersvorsorge

- Das Nettorentenniveau darf nicht unter 53 % sinkt.
- Die gesetzliche Rente wird wieder zur tragenden Säule
30 der Altersvorsorge.
- Die gesetzliche Rentenversicherung wird nicht mehr
durch versicherungsfremde Leistungen belastet.
- Das gesetzliche Rentenzugangsalter wird nicht weiter
35 gesteigert. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten
bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu
entgehen

Private Altersvorsorge

Die Riesterrente ist gescheitert. Es darf zukünftig keine Anreize
mehr für eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge durch
Finanzdienstleister geben.

- private Zuzahlungen zur Aufstockung des eigenen
Rentenniveaus dürfen ausschließlich an die gesetzliche
Rentenversicherung erfolgen
- Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung
45 erfolgt zukünftig durch Einzahlung aller Arbeitnehmer,
Selbstständigen und Beamten. Ebenso sollen Einkünfte
aus Vermietung und Verpachtung sowie
Kapitalvermögen zur Beitragsberechnung in der
Rentenversicherung herangezogen werden.
- Die Rentenversicherungsbeiträge werden wieder
50 paritätisch finanziert. Selbstständige zahlen ihre
Beiträge analog zur Krankenversicherung.
- Die Beitragsbemessungsgrenzen fallen zukünftig weg.

Mütterrente

- Die Mütterrente bleibt unangetastet und dadurch darf
kein Abzug an der Witwenrente vorgenommen werden
- Die Finanzierung der Mütterrente erfolgt ausschließlich
65 aus Steuermitteln und nicht mehr zu Lasten der
Deutschen Rentenversicherung.

Hinterbliebenenrente.

- Es wird keinerlei Anrechnung von Einkünften auf
70 Witwenrenten vorgenommen.

Einheitliche Altersversorgung

Einheitliche Altersversorgung

Das sogenannte Rentenniveau setzt die Einkommen der älteren Generation in Beziehung zum Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Konkret wird es jedes Jahr berechnet, indem die Standardrente nach 45 Arbeitsjahren geteilt wird durch den Durchschnittsverdienst. 2008 lag das Rentenniveau noch bei 50,5 Prozent, aktuell beträgt es 47,5 Prozent. Und nach Regierungsprognosen wird es bis 2029 auf 44,6 Prozent sinken.

Die SPD hat ein Rentenkonzept entwickelt, das flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente, eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Stabilisierung des Rentenniveaus und eine Sozialrente vorsieht.

Forderung:

Damit die SPD in der Zusammenschau aller relevanten Themen und Aufgaben gesellschaftlich wieder als „sozial gerecht“ wahrgenommen wird, ist es vor dem Hintergrund einer einheitlichen Altersversorgung unabdingbar, eine gesamtgesellschaftliche Verteilung aller Kosten vorzuschlagen.

Für eine einheitliche Altersversorgung fordert der SPD-Ortsverein Mühlacker die Einführung einer „Altersversorgung für alle“. Maßgebend hierfür sind folgende Eckpunkte.

Eckpunkte:

- Ab Stichtag XX werden alle Berufsanfänger in das einheitliche Altersversorgungs-System eingegliedert,
- Neu Verbeamtete kommen (analog der Angestellten) in das einheitliche Altersversorgungs-System,
- Selbstständige zahlen einen festgelegten Mindestsatz als sog. „Pflichtanteil“,
- Bisherige Altersversorgungen nach Berufsständen werden abgeschafft,
- eine gesamt-solidarische Lastenverteilung trägt dafür Sorge, dass für die Altersversorgung 60 % des Einkommens notwendig sind.

Besteuerung von Renten

Besteuerung von Renten

Der Landesparteitag möge beschließen, und an den Empfehlung erfolgt mündlich.
Parteivorstand als Arbeitsmaterial weiterleiten:

- 5 Der SPD Parteivorstand wird aufgefordert, zu prüfen, ob der Ertragsanteil der Rente kurzfristig auf 50 Prozent zurückgeführt, und dort eingefroren werden kann.

Begründung:

- 10 Beginnend mit der Schroederschen Rentenreform wurde das Rentenniveau langfristig abgesenkt. Durch eine weitere Rentenreform erhöht sich der Ertragsanteil (das ist der steuerpflichtige Anteil der Rente) seit 2005 jährlich um 2 Prozentpunkte, bis irgendwann die komplette Rente zu
15 versteuern ist. Die Rentner werden also von zwei Seiten in die Zange genommen, was zu großem Unmut führt.

- 20 Bekanntlich wird die Rente paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Wenn der Arbeitnehmer auf seine Rentenversicherungsbeiträge keine Steuern zahlt, und Steuern nachrangig bei Rentenauszahlung anfallen, so ist das in Ordnung. Aber warum soll ein Arbeitnehmer als Rentner Steuern auf die Arbeitgeberbeiträge zahlen?

- 25 Die Rückführung des zu versteuernden Rentenanteils auf 50 Prozent der Rente würde Rentner kurzfristig entlasten, und der Altersarmut vorbeugen.

Gesetzliche Rentenversicherung

Gesetzliche Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung wird reformiert und Empfehlung erfolgt mündlich.
zukunftsicher gemacht. Dazu gehört, dass allein auf die
gesetzliche Rente gesetzt wird, kein Geld in die Förderung
irgendwelcher Nebenversicherungen oder Zusatzversicherungen
5 geht und alle Erwerbstätigen in Deutschland einbezogen werden.

Begründung:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist seit über 100 Jahren ein
10 Erfolgsmodell. Alle anderen Versicherungsarten, z.B. auf
privater Basis, die Riester-Rente, Lebensversicherungen etc.
sind mehr oder weniger gescheitert und kein Angebot, das alle
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst. Die
gesetzliche Rentenversicherung ist daher auf sichere Beine zu
15 stellen, die für alle in Deutschland lebenden und arbeitenden
Menschen ab dem 14. Lebensjahr gilt, die
Beitragsbemessungsgrenze fällt, Selbständige und Beamte
einbezogen werden und eine gesetzliche Mindestrente
eingeführt wird, von der die Menschen nach mindestens 30
20 Beschäftigungsjahren mit mehr als 50% Beschäftigung auch im
Alter leben können.

Betriebsrenten erfassen nicht alle Beschäftigungsarten, private
Altersvorsorge können sich nicht alle Beschäftigten leisten,
25 Lebensversicherungen sind im Ertrag unsicher. Daher muss
wieder gelten: die Rente ist sicher und reicht zum Leben in
Deutschland.

Kennnummer 8454
Kreisverband Karlsruhe Stadt
Empfänger:
Bundesparteitag

Eckpunkte für eine Rentenreform

Eckpunkte für eine Rentenreform

Eckpunkte für eine Rentenreform

Empfehlung erfolgt mündlich.

Altersarmut verringern- gesetzliche Rentenversicherung stärken

- 5 1. Es muss wieder ein Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung von mindestens 50 % erreicht werden.
- 10 2. Damit der betroffene Personenkreis selbstständig und nachträglich seine Lücke in der gesetzlichen Rentenversicherung reduzieren und die Höhe seines zu erwartenden Rentenbeitrags verbessern kann, fordern wir für diesen Personenkreis die Möglichkeit der Nachzahlung bis zu einem Höchstbeitrag bis zu ihrem Renteneintrittsalter. Eine zusätzliche Absicherung durch private Anbieter soll weiterhin möglich sein.
- 15
- 20 3. Immer mehr Unternehmer sind im Alter von Altersarmut betroffen. Dies resultiert meist daraus, dass sie während ihrer aktiven Selbstständigkeit nur geringe Beiträge in die private Rentenversicherung einbezahlen und später von der sozialen Unterstützung abhängig sind. Deshalb soll der in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlende Personenkreis ausgeweitet werden und Selbstständige sollen verpflichtet werden in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.
- 25
4. Auch Beamte werden in die Solidarrente langfristig integriert.

Begründung:

- 30 Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, längere Studienzeiten, Teilzeitbeschäftigung aufgrund der Pflege der Eltern oder der Kindererziehung zählen zu den meisten Ursachen für Altersarmut. Bei vielen Betroffenen entsteht während einer bestimmten Zeitspanne das Problem, dass sie nicht in die gesetzliche Rente einzahlen können. Dadurch entsteht eine
- 35 Lücke, die nachträglich durch die Betroffenen nicht mehr geschlossen werden kann sondern nur noch über die private Vorsorge abgedeckt werden kann.
- 40 Die Rentenpolitik der vergangenen Jahre hat die zukünftige Situation noch verschärft. Die Riesterrente erfüllt bei weitem

nicht die Erwartungen, die in sie gesetzt wurde, viele Geringverdiener können sie auch nicht nutzen.

Antragsbereich R/Antrag 11

*Kennnummer 8455
Kreisverband Karlsruhe Stadt
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion*

Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen	Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen
--	--

Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen

Empfehlung erfolgt mündlich.

5 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen des neuen Rentenkonzepts die Zugangsvoraussetzung für die „Rente mit 63“ nach folgender Regelung auszurichten:

10 Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 45 Beitragsjahre in der Gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt haben, und das 63. Lebensjahr vollendet haben, haben Zugang zu einer abschlagsfreien Rente.

Dabei ist zu prüfen, wie eine solide Gegenfinanzierung hergestellt werden kann.

15 **Begründung:**

20 In der Bundesrepublik Deutschland gibt es unterschiedliche Erwerbsbiografien, auf die unser heutiges Rentensystem noch unzureichende Antworten findet. Es gibt Gerechtigkeitslücken, auf die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Antworten geben müssen.

25 Der fortschreitende Strukturwandel hin zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft sollte aber nicht vergessen machen, dass der bundesdeutsche Arbeitsmarkt, basierend auf den ungleichen Bildungschancen, differenziert zu betrachten ist.

30 Während einerseits gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich zum Teil eine größere Flexibilität im Rentensystem und einen späteren Renteneintritt wünschen, können Erwerbstätige aus der sogenannten Arbeiterschicht bzw. körperlich anstrengenden Berufen einen Renteneintritt über die Altersgrenze 63 nicht leisten.

35 Altersteilzeit ist in diesen Berufen kaum eine Option. Sofern sie die körperlich anstrengenden Berufe aus gesundheitlichen

Gründen nicht mehr ausüben können, aber nicht unter die Berufsunfähigkeit fallen, stehen kaum Alternativen bereit.

40 Aus diesem Grund hat die sogenannte „Rente mit 63“ in den Koalitionsverhandlungen bei der Bundestagswahl 2013 aus Sicht der SPD eine wichtige Rolle gespielt. Leider wurde zwischen SPD und CDU/CSU dabei nur ein Kompromiss für zwei Jahrgänge erreicht:

45 Die „Rente mit 63“ bzw. der abschlagsfreie Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wurde ausschließlich für die Jahrgänge 1951 und 1952 berücksichtigt bzw. bedeutet, dass man nach dem Jahr 2016 nicht mehr mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in die Rentenphase eintreten kann.

50 Ab dem Jahrgang 1953 steigt das Renteneintrittsalter sukzessive an. Dies benachteiligt die Zielgruppe der Arbeiter ohne Berufsausbildung und Arbeitnehmer mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, die mit 14, 15 oder 16 Jahren in die berufliche Ausbildung bzw. in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und keine Unterbrechungen bzw. kurze Unterbrechungen im Erwerbsleben aufweisen sowohl finanziell als auch in Bezug auf ihre Lebenszeit. Sie haben vornehmlich niedrige Rentenansparungen und haben im Alter von 63 Jahren bereits maximal 47 Arbeitsjahre gearbeitet. Nach der aktuellen Regelung müssen sie je nach Jahrgang weitere Monate bzw. Jahre erwerbstätig sein. Eine armutsfeste Rente ist derzeit nicht gewährleistet.

Antragsbereich R/ Antrag 12

Kenntnummer 8409

AfA Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD-Parteivorstand

Berufsunfähigkeitsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Berufsunfähigkeitsversicherung wieder der gesetzlichen Rentenversicherung übertragen wird.

5

Begründung:

erfolgt mündlich

Gesundheit

Antragsbereich G/Antrag 1

Kennnummer 8416
Ortsverein Mühlacker
(Kreisverband Enzkreis)

Einheitliches Krankenkassen-System

Einheitliches Krankenkassen-System

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands strebt (mehr denn je)nach der Achtung der Werte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“. Diese Werte teilen wir als Ortsverein mit der Partei.

Erledigt durch Beschlusslage.

5

Das Krankenkassensystem, das jedoch zur Zeit in Deutschland besteht, widerspricht aus unserer Sicht vor allem den Werten „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“, daher fordern wir ein Krankenkassen-System, die diesen Prinzipien entspricht und die Aufstellung der SPD im Sinne einer „Sozialen Gerechtigkeit“ würdigt.

10

Forderung:

15

Wir fordern ein gerechtes und solidarisches System der Krankenkassen, in dem alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig der bisherigen Art ihrer Versicherung behandelt werden und allen die Möglichkeit gegeben wird, eine angemessene Behandlung zu erhalten. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat in dieses System, abhängig von Einkommen jeder Art, einzuzahlen. Eine Beitragsbemessungsgrenze, nach der Höchstbeiträge festgelegt sind, gibt es darin nicht. Wir benötigen eine Reform hin zur einheitlichen Krankenversicherung, um in der Pflege- und Gesundheitspolitik den notwendigen Systemwechsel herbeizuführen, der die zunehmende „Zweiklassenmedizin“ beendet. Damit die Sicherung der Qualität der Versorgung in der Zukunft und die Beitragsstabilität gewährleistet ist, muss eine Nachhaltigkeit in der Finanzierung durch eine breitere Finanzierungsbasis geschaffen werden. Dies erfordert nach unserem Verständnis auch eine Einbeziehung aller Einkunftsarten (auch Spekulationsgewinne und Kapitaleinkünfte).

20

25

30

Eckpunkte:

35

- Ab Stichtag XX werden alle Berufsanfänger in das einheitliche Krankenkassen-System eingegliedert,

- 40 • Neu Verbeamtete kommen ebenfalls in dieses Krankenkassen-System,
- Privatversicherte erhalten bis zum Stichtag XX Bestandsschutz; ab dem Stichtag XX werden keine Privatversicherten mehr aufgenommen,
- 45 • Private Kassen erhalten die Möglichkeit, ins neue System hinein zu wechseln,
- Bestimmte Ausnahmefälle (bspw. aktiv dienende Soldaten des Bundes) sind nach klarer Definition möglich,
- 50 • Wir wollen die Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung

Antragsbereich G/**Antrag 2**

Kennnummer 8394

ASG Baden-Württemberg

Weiterentwicklung der GKV

Weiterentwicklung der GKV

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, im Landtag von Baden-Württemberg baldmöglichst eine Entschließung einzubringen mit dem Ziel die Landesregierung aufzufordern, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen für die baldmöglichste Einführung der Bürgerversicherung sowohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung. Überweisung an die Bundestagsfraktion.
- 5 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, baldmöglichst die Gesetzesinitiative zu ergreifen für die Einführung der Bürgerversicherung sowohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung.
- 10 3. Als notwendigen und ersten Schritt zur Wiederherstellung der paritätischen Beitragssatzfinanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), werden die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion gebeten gesetzliche Initiativen sowohl im Landtag als auch im Bundestag zu ergreifen.
- 15
- 20 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, baldmöglichst die gesetzliche Initiative zur Novellierung des AMNOG (Arzneimittel Neuordnungs-Gesetz) zu ergreifen, mit der Zielsetzung, dass der von den gesetzlichen Krankenkassen zu erstattende Arzneimittelreis an den pharmazeutische
- 25 Unternehmer nur den tatsächlichen, wissenschaftlich ermittelten

medizinischen Zusatznutzen beträgt und nicht Traumrenditen zu erfüllen hat.

Begründung:

Eine älter werdende Gesellschaft benötigt spezielle, bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen, die darauf abzielen die Gesundheit im Alter professionell zu unterstützen und die Selbsthilfe zu fördern. Diesem sich verändernden Morbiditätsspektrum hat die Infrastruktur unseres Gesundheitswesens und des Pflegewesens Rechnung zu tragen. Darauf kann und muss die SPD die politischen Antworten geben.

D.h. für die Krankenversorgung:

- ständige Anpassung an die soziodemografischen und multimorbiden Veränderungen und den medizinischen Fortschritt,
- qualitätsgesicherte, medizinische Innovationen sind in höchsten Qualitätsstandards allen Versicherten solidarisch finanziert zur Verfügung zu stellen.

D.h. für die Pflegeversorgung:

- alle pflegebedingten Ausgaben sind insgesamt solidarisch absichern einschließlich die dafür notwendigen Finanzmittel sind über Beiträge und Steuermittel bereitzustellen,
- die Pflegeleistungen sind der Kostenentwicklung anzupassen und jährlich zu dynamisieren.

Diese politischen Ziele sind nur zu erreichen in einer Bürgerkranken- und -pflegeversicherung, in der die gesamte Bevölkerung pflichtversichert wird. Die SPD muss versuchen verlorengegangenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Die Analyse des Wahlergebnisses der Landtagswahl vom 13.März 2016 verdeutlicht welch gravierenden Vertrauensverlust die SPD in der Bevölkerung erlitten hat. Die Ausschöpfungsquote ging im Vergleich zu 2011 (15,1 %) auf 8,8 % zurück. Knapp 473 000 Wähler wählten andere Parteien oder gingen nicht zur Wahl, gleichzeitig hat die Partei selbst keine Stimmen im zählbaren Bereich von Wählern die vor fünf Jahren andere Parteien wählten oder von Nichtwählern erhalten. Der große Vertrauensverlust zeigt sich auch insbesondere in der eigentlichen Kernwählerschaft, den Arbeitern und Angestellten, mit einem minus elf Prozent, bei Beamten mit dreizehn, bei Rentnern mit zehn und Arbeitslosen mit sechs Prozent. Auch in allen Altersgruppen gab es ein Minus: zwischen neun und zwölf Prozent (Quelle: Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der

Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts - veröffentlicht Willy-Brandt-Haus 14.03.2016). Besonders schwer wiegend ist der Vertrauensverlust in der – früheren – Kernkompetenz der SPD **der sozialen Gerechtigkeit**: ein von minus fünfzehn Prozent von 49 auf 34 %. Für die Kompetenz Arbeitsplätze ein Minus von 6 auf 23 %, in der Familienpolitik um 11 auf 29 % (Quelle: infratest dimap).

Wenn das Hamburger-Grundsatzprogramm der Partei weiterhin Gültigkeit haben soll, dann sind aus dem Wahlergebnis sowohl für die Landespartei als auch für die Bundespartei - in den Wahlumfragen befindet sich die SPD derzeit bundesweit seit Monaten im **20 - 25 % Turm** -, die notwendigen Schlüsse zu ziehen und d.h. die Partei muss zu ihrer früheren Kernkompetenz - **die soziale Gerechtigkeit** - mit einem glaubwürdigen politisch-programmatischen Gesamtkonzept zurückfinden. Dazu zählt die Frage der Steuergerechtigkeit ebenso wie die finanzielle Sicherung und bedarfsgerechte Ausstattung unserer solidarischen, gesetzlichen Sozialversicherungssysteme: Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung. Wir benötigen eine neue Reformagenda nicht im Sinne der AGENDA 2010, sondern mit der Zielsetzung der finanziellen Verbesserung und strukturellen Verbesserung wo Defizite deutlich erkennbar sind. Das gilt bspw. für die gesetzliche Rentenversicherung, denn ein Standard-Rentenniveau von 43 % vor Steuern, wie es nach dem Gesetz ab 2030 möglich ist, bedeutet eine millionenfaches abrutschen von Rentnerinnen und Rentner in die Grundsicherung. Das bedeutet aber auch, dass der aus den Renten zu zahlende Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag geringer wird und nicht mehr ausreichen wird, für die bedarfsgerechte, solidarisch finanzierte Kranken- und Pflegeversicherung in einer älter werdenden Gesellschaft.

Deshalb sind Reformen mit der Zielsetzung der Bürgerpflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und in der gesetzlichen (sozialen) Pflegeversicherung (SPV), als zentrale Garanten für eine solidarische Sozialversicherung bei Erkrankung und Pflegebedürftigkeit, notwendig. Mit beiden Solidarsystemen, in denen rund 87 Prozent der Bevölkerung überwiegend pflichtversichert sind, besitzt Deutschland ein gutes und modernes in die Zukunft orientiertes Gesundheits- und Pflegesystem. Die überwiegend durch Pflichtbeiträge finanzierte Kranken- und Pflegeversicherung ist - auch bei aller berechtigter Kritik an einzelnen Versorgungsdefiziten -, ein Garant für eine durchgehende Versorgungskette – von der Gesundheitsförderung, der Prävention zur Früherkennung von Krankheiten, der akuten Krankenbehandlung, der Rehabilitation, der Pflege, der sozialen Dienste – und hochwertige, gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Versicherten. Die SPD steht zu diesem zu sozialstaatlich

ausgerichteten, öffentlichen und selbstverwalteten Gesundheits- und Pflegesystem.

Die Einteilung der Bevölkerung in Versicherungspflichtige und in Nicht-Versicherungspflichtige in der Kranken- und Pflegeversicherung ist nicht mehr zeitgemäß. Heute gilt, wer als Arbeitnehmer/-in ein Bruttoentgelt oberhalb der Versicherungspflichtgrenze erhält (im Jahr 2016: 56.250 €) oder als Beamten/Beamtin Anspruch auf Beihilfe hat, versichert sich in der Regel in einer privaten Krankenversicherung (PKV). Das gilt auch für viele Selbständige. Dieser Bevölkerungsteil beteiligt sich nicht an der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Die seit vielen Jahren von der SPD und anderen Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wissenschaftlern eingeforderte Reform für eine soziale Bürgerkranken-/ und -pflegeversicherung ist deshalb längst überfällig. Die Aufteilung in ein sozialstaatlich ausgerichtetes Versicherungssystem (GKV bzw. PflV) und in ein privatrechtliches Versicherungssystem (PKV) ist antiquiert und wird den Ansprüchen die an eine allgemeine demokratische Gesellschaft der Partizipation gestellt wird, nicht weiter gerecht. Für die SPD heißt dies, die GKV und die PflV sind deshalb zu einer allgemeinen Bürgerpflichtversicherung weiterzuentwickeln. Dieser gesellschaftliche Reformwillen ist deshalb durch gesetzliche Initiativen sowohl im Landtag von Baden-Württemberg als auch im Bundestag zu verdeutlichen.

Mit dem zum 1.1.2015 in Kraft getretenen „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQVG)“ wurde der paritätisch finanzierte GKV-Beitragssatz auf 14,6 v.H. festgesetzt. Damit wurde gleichzeitig der Arbeitgeberanteil bei 7,3 v.H. de facto festgeschrieben. Die Folge ist, dass Mehrausgaben der Krankenkasse die über der Grundlohnsumme liegen, von den Versicherten über den kassenindividuellen Zusatzbeitrag allein finanziert werden müssen. Die Selbstverwaltung (Vorstand und Verwaltungsrat) der jeweiligen Krankenkasse ist verpflichtet, den bedarfsnotwendigen Versichertenzusatzbeitrag zu beschließen. Damit rückt der Zusatzbeitrag, als entscheidender Wettbewerbsparameter für die angeblich wirtschaftliche bzw. unwirtschaftliche Verwendung der Beitragsgelder in den Vordergrund. Es wird ein politisch-medialer Druck auf die jeweiligen Krankenkassen ausgeübt, Einsparungen bspw. auch unter Inkaufnahme des Verlustes der Versichertennähe, bspw. durch die Schließung von Geschäftsstellen insbesondere im kleinstädtischen Bereich vorzunehmen.

Im letzten Jahr (2014) haben die Arzneimittelausgaben der GKV einen neuen Höchststand erreicht: sie sind um 3,3 Milliarden Euro auf 35,4 Milliarden Euro zum Vorjahr gestiegen, was einem Plus von 10,3 Prozent entspricht. Insbesondere die Preispolitik der pharmazeutischen Unternehmen für die

190 patentgeschützten Fertigarzneimittel treibt die Ausgaben in die Höhe: diese stiegen um 15,1 Prozent. Diese Hochpreispolitik für neue Medikamente – bspw. Immunpräparate, Hepatitis-C-Arzneimittel, Krebsmittel - sind maßgebliche Kostentreiber. Nach Daten des Arzneiverordnungsreports (AVR) des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen (WIdO) kostete die durchschnittliche patentgeschützte Verordnung rund 25 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Diese 195 Hochpreispolitik bringt die gesetzliche Krankenversicherung über kurz oder lang an die Grenze der Finanzierbarkeit. Durch die gesetzliche Festschreibung des Arbeitgeberanteils des allgemeinen Krankenversicherungs-Beitragssatzes, bezahlen diese Mehrkosten ausschließlich die Versicherten.

Antragsbereich G/**Antrag 3**

Kennummer 8411

AfA Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD-Parteivorstand

Paritätische Beitragszahlung

Die sozial unausgewogene und unsolidarische Finanzierungssystematik im Gesundheitswesen muss schnellstmöglich beendet werden. Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der 5 Bundesregierung auf, umgehend eine Regelung zu schaffen, mit der die Beitragsungerechtigkeiten innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgehoben werden und die paritätische Beitragszahlung wiederhergestellt wird.

10 Insbesondere fordern wir

- Rückkehr zur paritätischen Aufbringung der Beiträge zur GKV durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber
- Kostensteigerungen, Kosten für medizinischen Fortschritt und für Neuregelungen des Gesetzgebers sind nicht aus Beitrags- sondern aus Steuermitteln zu finanzieren
- Abschaffung der Zuzahlungen für Medikamente, 15 Behandlungen, Hilfsmittel etc.

20

Begründung:

Eine immer weiter zunehmende einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht länger

Paritätische Beitragszahlung

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Evaluation des derzeitigen Bezugssystems und Prüfung der Abschaffung der Zuzahlungen für Medikamente, Behandlungen, Hilfsmittel etc.

25 hinnehmbar. Sie führt zu einem gesellschaftlichen
Ungleichgewicht und widerspricht in eklatanter Weise dem
bewährten Prinzip der Sozialpartnerschaft.

30 Im Jahr 1951 hat der Gesetzgeber die hälftige Aufbringung der
Beiträge zur GKV durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber
festgeschrieben. Nach 54 Jahren wurde im Jahr 2005 erstmals
dieser sozialstaatliche Konsens mit Einführung des sogenannten
Sonderbeitragssatzes gebrochen. Seitdem wurde – durch
35 verschiedene gesetzliche Regelungen – das Prinzip der hälftigen
Beitragszahlung vollständig aufgegeben.

40 Mit der Festschreibung des Beitragssatzes für die Arbeitgeber
trägt die Versichertengemeinschaft allein die allgemeinen
Kostensteigerungen innerhalb des Gesundheitswesens, die
Kosten für den medizinischen Fortschritt und die Kosten für
Neuregelungen des Gesetzgebers, die größtenteils
gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind, und somit nicht aus
Beitrags- sondern aus Steuermitteln zu finanzieren wären.

45 Zu Beginn dieses Jahres mussten rund zweidrittel der
gesetzlichen Krankenversicherungen den sogenannten
Zusatzbeitrag erhöhen. Bis zum Jahr 2020 wird dieser nach
Berechnungen von Experten auf ca. 2,0 Prozent ansteigen. Bei
einem Bruttomonatseinkommen von 2.500 Euro würde sich
50 damit eine Zusatzbelastung für Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer von 50 Euro pro Monat – insgesamt 600 Euro im
Jahr - ergeben.

55 In Wahrheit sind die finanziellen Belastungen für die
Versicherten jedoch weitaus höher. Allein die Ausgaben der
privaten Haushalte für Gesundheit liegen bei über 44 Milliarden
Euro – ohne Zuzahlungen für Medikamente, Behandlungen etc.
Berücksichtigt man den Abschied von der hälftigen
Beitragszahlung, die Zuzahlungen und die Aufzahlungen, hat die
60 Lastenverteilung zwischen Versicherten und Arbeitgebern das
Verhältnis von über 60 zu unter 40 erreicht.

**Finanzierung
weiterentwickeln**

der

Pflegeversicherung

**Finanzierung der
Pflegeversicherung
weiterentwickeln**

Die Pflegeversicherung ist in eine Bürgerversicherung umzugestalten. Die Leistungsbeträge im Sinne von § 30 SGB XI sind jährlich zu dynamisieren. Die Pflegeanteilkostenversicherung ist zu einer Pflegevollversicherung weiterzuentwickeln. Diese übernimmt alle notwendigen Kosten im Rahmen des SGB XI.

Begründung:

Die Pflegeversicherung als solidarisches Sicherungssystem hat bei ihrer Einführung 1995 Pflegebedürftige zu einem erheblichen Teil aus der Sozialhilfe geführt. Dazu wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein bezahlter Feiertag - der Buß- und Betttag - gestrichen.[1] Es konnte eine Pflegeinfrastruktur etabliert werden. Sie ist ein starker Jobmotor mit inzwischen rund 1 Million Beschäftigten. Auf den dringenden Reformbedarf wurde von der Bundesregierung mit den Pflegestärkungsgesetzen I, II und III[2] reagiert.

Ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff – fünf Pflegegrade - ersetzt die Begutachtung der Pflegebedürftigkeit nach Minuten. Die vorhandenen Fähigkeiten des Menschen werden in diesem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ab 2017 besser abgebildet. Somatisch, kognitiv und psychisch beeinträchtigte Pflegebedürftige sollen in Zukunft die erforderlichen Leistungen erhalten. Im Koalitionsvertrag hatte sich die SPD für diese Reform stark gemacht.

Damit die Verbesserungen bei Pflegebedürftigen und Pflegenden ankommen, müssen die Finanzierungsgrundlagen ausreichen, um die erforderlichen Fachkräfte zu beschäftigen und die steigenden Zuzahlungen der Versicherten zurückzuführen. Es ist erforderlich, dass die Leistungen im Rahmen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs allen Pflegebedürftigen unabhängig vom jeweiligen Einkommen zur Verfügung stehen. Die bisher beschlossene Beitragserhöhung reicht oft nicht, um Pflegebedürftige und deren Angehörige in die Lage zu versetzen, die neuen Betreuungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies gilt vor allem auch für die Versorgung zu Hause.

Schon bisher ist durch den faktischen Rückgang der pflegebedingten Leistungen, für die die Pflegeversicherung aufkommen sollte, der Bedarf an Hilfe zur Pflege bei kleinen und mittleren Einkünften, deutlich gestiegen. Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurden die Leistungen nur sehr unzureichend dynamisiert. Auch die aktuelle Fassung des § 30 der Pflegeversicherung (SGB XI) sieht lediglich eine Prüfung der Anpassung der Leistungsbeträge alle drei Jahre vor. Daher ist es bislang nicht gelungen, den Kaufkraftverlust bei den rein pflegerischen Leistungen, die von den Pflegekassen übernommen werden, durch entsprechende gesetzliche Regelungen auszugleichen. Die Pflegeversicherung wurde dadurch zwischen 1995 und 2015 um rund 25 Prozent entwertet. Dies bringt erhebliche Belastungen für Haushalte mit Pflegebedürftigen. Ihre Eigenanteile haben sich dramatisch erhöht. Ohne eine Finanzierungsreform werden sie mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs weiter steigen.

Durch eine Pflegevollversicherung wird gewährleistet, dass, wie im System der Krankenversicherung, alle Leistungen, unabhängig vom Einkommen, allen Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen (Sachleistungsprinzip). In Kombination mit der Bürgerversicherung können die dafür erforderlichen Einnahmen gesichert werden. Geldleistungen müssen jährlich dynamisiert werden.

[1] Außer in Sachsen. Dort zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Beitrag weitgehend alleine

[2] PSG III – parlamentarische Beratung im Herbst 2016

Antragsbereich G/Antrag 5

Kennnummer 8421

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

Gute Arbeit in der Pflege

Ausgangslage

Im Hinblick auf den demografischen Wandel, den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen an eine gute Pflege und den steigenden Personalbedarf steht der Pflegebereich vor großen Herausforderungen. In den letzten zwei Jahren hat sich in Baden-Württemberg eine Enquete-

Gute Arbeit in der Pflege

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Kommission mit diesem Thema befasst. Die Ergebnisse der Kommission liegen seit Ende Januar 2016 vor.

Aus Sicht der SPD werden die aktuellen Herausforderungen insbesondere durch folgende Aspekte beschrieben:

- Der Bedarf an Pflege und Betreuung nimmt zu:

In den nächsten Jahrzehnten wird die absolute Zahl wie auch der Anteil der Menschen, die älter als 65 Jahre sind, deutlich zunehmen. Auf der einen Seite werden die Menschen im Schnitt immer älter, zudem kommen die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre in das Rentenalter.

Alle Prognosen gehen davon aus, dass auch der Bedarf an Pflege und Betreuung zunehmen wird. Die Anzahl der 20- bis 59-Jährigen geht zurück, während die absolute Anzahl der über 80-Jährigen (Hochbetagten) überproportional wächst. Daraus folgt eine deutliche Zunahme der Gruppe der Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf bei gleichzeitigem Rückgang des Pflege- und Unterstützungspotenzials.

- Der Fachkräftemangel in der Pflege ist schon heute enorm: Für die Versorgung der 154.176 Menschen mit Pflegebedarf durch die stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg standen zum Jahresende 2013 landesweit 122.420 Beschäftigte zur Verfügung. Angesichts der demografischen Entwicklung wird sich der Bedarf an Pflegekräften bis 2030 um ca. 53.000 Personen erhöhen.

- Der Bedarf an neuen Wohnformen und Pflegeabläufen wird steigen:

2013 wurden in Baden-Württemberg 70% der Pflegebedürftigen zu Hause entweder durch Angehörige oder Pflegedienste versorgt; 30% vollstationär in Heimen. Viele Menschen möchten an ihrem Wohnort oder zumindest wohnortnah alt werden. Die Forderung nach Selbstbestimmung wächst, insbesondere bei den heutigen 50 - 70 Jährigen, wie auch bei Menschen mit Behinderung (Inklusion). Das bedeutet, dass im Quartier möglichst niedrigschwellige Angebote, Angebote ambulanter Dienste, Sozialstationen, ambulant betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Tagespflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflegeheime vorhanden und gut vernetzt sein müssen und qualifizierte Assistenten benötigt werden, um ein Leben in den eigenen vier Wänden zu gewährleisten.

Mit der Reform des Heimrechts der grün-roten Landesregierung wurden wichtige Grundlagen für diese neue Vielfalt geschaffen, so z.B. für ambulant betreute Wohngemeinschaften.

- Ökonomisierung der Pflege:

65 „Produktdenken“ und Kommerzialisierung der Pflege führen zur „gehetzten Minutenpflege“ und zum Fehlen der Beziehungspflege. Die Ausrichtung auf die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen befördert den Rationalisierungsdruck und die zunehmende Konzentration zugunsten national und international agierender Pflegekonzerne.

• Arbeitsverdichtung und Arbeitsbedingungen in der Pflege

70 Schichtdienste, lange Arbeitszeiten, Einspringen an freien Tagen und Überstunden, zunehmende Arbeitsverdichtung, hohe psychische und körperliche Belastungen, hoher Krankenstand. So liegt die Zahl der Fehltage in der Krankenpflege bei 17 Tagen und in der Altenpflege bei 22 Tagen (alle Berufe 12 Tage).

75 Häufig genannte Belastungsfaktoren von Pflegenden sind:

o hoher Zeit- und Leistungsdruck,

80 o häufige Unterbrechungen der Arbeit,

o fehlende Pausen,

85 o zu hohe Verantwortung,

o fehlende Entwicklungsmöglichkeiten,

o Spannung und Feindseligkeit bei der Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen,

90 o bürokratische Anforderungen,

o Arbeitszeiten, die eine gesunde Work-Life-Balance verhindern,

95 o fehlende Unterstützung durch Führungskräfte,

o negatives Berufsimago.

100 Die Verweildauer der Pflegekräfte in ihrem Beruf betrug 2009 in Deutschland durchschnittlich 8,4 Jahre.

Unser Ziel: Gute Arbeit in der Pflege

105 Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften sind der entscheidende Schlüssel für die Zukunft einer guten Pflege. Ziel ist es, die vorhandenen Pflegekräfte im Beruf zu halten und neue Fachkräfte für die professionelle Pflege zu gewinnen. Professionelle Pflege bedeutet auch, Pflege, Betreuung und Fürsorge als Einheit zu betrachten. Nötig ist dazu die
110 Verbesserung der Rahmen- und somit der Arbeitsbedingungen.

115 Pflegeeinrichtungen brauchen eine positive Atmosphäre, in der es Spaß macht zu arbeiten, oder eine Ausbildung zu beginnen.

Wir wollen, dass gute Arbeit geprägt ist durch:

120 o Wertschätzung der Arbeit durch die Gesellschaft und im Betrieb,

o eine hohen Übereinstimmung von Wissen und Praxis, sowie von Berufsethik und eigenen Ansprüchen,

125 o eine angemessene Bezahlung,

o geregelte, verlässliche Arbeitszeiten,

130 o der Vereinbarkeit von Familie und Beruf(Work-Life-Balance),

o Identifizierung mit dem Beruf, Sinnhaftigkeit des beruflichen Handelns,

135 o gute Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es ist somit eine Kombination von rechtlichen Rahmenbedingungen, Arbeitsgestaltung, Arbeitsbedingungen und Vergütungssystemen.

140 Bei der Pflege- und Assistenz Tätigkeit steht der Mensch im Mittelpunkt; gute Pflege und Beziehungsarbeit bedingen sich gegenseitig. Die Übereinstimmung von Wissen, Praxis, Berufsethik und eigenen Ansprüchen hat in den Pflegeberufen eine ganz besondere Bedeutung. Sowohl für die Pflegekräfte, als
145 auch für die zu Pflegenden führt dies zu Zufriedenheit die sich für beide Seiten gesundheitlich (psychisch und physisch) positiv auswirkt.

Unsere Forderungen:

150 o Wir fordern eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit geregelten, verlässlichen Arbeitszeiten, bei denen fachlich gute Pflege und Zuwendung zu den Gepflegten oder Betreuten ermöglicht wird. Die Empfehlungen der Enquetekommission
155 sind dabei eine gute Grundlage

Arbeitgeber, die bereit sind gute Arbeitsbedingungen zu bieten, brauchen Unterstützung und mehr Geld aus der Pflegeversicherung.
~~Arbeitgeber, die bereit sind gute Arbeitsbedingungen zu bieten, brauchen Unterstützung und mehr Geld aus der Pflegeversicherung.~~

160 Die Einrichtungen und Dienste brauchen eine auskömmliche Finanzierung, damit sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute

165 Dieses Geld muss vor allem für mehr Personal eingesetzt werden, um die Arbeitsdichte zu reduzieren. Entsprechend müssen die

Personalrichtwerte durch die Rahmenvertragspartner, notfalls Arbeitsbedingungen bieten. Diese Geld muss durch den Bundesgesetzgeber, entschieden angehoben und finanziert werden.

- 170 o Tariflich vereinbarte Löhne müssen auch refinanziert werden. Für den Bereich des SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) hat die SPD dies im Pflegestärkungsgesetz durchgesetzt. Eine entsprechende Regelung brauchen wir aber auch für den Bereich
- 175 des SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung).
- 180 o Unnötige bürokratische Lasten werden von Pflegekräften zu Recht als verlorene Zeit für die Arbeit mit den Bewohnern/ Patienten kritisiert. o Unnötige bürokratische Lasten werden von Pflegekräften zu Recht als verlorene Zeit für die Arbeit mit den Bewohnern/ Patienten kritisiert. Modelle, die die Dokumentationspflichten verringern, ohne die Ergebnisqualität zu gefährden sind von Leistungsträgern und Gesetzgeber nachhaltig zu unterstützen. Modelle, die die Dokumentationspflichten verringern, ohne die Ergebnisqualität zu gefährden sind von Leistungsträgern und Gesetzgeber nachhaltig zu unterstützen.
- 185 o Pflegefachkräfte müssen stärker durch weitere qualifizierte Personen in Service, Betreuung und Verwaltung unterstützt werden. Eine entsprechende Flexibilisierung sieht der Entwurf der Heimpersonalverordnung vor. Gleichzeitig legt der Entwurf
- 190 „Vorbehaltsaufgaben“ für Pflegefachkräfte fest, so dass die „wahren“ Pflegetätigkeiten auch nur von entsprechend qualifizierten Personen ausgeführt werden. Ziel muss es hierbei sein, dass der ganzheitliche Pflegeansatz nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.
- 195 o Psychosoziale Inhalte und Angebote müssen schon in der Ausbildung, sowie in Fort- und Weiterbildungen, stärker berücksichtigt werden. Pflege ist keine Akkordarbeit; die Kommunikation kann für beide Seiten in der Pflege
- 200 entscheidend sein. Der Pflege- und Betreuungsalltag soll durch ein Miteinander auf Augenhöhe geprägt sein.
- 205 o Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Auszubildende dürfen nicht als „billige“ Arbeitskräfte gesehen und eingesetzt werden. Die Praxisanleitung muss im Personalschlüssel mit entsprechender Freistellung separat festgelegt, in den Dienstplänen kenntlich aufgenommen und die hierdurch entstehenden Kosten müssen refinanziert werden.
- 210 o Steigerung der Attraktivität des Ausbildungsabschlusses durch
- 215 o Eine generalistische Erstausbildung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit einer daran anschließenden weiterführenden Spezialisierung. Dabei ist sicher zu stellen, dass mit Ende der Ausbildung ein Qualifizierungsniveau erreicht wird, das fachlich qualifiziertes Arbeiten ermöglicht.
- o Gebührenfreie Ausbildung.

- 220 o Verbesserte Weiterbildungsangebote und damit verbundene Aufstiegsmöglichkeiten, z.B. durch berufsbegleitende modulare Angebote.

225

Antragsbereich G/ **Antrag 6**

Kennnummer 8392
Ortsverein Oberkirch
(Kreisverband Ortenau)

Individuell abgestimmte Pflegeangebote

Individuell abgestimmte Pflegeangebote

Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg fordert:

Annahme

- 5 Die Leistungen in der Pflege sollen bedarfsorientiert und bedarfsdeckend sein. Die Regelungen der Hilfeleistungen für Pflegebedürftige und Behinderte müssen vorausschauend und individuell angelegt sein, d.h. frühzeitige Intervention – um die fortschreitende Pflegebedürftigkeit zu verzögern bzw. den Status Quo zu erhalten. Die Leistungen - z.B. Reha ambulant/stationär - sollen auch dann weiter verordnet werden, wenn „**nur der**
- 10 **aktuelle Stand erhalten werden kann; keine Verbesserungen mehr zu erwarten sind**“. Bestehendes sichern; evtl. Verschlechterungen frühzeitig erkennen und gegensteuern. Dies erhält die Lebensqualität und zögert Pflegebedürftigkeit hinaus.

- 15 Beispielsweise bei Sprachschwierigkeiten – Artikulation: langsames, undeutliches Sprechen mit längeren Pausen – kann die fortschreitende Verständigungsschwierigkeit auf dem Status Quo erhalten werden, wenn kontinuierlich Übungen durch fachgerechte Übungen mit Hilfe der Logopädie durchgeführt
- 20 werden. Derzeit erfolgen die Verordnungen nur dann, wenn absehbar ist, dass sich eine Verbesserung erzielen lässt.

- 25 Wer sich nicht mehr äußern kann über den wird bestimmt, über ihn hinweg entschieden obwohl die Person evtl. geistig noch fit ist, sehen und hören kann. In diesem Falle schreitet die Pflegebedürftigkeit sehr rasch voran, da die Einschränkungen die mit dem Nicht-Sprechen können einhergeht nicht kompensiert werden kann.

- 30 Politik für ältere/behinderte Menschen ist bedingt durch den demografischen Wandel mehr denn je vielschichtig und von einer steigenden Komplexität geprägt. Die Unterstützungs- und

35 Pflegeangebote/Hilfeleistungen müssen individuell abgestimmt sein. Bedarfsorientierte und bedarfsdeckende Leistungen verlängern die Lebenserwartung und die Zufriedenheit darüber hinaus wird damit trotz Krankheit und Gebrechlichkeit die Persönlichkeit des Einzelnen geachtet. Angebote dürfen nicht nur deshalb abgelehnt werden, weil ein Mensch alt ist oder keine Verbesserung der Gesundheits-/Pflegesituation zu erwarten ist.

Antragsbereich G/Antrag 7

Kennnummer 8403

Ortsverein Asperg

(Kreisverband Ludwigsburg)

Krankenbetreuung Demenzkranke

Krankenbetreuung Demenzkrankte

Die Krankenhausträger werden aufgefordert, Bettenkapazität Ablehnung für Demenzkranke zu schaffen, die aufgrund anderer Erkrankungen medizinisch behandelt werden müssen.

5 Begründung:

Der derzeitige Zustand ist untragbar. Die Krankenhäuser verweisen Demenzkranke in die Psychiatrie ab mit der Begründung, daß sie dafür nicht eingerichtet sind. Deshalb
10 haben die Krankenhäuser während einer notwendigen medizinischen Behandlung diese Demenzkranken in geeignete Räume bzw. Zimmer unterzubringen, damit andere Patienten nicht belästigt und eine Fixierung des dementen Patienten vermieden werden kann. Das Krankenhauspersonal ist für
15 solche Patienten auszubilden.

Patientinnen und Patienten stärken

Patientinnen und Patienten stärken

- 5 Die sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) wurden eingeführt um die Therapiewahl der Patientinnen und Patienten zu stärken. Jedoch können diese die Notwendigkeit einer vorgeschlagenen medizinischen Leistung oft gar nicht beurteilen. Schwierig für Patienten ist zudem herauszufinden, ob die angebotene kostenpflichtige Leistung von anderen Ärzten als Sachleistung im Rahmen der GKV-Versorgung und damit ohne Zuzahlung erbracht wird. Annahme
- 10 Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg beschließt:
- Um Patienten besser zu schützen und Ihnen die Fähigkeit zu bewussten Entscheidungen zu bieten, fordern wir:
- 15 Die Einführung von Produktinformationsblättern über den Nutzen und die Risiken von Individuellen Gesundheitsleistungen, welche während des Aufklärungsgesprächs verpflichtend ausgehändigt werden müssen.
- 20 Die Verpflichtung, Patienten über kostenfreie Alternativen der GKV-Versorgung zu informieren.
- 25 Das Verbot sogenannter Verzichtsformulare um Patienten bei ihrer Entscheidungsfindung nicht unnötig unter Druck zu setzen.

Kennnummer 8370
Kreisverband Heilbronn-Land
Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion

Änderung des § 96, Abs.2 SGB V Zulassungsausschüsse **Änderung des § 96, Abs.2 SGB V Zulassungsausschüsse**

Der der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion.

Der Landesparteitag von Baden-Württemberg empfiehlt folgenden Antrag zur Änderung des § 96, Abs.2 SGB V zur Annahme und anschließender Weiterreichung an die Landesregierung/Landtagsfraktion, um ihn über den Bundesrat in geltendes Recht umzusetzen.

„Die Zulassungsausschüsse bestehen aus Vertretern der Ärzte, Krankenkassenvertretern und Kommunalpolitiker in gleicher Zahl. Die Vertreter der Ärzte und ihre Stellvertreter werden von den Kassenärztlichen Vereinigungen, die Vertreter der Krankenkassen und ihre Stellvertreter von den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen bestellt, die Vertreter der Kommunen und ihre Stellvertreter werden von den Kreistagen bzw. im Falle von kreisfreien Städten vom Stadtrat gewählt. Die Mitglieder der Zulassungsausschüsse führen ihr Amt als Ehrenamt. Sie sind an Weisungen nicht gebunden. Den Vorsitz führt abwechselnd ein Vertreter der Ärzte, der Krankenkassen und der Kommunalpolitiker. Die Zulassungsausschüssen beschließen mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.“

Begründung:

In der Vergangenheit sind oftmals Kommunalpolitiker und Bürgermeister, die händeringend für ihr Dorf, ihren Stadtteil einen Vertragsarzt suchten und dafür auch Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wollten, an den Zulassungsausschüssen und Kassenärztlichen Vereinigungen schon im Vorfeld daran gescheitert, dass der gewünschte Niederlassungsort für einen an der hausärztlichen Versorgung teilnehmenden Vertragsarzt wegen Überversorgung gesperrt sei. Andererseits orientiert sich die Versorgungsquote oftmals an der Gesamtzahl der an der ärztlichen Versorgung beteiligten Ärzte, auch ausschließlich fachärztlich tätige und ermächtigte Vertragsärzte werden voll berücksichtigt. Somit lief bisher die vom Baden-Württembergischen Gemeindetag 2014

aufgestellte Forderung, jedes Dorf/Stadt/Stadtteil mit mehr als 1500 Einwohner soll einen Vertragsarztsitz haben, ins Leere.

45 Mit der Öffnung der Zulassungsausschüsse für Kommunalpolitiker erhält auch die Neufassung des

§ 105, Abs. 5, SGB V in dem Kommunen erlaubt wird, in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung der
50 Kassenärztlichen Vereinigung eigene Einrichtungen zur unmittelbaren medizinischen Versorgung betreiben zu können, eine ganz andere Bedeutung.

Antragsbereich G/Antrag 10

Kennummer 8424

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Vermeidung von multiresistenten Keimen

Vermeidung von multiresistenten Keimen

Vermeidung von multiresistenten Keimen

Annahme

5 Um die jährliche Anzahl von 400.000 bis 600.000 Menschen, die sich eine Krankenhausinfektion zuziehen, zu reduzieren, werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung aufgefordert sich für folgende Punkte einzusetzen:

10 1. Alle stationär aufgenommenen PatientenInnen sollen auf multiresistente Keime untersucht werden. RisikopatientenInnen werden in eine Isolationsstation aufgenommen. Erst nach einem negativen Befund auf multiresistente Keime darf die PatientIn die Isolierstation verlassen (Screening). Das Prinzip soll sich an das
15 niederländische Modell anlehnen.

20 2. Die schon verpflichtende Dokumentation der Krankenhäuser bei auftretenden Krankenhausinfektionen soll zentral vom Robert-Koch-Institut veröffentlicht werden. Das Robert-Koch-Institut soll die Dokumentation ausführlich kommentieren.

3. Investition in die Ausbildung und Schulung von Hygienefachkräften.

25 4. Ausbau von Lehrstühlen für Hygiene an den Universitäten.

5. Erarbeitung einer Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Humanmedizin, vor allem im Hinblick auf Breitbandantibiotika.

30

6. Der präventive Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung soll verboten werden. Der generelle Einsatz soll vom Veterinäramt genehmigt werden.

Antragsbereich G/Antrag 11

Kennnummer 8448

Kreisverband Emmendingen

Gesundheits-Check für Flüchtlinge

**Gesundheits-Check für
Flüchtlinge**

5 Der Gesundheits-Check – Erstuntersuchung der ankommenden Annahme
Flüchtlinge – muss aus dem allgemeinen Steueraufkommen
finanziert werden. Die Kosten der Erstuntersuchung dürfen
nicht über den Gesundheitsfond, der durch die
Beitragszahlern/-zahlerinnen der Krankenversicherung
einbezahlt wurde, erfolgen. Dies würde zur erneuten Erhöhung
der Beiträge führen und trifft alle Einkommensgruppen.

Begründung:

10 Das große Engagement der Menschen in Initiativen und
Projekten zeigt deutlich dass mit den Menschen, die auf der
Flucht sind und in den Kommunen untergebracht wurden,
Freundschaften geschlossen werden. Doch die Kosten für den
15 Gesundheits-Check dürfen nicht aus dem Gesundheitsfond
bezahlt werden. Diese Kosten muss die Allgemeinheit, in
diesem Falle das Finanzministerium tragen, denn das was
Aufgabe der Allgemeinheit ist, muss auch aus dem
Steueraufkommen bezahlt werden.

Krankenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-Empfängerinnen

Krankenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-Empfängerinnen

Annahme in der Fassung der
Antragskommission.

5 Wir fordern, dass das Finanzministerium den Krankenversicherungsbeitrag für Hartz IV-EmpfängerInnen an den Mindestbeitrag der Krankenversicherungen anpasst.

~~Wir fordern, dass das Finanzministerium den Krankenversicherungsbeitrag für Hartz IV-EmpfängerInnen an den Mindestbeitrag der Krankenversicherungen anpasst.~~

10

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Erhöhung des monatlichen pauschalen Krankenversicherungsbeitrags für ALG II-BezieherInnen einzusetzen, da diese nicht kostendeckend ist und zu Defiziten in den gesetzlichen Krankenkassen führt.

15

Begründung:

20

Die derzeit an die Krankenkassen überwiesene Pauschale für Hartz IV-EmpfängerInnen ist nicht kostendeckend; dieser Umstand ist bekannt und muss dringendst geändert werden. Die Krankenkassen verweisen auf die mangelnde Finanzierung der Krankenversicherung für diese Versicherungsgruppe und die drohende Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, der Erhebung/Erhöhung der Pauschale, die von den Versicherten zu tragen sind. Kosten, die die Allgemeinheit betreffen, dürfen nicht auf Kosten der Versicherten umgelegt werden.

25

Steuern und Finanzen

Antragsbereich SF/ **Antrag 1**

Kennnummer 8396

AG 60 plus Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

Für eine gerechte Steuerpolitik

Für eine gerechte Steuerpolitik

Für eine gerechte Steuerpolitik!

Empfehlung erfolgt mündlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert eine Steuerreform mit folgenden Eckpunkten auf den Weg zu bringen:

- Aus sozialen Gründen wird der Einkommensteuertarif für kleine und mittlere Einkommen bis etwa 50.000 Euro im Jahr gesenkt.
- Da Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Einkommen aus steuersystematischen Gründen unvermeidbar auch exorbitant hohen Einkommen steuerlich entlasten, ist im Gegenzug der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen auf 49% und ab 250.000 Euro z.v.E. auf 52 % anzuheben.
- Der Solidaritätsbeitrag, dessen Aufkommen längst auch in den armen Städten der alten Länder unverzichtbar ist, wird in die Einkommensteuer integriert.
- Private Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne) sollen künftig wieder mit dem progressiven Einkommensteuertarif besteuert werden. (Abschaffung der Abgeltungsteuer unter Berücksichtigung der Vorbelastung auf Unternehmensebene).
- Das Ehegattensplitting, das einseitig die Alleinverdiener-Ehe begünstigt, wird durch ein Modell ersetzt, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Ehegatten fördert.
- In der Erbschaftsteuer wird oberhalb der bisherigen Freibeträge, die Gleichmäßigkeit der Besteuerung hergestellt in dem die Ausnahmen für große Vermögen abgeschafft werden. Zur Sicherung der Arbeitsplätze gibt es hinreichende Stundungsregeln.
- Durch die Einführung einer Finanztransaktionsteuer sollen schädliche Spekulationen eingedämmt und der Finanzsektor angemessen besteuert werden.

- Aus Gerechtigkeitsgründen werden Steuerhinterziehung und Steuervermeidung wirksam bekämpft. Die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung, die Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie die Staatsanwaltschaften werden (in den Ländern) personell verstärkt. Darüber hinaus wird eine Bundessteuerfahndung eingerichtet.

Die Verjährungsfrist für Steuerbetrug wird verschärft.

Banken, die systematisch Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, werden stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Es wird eine sich steigernde Strafbewehrung eingeführt, die mit Strafzahlungen beginnt und bis zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Der Umsatzsteuerbetrug wird stärker bekämpft. Gegenüber der Europäischen Union wird weiter eine Systemumstellung auf das Reverse-Charge-Verfahren gefordert.

Kassenmanipulationen sollten durch die Einführung einer Registrierkassenpflicht und einer Belegausgabepflicht eingedämmt werden.

Die Empfehlungen der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung international tätiger Unternehmen werden vollständig umgesetzt. (BEPS)

Insbesondere wird eine europäische Initiative zur Abschaffung steuerliche Präferenzsysteme, beispielsweise sogenannter Patentboxen, auf den Weg gebracht werden.

Begründung:

CDU und CSU blockieren wesentliche Reformen für eine gerechte Steuerpolitik: Die CSU blockiert eine längst ausverhandelte Erbschaftsteuer. Für Ihre spezielle Klientel der Superreichen soll es weitere Verbesserungen bzw. Ausnahmen geben. Die CSU/CDU Fraktionsgemeinschaft blockiert die Einführung einer Förderung von bezahlbarem Mietwohnungsbau. Stattdessen soll es für einige Baulöwen Steuervorteile geben. Und nun hat die CSU auch noch ein gigantisches Steuerkonzept angekündigt, nachdem sie bereits bei der Aushandlung des Koalitionsvertrages und seitdem alle vernünftigen Vorschläge für eine gerechtere Steuerreform blockiert hat. Dabei liegen die Aufgaben auf der Hand:

Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Zukunft unseres Landes müssen solide und gerecht finanziert werden. Die Schuldenbremse verschließt die Spielräume auf der Ausgabenseite, obwohl der Bedarf für Investitionen in die

Zukunftsaufgaben auch in Folge vergangener Versäumnisse und neuer Ansprüche wachsen. Die aktuelle finanzielle Lage (2016) Deutschlands ist sehr gut. Der Staat ist handlungsfähig und könnte die nötigen Weichen stellen.

95

Die „Schwarze Null“ ist allerdings eine Lüge. Buchhalterisch ist der Bundeshaushalt ausgeglichen, hat sogar Überschüsse. Aber eine Buchhaltung, die auf Kosten der Wirklichkeit lebt, ist ohne Zukunft. Das Schlimmste: die Schwarze Null verzehrt unsere Substanz – die Schuldenbremse wird zum Trugbild. Marode Brücken werden nicht saniert, unsere Kinder gehen auf erbärmliche Schultoiletten, Schienen und Straßen lassen sich durch die Verteilung von Langsamfahrstellen beschreiben, der Breitbandausbau – Hochgeschwindigkeitsdaten-Übertragung – ist eine Schnecke – in einem Industrieland. Der ökologische Umbau von Energieversorgung und Mobilität stottert. Die Schwarze Null will aber keine Steueranhebung, um unsere Infrastruktur ökologisch zukunftsfest zu machen. Das Mantra: keine Steueranhebung - auch nicht für Leute, die 50.000 Euro am Tag bekommen, auch nicht für Leute die Millionen von ihren Vorfahren erben, funktioniert nur so lange, wie die niedrigen Zinsen, der niedrige Ölpreis, der Exportüberschuss oder der Eurokurs den Bundeshaushalt stützen – äußere (exogene) Faktoren, die kaum beeinflussbar sind. Wenn sich dieses Umfeld ändert und gleichzeitig die Infrastruktur ebenso wie die Zukunftsrisiken wie die Endlagerung radioaktiver Reste der Atomkraftanlagen Investitionen in heute noch unkalkulierbarer Dimension zwingend notwendig machen – dann werden wir sehen wie teuer falsches Sparen sein kann. Zukunftsfähige Finanzpolitik sieht anders aus und der künftige Finanzminister ist schon heute zu bedauern.

So falsch es ist in guter Konjunkturlage die Steuern „allgemein“ zu senken, weil dann Steuersenkungen zur Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Rezession noch schwerer fallen, so richtig sind Steuersenkungen aus sozialen Gründen für die kleinen und mittleren Einkommen. Da Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Einkommen aus steuersystematischen Gründen unvermeidbar auch die exorbitant hohen Einkommen steuerlich entlasten, ist der Spitzensteuersatz im Gegenzug anzuheben.

So wollen wir die Kluft zwischen Arm und Reich in einem ersten Schritt verringern, damit unsere Gesellschaft weiterhin zusammenhält. Hier findet sich außerdem ein Moment, der zukunftsvergessenen und prozyklischen Steuerpolitik der vergangenen Jahre entgegen zu wirken. Hohe Einkommen sollen eine entsprechend hohe steuerliche Verantwortung für die Gesellschaft tragen.

140

Das trifft in Anbetracht der Einkommensverschiebungen der letzten Jahre umso mehr für Einnahmen aus Kapitalgewinnen und Erbschaften zu. Private Kapitaleinkünfte sollen daher

145 künftig wieder mit dem progressiven Einkommensteuertarif
besteuert werden. Auch mit Blick darauf, dass 80 % aller
Vermögen in den Händen weniger durch Erbschaften begründet
sind, gilt es die Erbschaftsteuer auf eine solide Grundlage zu
stellen und die unanständigen Ausnahmen für die großen
Vermögen und Betriebsvermögen abzuschaffen.

150 Da sich mit steigendem Vermögen auch die Möglichkeiten
verbessern ein höheres Einkommen zu erzielen, erhöht das
gegenwärtige Steuersystem die Spannung zwischen arm und
reich mit zunehmender Geschwindigkeit.

155 Mit der hier beantragten Kombination aus vier Elementen,
besteht die große Möglichkeit unsere Gesellschaft wieder
stärker zusammenzuführen und die Arbeitsrichtung
Gerechtigkeit wieder aufzunehmen:

- 160
- Senkung der Einkommensteuer bei Einkommen bis
etwa zum doppelten Durchschnittseinkommen,
 - Anhebung der Einkommensteuer oberhalb des etwa
dreifachen Durchschnittseinkommens
 - 165 • Erbschaftsteuer als Steuer auf die Vermögensmehrung
des Erben durch leistungslosen Zufluss
 - Progressive Besteuerung der Kapitalerträge

170 Die Ehegatten bzw. Lebenspartnerbesteuerung und der
Familienleistungsausgleich müssen an die gesellschaftliche
Realität angepasst werden. Dabei müssen wir sicherstellen, dass
die bestehenden Ehen/Lebenspartnerschaften nicht schlechter
gestellt werden. Den Familienleistungsausgleich müssen wir so
ausgestalten, dass alle Familien unabhängig von ihrem
175 Familienstand einbezogen und Eltern mit geringen Einkommen
stärker gefördert werden.

Und schließlich ist klar: Steuerbetrug ist ein strafrechtliches
Vergehen, kriminell. Steuergerechtigkeit geht alle an, denn
180 Steuergestalter und Steuerhinterzieher betrügen alle anderen in
unserer Gesellschaft, die sich für die Gemeinschaftsaufgaben
dann entsprechend stärker anstrengen müssen. Deshalb arbeitet
die SPD konsequent an der Verfolgung von Steuerbetrügern und
kümmert sich besonders um „Normalverdiener“ und faire
185 Steuerzahler als das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer **Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer**

Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer

Annahme

5 Der Bundestag hat am 24. Juni 2016 die Anpassung der Erbschaft- und Schenkungsteuer an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschlossen. Das Gesetz muss jedoch nachverhandelt werden, weil der Bundesrat am 8. Juli 2016 die Reform der Erbschaftsteuer vorläufig gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Das ist verständlich, denn CSU und CDU haben in allerletzter Sekunde noch
10 steuerliche Sonderbehandlungen erzwungen, die das Gesetz erneut an die Grenze der Verfassungswidrigkeit schieben.

15 Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz birgt deshalb erhebliche verfassungsrechtliche Risiken, weil die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur halbherzig umgesetzt wurde. Die Mandatsträger der SPD werden daher aufgefordert, im Vermittlungsverfahren die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Beseitigung von
20 Ungleichbehandlungen der Steuerbefreiungen strikt einzuhalten. Dabei sollte die SPD aber nicht stehen bleiben. Die Reform muss wegen des Sozialstaatsprinzips auch die Ziele Chancengleichheit und sozialer Teilhabegerechtigkeit verfolgen, auch wenn diese Ziele nicht in einem Schritt erreichbar sind. Das bedeutet:

- 25
- Die Erbschaftsteuer muss auch der Herstellung sozialer Chancengleichheit dienen.
 - Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken.
 - 30 • Reichtum darf sich nicht in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumulieren und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwachsen.
 - Die Konzentration des Vermögens der Superreichen darf nicht weiter steigen.
 - 35 • Abgesehen von Freibeträgen für kleine und mittlere Erbschaften, ist die Verschonung von Steuern nur mit

40 dem Erhalt von Arbeitsplätzen, dem Gemeinwohl und
der Verwirklichung des Sozialstaates zu rechtfertigen.

Begründung:

45 **1. Rechtstatsachen**

Zur Höhe des in Deutschland jährlich geerbten und
geschenkten Vermögens gibt es – leider – keine verlässlichen
Statistiken.

50 Nach den Schätzungen des Deutschen Instituts für
Wirtschaftsforschung (**DIW**) werden **jährlich 200 bis 300
Milliarden € vererbt oder verschenkt**. Etwa die Hälfte der
Transfers liegt unter 50.000 €. Transfers über 500.000 €
55 erhalten 1,5 % der Begünstigten, auf die ein Drittel des
gesamten Übertragungsvolumens entfällt. Die 0,08 % der Fälle
mit Transfers über 5 Millionen € erhalten 14 % des
Übertragungsvolumens und gut die Hälfte der
Unternehmensübertragungen, die allerdings bei der
60 Erbschaftsteuer weitgehend **steuerfrei** bleiben.

Nach dem **Statistischen Bundesamt** (Pressemitteilung vom
7.10.2015) erhöhte sich das geerbte und geschenkte Vermögen
Im Jahr 2014 um 54,6 % gegenüber dem Vorjahr auf **108,8
65 Milliarden €**.

Die von den Finanzverwaltungen veranlagten
Vermögensübertragungen aus Erbschaften und
Vermächtnissen beliefen sich auf 38,3 Milliarden € und aus
70 Schenkungen auf 70,5 Milliarden €. Die Vermögensübergänge
mit einem Wert von mehr als 20 Millionen € stiegen auf 51,1
Milliarden €. Diese **Großerwerbe** erreichten einen Anteil von
47,0% am insgesamt geerbten und geschenkten Vermögen.
Insgesamt war das **Betriebsvermögen** mit 44,5 % die
75 wertmäßig größte übertragene Vermögensart. Auch bei den
Schenkungen entfiel darauf der höchste Anteil (62,7 %). Die
Übergänge von Unternehmensvermögen beliefen sich
insgesamt auf 48,5 Milliarden € brutto und bei Schenkungen
auf 44,2 Milliarden € brutto.

80 Aufgrund von Freibeträgen und den umfangreichen
Steuerbefreiungen nach § 13a Erbschaftsteuer- und
Schenkungsteuergesetz (ErbStG), die auf Betriebsvermögen,
land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Anteile an
85 Kapitalgesellschaften gewährt werden, betrug der Wert der
steuerpflichtigen Vermögensübergänge nur **33,8 Milliarden
€**. Die hierfür festgesetzte **Steuer** stieg im Jahr 2014 um 15,1
% auf rund **5,4 Milliarden €**, davon waren 4,3 Milliarden €
Erbschaft- und 1,1 Milliarden € Schenkungsteuer. Anteilmäßig
90 mussten damit 11,3 % des geerbten und 1,6 % des geschenkten
Vermögens als Steuern gezahlt werden.

Für den Bereich der Erbschaftsteuer besitzt der Bund die **Gesetzgebungskompetenz**. Das **Aufkommen** aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer steht allerdings nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 2 GG den **Ländern** zu.

2. Urteil des BVerfG vom 17.12.2014

Weil diese Steuerbefreiungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer ungerecht sind, hat das Bundesverfassungsgericht die gesetzlichen Regelungen wegen des Verstoßes gegen den Gleichheitssatz für verfassungswidrig erklärt. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat auf Vorlage des Bundesfinanzhofs mit Grundsatzurteil vom 17. Dezember 2014 – 1 BvL 21/12 – einstimmig entschieden, dass die Verschonung von Erbschaftsteuer beim Übergang betrieblichen Vermögens in §§ 13a und 13b ErbStG angesichts ihres Ausmaßes und der eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar ist.

Deswegen hat er den Gesetzgeber verpflichtet, eine Neuregelung spätestens bis zum 30. Juni 2016 zu treffen. Die Frist hat der Gesetzgeber indes nicht eingehalten, sodass unklar ist, was für Erb- und Schenkungsfälle gilt, die nach Ablauf der Frist eintreten werden.

Das Bundesverfassungsgericht ging dabei von folgenden Steuerdaten aus:

Das jährliche **Aufkommen** von Erbschaft- und Schenkungsteuer liegt seit Jahren nahezu **konstant** zwischen 4 und 5 Milliarden €. Es betrug im Jahr

2009 4,5 Milliarden €

2012 4,6 Milliarden €

Demgegenüber hat sich nach den vom Bundesministerium der Finanzen dem Bundesverfassungsgericht vorgelegten statistischen Auswertungen der **Steuerwert** des durch Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen übertragenen Vermögens in den Jahren von 2007 bis 2012 mehr als **verdoppelt**:

2007 33,7 Milliarden €

2008 35,3 Milliarden €

2009 37,5 Milliarden €

2010 40,7 Milliarden €

2011 54,0 Milliarden €

2012 74,2 Milliarden €

150 Durch die §§ 13a und 13b ErbStG wurden von diesen Steuerwerten nach den Angaben des Bundesministeriums der Finanzen **immer höhere Beträge steuerfrei** gestellt:

2009 3,4 Milliarden €

155 2010 7,2 Milliarden €

2011 20,0 Milliarden €

2012 40,2 Milliarden €

160 Diese statistischen Angaben beziehen sich allerdings nur auf die von den Finanzbehörden erfassten Fälle. So wurde im Jahre 2010 von insgesamt 858.768 Sterbefällen lediglich in 51.490 Sterbefällen eine Erbschaftsteuerveranlagung durchgeführt. Ein Verschonungsabschlag nach § 13a ErbStG, der den steuerpflichtigen Erwerb reduziert oder ganz auf null abgesenkt hat, wurde dabei in 2.440 Sterbefällen gewährt.

170 Das Bundesverfassungsgericht hat bei den Verschonungsregelungen der §§ 13a und 13b ErbStG einen **Verstoß gegen den Gleichheitssatz** des Art. 3 Abs. 1 GG festgestellt. Gleichheitsrechtlicher Ausgangspunkt im Steuerrecht ist der Grundsatz der **Lastengleichheit**. Die Steuerpflichtigen müssen dem Grundsatz nach durch ein Steuergesetz rechtlich und tatsächlich gleichmäßig belastet werden. Der Verfassungsverstoß liegt darin, dass diese Regelungen den Erwerb bestimmter Vermögensarten von der Erbschaft- und Schenkungsteuer verschonen und so in verschiedenerlei Hinsicht zu Ungleichbehandlungen führen. Das bewirkt eine **Besserstellung** der Erwerber unternehmerischen Vermögens gegenüber den Erwerbern sonstigen Vermögens, die zwar im Grundsatz mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, im Bereich des Übergangs **großer Unternehmensvermögen** aber der Korrektur bedarf.

185 Die durch die Verschonungsregelungen bewirkte **Ungleichbehandlung** zwischen Erwerbern betrieblichen und nichtbetrieblichen Vermögens ist – so das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich – **enorm**. Nach den vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegten Auswertungen der amtlichen Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik wurden von dem Steuerwert des in den Jahren 2009 bis 2012 insgesamt unentgeltlich übertragenen Vermögens **mehr als ein Drittel** über §§ 13a und 13b ErbStG von der Erbschaft- und Schenkungsteuer **befreit**. Und: Das Maß der Ungleichbehandlung ist umso größer, je umfangreicher der steuerbefreite Erwerb ist. Da die §§ 13a und 13b ErbStG keine Obergrenze in Bezug auf das begünstigungsfähige Vermögen vorsehen, können bei

200 Einhaltung der Verschonungsbedingungen auch **Betriebe mit**
Unternehmenswerten von mehreren Hundertmillionen oder
auch mehreren **Milliarden Euro erbschaft- und**
schenkungsteuerfrei übertragen werden.

205 Dazu trägt die verbreitete Praxis bei, dass Steuerpflichtige
steuermindernde **Gestaltungen** wählen, durch die
Steuererleichterungen in Anspruch genommen, oder in
entsprechender Weise Steuerbelastungen vermieden werden,
ohne dass solche Gestaltungen schon einen Missbrauch im
210 Sinne von § 42 AO darstellen müssen. Dazu sagt das
Bundesverfassungsgericht: Steuergesetze, die entgegen ihrer
Zwecksetzung steuermindernde **Gestaltungen** in erheblichem
Umfang **zulassen**, können von Anfang an **verfassungswidrig**
sein. Dies gilt erst recht, soweit § 13a Abs. 1 Satz 4 ErbStG
Gestaltungen zulässt, welche die unentgeltliche Übertragung
215 von Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ohne Einhaltung
der Lohnsummenvorschrift ermöglichen.

Der Bundesfinanzhof hatte in seinem Vorlagebeschluss
beanstandet, dass das Gesetz Gestaltungen offen stehe, die es
220 in vielen Fällen ermöglichen, den Verschonungsabschlag auch
bei Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten zu erhalten, ohne
dass es für sie auf die Entwicklung der Lohnsummen und damit
auch nicht auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen in dem
Zeitraum nach dem Erwerb ankomme. Er führte dazu als
225 **Gestaltungsbeispiel** an, dass ein Betrieb mit mehr als 20
Beschäftigten vor der Verwirklichung des Steuertatbestands
bei gleichen Beteiligungsverhältnissen in eine
Besitzgesellschaft mit nicht mehr als 20 Beschäftigten, bei der
das Betriebsvermögen konzentriert wird, und in eine
230 **Betriebsgesellschaft**, deren Betriebsvermögen nach
Berücksichtigung der Verbindlichkeiten keinen oder einen nur
sehr geringen Steuerwert hat und die eine beliebige Zahl von
Beschäftigten haben kann, aufgespalten wird. Die
Anforderungen an die Entwicklung der Lohnsumme spielten
235 dann bei der Besitzgesellschaft keine Rolle.

Gerade auch die Möglichkeit solcher Betriebsaufspaltungen
hat das Bundesverfassungsgericht beanstandet: §§ 13a und 13b
ErbStG sind nicht mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, soweit sie
240 zu nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen führende
steuerliche Gestaltungen zulassen, nämlich die **exzessive**
Ausnutzung der Befreiung von der Lohnsummenpflicht
durch die Aufspaltung in Besitz- und Betriebsgesellschaft.

245 Daher kann ein verfassungsgemäßer Zustand nur durch eine
umfassende Nachbesserung oder grundsätzliche
Neukonzeption der Gesamtverschonungsregelung
herbeigeführt werden.

250 Die – überfällige – Reform der Erbschaft- und
Schenkungsteuer muss die Vorgaben des

Bundesverfassungsgerichts strikt und ohne Einschränkungen umsetzen. Das neue Recht muss deshalb den **Gleichheitssatz** mit Leben ausfüllen und das heißt insbesondere:

255

Große Vermögen (damit sind vor allem die vom Bundesverfassungsgericht genannten Betriebe mit Unternehmenswerten von mehreren Hundertmillionen oder auch mehreren Milliarden Euro gemeint) dürfen nicht nur – wie bisher – privilegiert werden. Vielmehr muss gerade bei solchen Vermögen der Grundsatz der **Lastengleichheit** im Gesetz erkennbar zum Ausdruck kommen.

260

Bei der Beachtung des Gleichheitssatzes darf der Gesetzgeber aber nicht stehen bleiben. Nicht nur die vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Ungleichbehandlungen sind zu beseitigen. Zusätzlich muss das **Sozialstaatsprinzip** leitender Gedanke bei der Gesetzesreform sein.

265

270

Das haben vor allem die Senatsmitglieder Gaier, Masing und Baer in ihrer – leider zu wenig beachteten – abweichenden Meinung eindringlich angemahnt. Sie stimmen der Entscheidung zu, sind aber der Ansicht, dass zu ihrer Begründung ein weiteres Element gehört: Das Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG.

275

3. Sozialstaatsprinzip beachten

280

Das begründen diese Verfassungsrichter wie folgt überzeugend:

Erst die Beurteilung der mit den angegriffenen Vorschriften bewirkten Ungleichbehandlungen im Lichte des Sozialstaatsprinzips sichert die Entscheidung weiter ab und macht ihre **Gerechtigkeitsdimension** voll sichtbar.

285

Die Erbschaftsteuer ist ein **Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit**, die sich in einer freien Ordnung nicht von selbst herstellt. Die freie Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik beruht auf der für den modernen Staat selbstverständlichen Annahme der rechtlichen Freiheit und Gleichheit aller Bürger. Mit dieser durch die Verfassung gewährleisteten Grundlegung des Gemeinwesens in der Freiheit und Besonderheit des Einzelnen werden gesellschaftliche Ordnungsbildung und Entwicklung weitgehend dem freien Spiel der Konkurrenz und sich hierbei bildender Unterscheidungen überlassen. Die rechtliche Gleichheit verbunden mit der individuellen Handlungs- und Erwerbsfreiheit und der Garantie des Eigentums entbindet eine weitreichende Dynamik und führt unweigerlich zur **Entstehung materieller Ungleichheit unter den Bürgern**.

290

295

300

305 Dies ist gewollt und elementarer Inhalt einer freiheitlichen
Rechtsordnung.

Insoweit bedarf es aber eines Ausgleichs. Dies gilt
insbesondere für die Eigentumsordnung, denn im **Eigentum**
310 gerinnt die Ungleichheit der freigesetzten Gesellschaft zur
Materie und wird **Ausgangspunkt neuer Ungleichheiten**.

Das Grundgesetz hat mit seiner Verpflichtung aller öffentlicher
Gewalt auf das **Sozialstaatsprinzip** die Ausrichtung auf
315 soziale Gerechtigkeit zu einem leitenden Prinzip aller
staatlichen Maßnahmen erhoben. Die **Erbschaftsteuer** dient
deshalb nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern
ist **zugleich ein Instrument des Sozialstaats**, um zu
verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen
320 **in den Händen weniger kumuliert** und allein aufgrund von
Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig
anwächst. Dass hier auch in Blick auf die gesellschaftliche
Wirklichkeit eine Herausforderung liegt, zeigt die Entwicklung
der tatsächlichen Vermögensverteilung.

325 Gerade die **Konzentration des Vermögens** im obersten Dezil
ist im vergangenen Jahrzehnt stark **gestiegen**, wobei das wahre
Ausmaß an Ungleichheit bei der Verteilung des Vermögens
auch mit diesen Zahlen noch nicht voll erfasst ist, weil die
330 Haushalte mit dem besonders großen Vermögen mangels von
den Betroffenen zu erlangender Zahlen nicht berücksichtigt
werden konnten Demgegenüber verfügten rund **28 %** der
erwachsenen Bevölkerung im Jahr 2012 über **kein**
beziehungsweise ein negatives **Vermögen**, wobei dieser Anteil
335 seit dem Jahr 2002 ebenfalls signifikant angestiegen ist. Der
für die Vermögensverteilung international herangezogene
Gini-Koeffizient ist entsprechend von 0,62 im Jahr 1993 auf
0,78 im Jahr 2012 gestiegen, sodass **Deutschland** gegenwärtig
innerhalb der Eurozone den **höchsten Grad an Ungleichheit**
340 bei der Verteilung des Vermögens aufweist. Als Ursache für
die wachsende Ungleichheit lässt sich nach der
volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausmachen, dass
gerade die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und
Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten
345 überdurchschnittlich gestiegen sind.

Die Erbschaftsteuer bestimmt und beschränkt in Blick hierauf
den Inhalt des in Art. 14 Abs. 1 GG garantierten Erbrechts. Sie
wirkt damit der Gefahr entgegen, dass durch eine zunehmende
350 Ungleichverteilung von Mitteln die Chancen auf
gesellschaftliche wie politische Teilhabe auseinanderdriften
und sich so letztlich Einfluss und Macht zunehmend
unabhängig von individueller Leistung verfestigen und an
Herkunft gebunden sind. Mit diesem Zweck ist die
355 **Erbschaftsteuer ein Instrument**, mit dem der Staat
ungleichen Lebenschancen entgegenwirkt. Der mit ihr ins
Werk gesetzte Ausgleich trägt dazu bei, dass persönliche

Freiheitswahrnehmung und Fähigkeiten nicht nur abstrakt, sondern real die Grundlage unserer Ordnung bleiben und sich so Freiheit und Gleichheit auch in der Lebenswirklichkeit verbinden.

Die Schaffung eines Ausgleichs sich sonst verfestigender Ungleichheiten liegt in der Verantwortung der Politik – nicht aber in ihrem Belieben. Mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG nimmt das Grundgesetz den **Gesetzgeber in die Pflicht**, für einen **Ausgleich der sozialen Gegensätze** und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. Dies wirkt sich auch auf die Anforderungen an deren Ausgestaltung aus. Begründet der Gesetzgeber durch Befreiungen, wie sie im vorliegenden Verfahren zu beurteilen sind, **Ungleichbehandlungen**, unterliegen diese einer umso größeren **Rechtfertigungslast**, je mehr sie geeignet sind, soziale Ungleichheiten zu verfestigen.

Dabei belässt die Verfassung dem Gesetzgeber dabei freilich einen weiten Spielraum. Der Gesetzgeber ist insoweit aber auch aufgrund seiner Bindung an Art. 20 Abs. 1 GG nicht nur berechtigt, Ererbtes und Schenkungen steuerlich zu belasten, sondern auch besonderen Rechtfertigungsanforderungen unterworfen, je mehr von dieser Belastung jene ausgenommen werden, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen leistungsfähiger sind als andere.

Die vom Senat entwickelten Rechtfertigungsanforderungen des Art. 3 Abs. 1 GG für die privilegierende Befreiung von unternehmerischen Vermögen von der Erbschaftsteuer erhalten hierdurch eine weitere verfassungsrechtliche Grundierung. So hat es auch eine sozialstaatliche Dimension, wenn Verschonungsregeln **so gestaltet sein müssen, dass** mit ihrer Hilfe nicht zugleich auch im großen Umfang nicht unternehmerisches Privatvermögen der **Erbschaftsteuer entzogen** werden kann oder durch Gestaltungsmöglichkeiten die gemeinnützigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ziele der Befreiungen umgangen werden können.

Eine solche sozialstaatliche Dimension hat vor allem aber auch der zunehmende Rechtfertigungsbedarf in Abhängigkeit von dem Maß der Ungleichbehandlung und damit dem Umfang des verschonten Vermögens. **Werden gerade diejenigen verschont, die als erfolgreiche Unternehmer über die größten Vermögen** und damit auch über erheblichen Einfluss auf das Gemeinwesen verfügen, und wird gerade ihnen ermöglicht, dieses Vermögen unter Befreiung der sonst nach Leistungsfähigkeit auferlegten Lasten an Dritte, insbesondere an Familienmitglieder, weiterzureichen, ohne dass diese hierfür eigene Leistung oder Fähigkeiten eingebracht hätten, verfestigt und **verstärkt** dies die ökonomische **Ungleichheit**.

Zwar können auch bei dem Erwerb sehr großer und größter Vermögen Steuerbefreiungen gerechtfertigt sein. Dies verlangt aber, dass die **Verschonung** im Einzelfall **zur Erhaltung von Arbeitsplätzen** oder sonst zum gemeinen Wohl und damit zur Verwirklichung des Sozialstaates tatsächlich erforderlich ist. **Nur dann** ist die durch sie begründete Ungleichbehandlung gerechtfertigt. Das **Sozialstaatsprinzip strahlt so in den Gleichheitssatz** hinein.

Antragsbereich SF/ Antrag 3

Kennnummer 8406
Ortsverein Asperg
(Kreisverband Ludwigsburg)

Empfänger:
SPD-Parteivorstand

Steuer- und Sozialversicherung

Steuer- und Sozialversicherung

Der Landesparteitag möge nachfolgende Punkte beschließen zur Weiterleitung an die Programmkommission für die Bundestagswahl 2017: Empfehlung erfolgt mündlich.

5 Die SPD hat in der Großen Koalition seit 2013 den Mindestlohn und weitere Neuerungen zur Entlastung der Arbeitnehmer durchgesetzt. Dies wird in der Außenwirkung allerdings nicht positiv wahrgenommen. Dies liegt unserer Ansicht daran, daß flankierende Maßnahmen bis dato fehlen.

10 Diese wären:

Anhebung des Steuerfreibetrages für Ledige auf mindestens € 15.000 und für Verheiratete auf € 30.000

15 Senkung des Eingangsteuersatzes von heute 14 % auf 2 - 3 %

20 Einbeziehung aller Einkünfte in das Sozialversicherungssystem und für nicht aktive Einkünfte (Vermietung, Kapitalvermögen) keine Beitragsbemessungsgrenze. Außerdem fordern wir, daß Beschäftigte, die sich im Rahmen der neuen Steuerfreigrenzen bewegen (€ 15.000/€30.000, s.o.) auch verringerte Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

25 Diese Maßnahmen müssen gegenfinanziert werden. Hierzu fordern wir:

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 %

30

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer

Die Besteuerung der Kapitaleinkünfte mit dem individuellen Steuersatz und nicht wie bisher mit 25% pauschal

35

Eine Erbschaftsteuerreform, die diesen Namen auch verdient. Insbesondere bei großen Firmenvermögen sollte Erbschaftsteuer anfallen

40

Einführung einer Konzernsteuer. Kleine Handwerksbetriebe, die als GmbH organisiert sind, zahlen ebenso 15 % Körperschaftsteuer auf ihre Gewinne wie Konzerne mit Millionen- und Milliarden Gewinnen. Daher fordern wir eine Körperschaftsteuer für Konzerngewinne über 5mio € von 20%

45

und über 50 mio € von 30 %

*Antragsbereich SF/ **Antrag 4***

Kenntnummer 8413

Kreisverband Heidelberg

Empfänger:

Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Erbschaftsteuer

Erbschaftsteuer

Wir sind unzufrieden mit der (Nicht-)Behandlung unserer Empfehlung erfolgt mündlich. Anträge zur Erbschaftssteuer und erwarten, dass der Parteitag vom Landesvorstand inhaltlich damit befasst wird. Das Thema ist ein wichtiges Element im Profilbildungsprozess.

5

Nachfolgend der bereits eingereichte Antrag:

A Die SPD setzt sich für eine Reform der Erbschaftssteuer in 2 Stufen ein.

10

1. In einer ersten Stufe ist mit der Koalition bis 30.6.2016 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, das das von der großen Koalition 2008 verabschiedete Gesetz in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt hat. Die einschlägige Passage des Koalitionsvertrages („Die Erbschaftsteuer ermöglicht in ihrer jetzigen Ausgestaltung den Generationswechsel in den Unternehmen und schützt Arbeitsplätze.“ S.67) ist mit dem Urteil hinfällig.

15

20

a. Die §§ 13 bis 13c zu den Steuerbefreiungen und die privilegierte Steuerklassenzuordnung sind kritisch zu überprüfen und in Anzahl und Umfang zu reduzieren.

b. Insbesondere ist das sog. Verwaltungsvermögen von Begünstigungen auszuschließen ebenso wie die pauschale Begünstigung von Betrieben aufgrund der Beschäftigtenzahl.

c. Zur Umsetzung einer im Koalitionsvertrag festgelegten „mittelstandsfreundlich ausgestalteten Erbschafts- und Schenkungsteuer, die einen steuerlichen Ausnahmetatbestand bei Erhalt von Arbeitsplätzen vorsieht“, (S. 19) ist anstelle einer Verschonung eine verzinsliche Regelstundung nach Bedarfsprüfung einzuführen.

Der jetzt vorliegende Kabinettsentwurf erfüllt diese Forderungen nicht. Vielmehr ist er noch anfälliger für manipulative Gestaltungen als bisher. Unsere Bundestagsabgeordneten sind aufgefordert, diesem Entwurf nicht zuzustimmen.

2. Diese Maßnahmen reichen nicht aus, den Beschluss des Parteitags 2011 umzusetzen: „Die Erbschaftssteuer in Deutschland muss reformiert werden. Es kann nicht sein, dass große Vermögen von Generation zu Generation weitergegeben werden ohne dass in bedeutendem Maße Steuern gezahlt werden. Die vielen Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer müssen beseitigt werden.“ (Beschlussbuch BPT 2011, S. 258). In Vorbereitung des nächsten Parteitages soll deshalb als nächste Stufe eine Gesetzesinitiative ausgearbeitet werden, die folgende Leitlinien beachtet:

a. Die Privilegierung des Betriebsvermögens endet. Stattdessen ist mit geeigneten Trägern ein Programm zur Finanzierung der mittelständischen Unternehmensnachfolge aufzulegen und bei Erhalt der Arbeitsplätze die verzinsliche Stundung zu vereinfachen.

b. Anstelle der 10-Jahresregelung der Schenkungssteuer und der bisherigen Eingangsstaffelung ist ein lebenslanger persönlicher Freibetrag von 1 Million Euro und ein Steuersatz von 40 – 60 % je nach Steuerklasse vorzusehen. Das Ziel ist ein substanzieller Beitrag vererbten Vermögens zur Finanzierung unseres Sozialstaates.

c. Die Begünstigung gemeinnütziger Stiftungen wird weiter bejaht, sie ist aber insbesondere bzgl. der Transparenz und der zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Kontrolle der Tätigkeit zu optimieren.

B: Der Parteivorstand wird um die Durchführung einer öffentlichen Tagung mit Experten und unter breiter

Beteiligung der Partei zur Vorbereitung Beschlussfassung des
Parteitags zur Reform der Erbschaftssteuer gebeten

Begründung:

80

1. Die Frage des Erbrechts und die Beteiligung der
Allgemeinheit und insbesondere des Staates am Erbe war und
ist für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft von
großer Bedeutung.

85

2. Für die Vorkämpfer der Demokratisierung und
Modernisierung der Gesellschaft in der bürgerlichen
Revolution war die Beendigung von Vererbung als der Weg
der Übertragungen von Macht und gesellschaftlicher Stellung
ein zentrales Anliegen.

90

3. Die Zuweisung einer gehobenen gesellschaftlichen Stellung,
die sich nicht aus der eigenen Leistung rechtfertigt, ist mit dem
Prinzip der Gerechtigkeit und zwar sowohl der
Leistungsgerechtigkeit wie der Chancengleichheit nicht zu
vereinbaren.

95

4. Die Zuschreibung von Vermögen und ökonomischer Macht
aufgrund von Geburt, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit
oder Nationalität ist mit den Prinzipien einer demokratischen
Gesellschaft nicht verträglich.

100

5. Die Sozialdemokratie verurteilt nicht unterschiedliche
Lebensverhältnisse und ist weit entfernt von jeder
Gleichmacherei. Die Verteilung von Wohlstand und sozialem
Status muss aber auf den tatsächlichen Beiträgen zur
gesellschaftlichen Wohlfahrt, auf der tatsächlichen Leistung
beruhen. Nicht zu akzeptieren ist die Verewigung sozialer
Privilegien nach dynastischen Prinzipien.

105

110

6. Wir, die Demokraten und Modernisierer, haben im Bereich
des Erbrechts in der Vergangenheit einiges erreicht, was
notwendig war, um die Gesellschaft zu modernisieren und zu
demokratisieren:

115

Gegen den Widerstand derjenigen, die das Zusammenhalten
insbesondere des Vermögens an Ländereien in einer Hand als
wesentlich zur Sicherung einer funktionierenden Ökonomie
proklamierten, haben wir das Erstgeburtsrecht und mit der
Revolution 1918 die Fideikommiss abgeschafft. Es war dies
ein entscheidender Schritt, die wirtschaftliche und politische
Macht der Feudalgesellschaft zu brechen. Auf der gleichen
Linie liegt die Durchsetzung der Gleichstellung aller
Geschwister im Erbe und die Stärkung der Position des
Ehepartners, ein Prozess dessen letzten Meilensteine erst in
unserer Zeit mit der Gleichstellung außerehelicher Kinder und

120

125

demnächst der gleichgeschlechtlichen Partner gesetzt worden sind bzw. werden.

7. Für die Verteidiger der Marktwirtschaft und des Privateigentums, für die liberalen Ökonomen in der Hochzeit der kapitalistischen Entwicklung war die Frage des Umgangs mit der Erbschaftsfrage im Hinblick auf die Durchsetzung von Leistungsprinzip und der Sicherung der Effizienz des Steuersystems von großer Bedeutung: die Erbschaftsbesteuerung ist unter diesen Aspekten weniger problematisch als zum Beispiel die Steuern auf Einkommen. Die Erbschaftssteuer setzt für sie das Leistungsprinzip durch. Der Zufall der Geburt ist keine sittlich gerechtfertigte Begründung für soziale Ungleichheit. Eine solche ist nur durch unterschiedliche Leistungen zu rechtfertigen, keinesfalls dadurch, in eine wohlhabende Familie geboren zu werden.

8. Die damals diskutierte Sicht des Erbes als Existenzsicherung für die Familie ist in einem modernen Sozialstaat nur noch eingeschränkt zu vertreten. Die von unserem Grundgesetz geschützte Familie ist nicht mehr die über Generationen miteinander verflochtene Sippe unseligen Angedenkens, sondern die Kleinfamilie, Eltern und ihre Kinder. Die Ausgestaltung der Erbschaftssteuer als Erbanfallsteuer und ihre Steuerklassen nach Verwandtschaftsgrad sind auf dies traditionellen Gedanken zurückzuführen

9. Die allermeisten der Funktionen der sozialen Sicherung, die in früheren Zeiten das über Generationen weitergegebene Familieneigentum erfüllte, sind heute vom Staat übernommen worden, der sich die dafür notwendigen finanziellen Mittel beschaffen muss. Dieser Überlegungen liegt die progressive Ausgestaltung der Erbschaftsteuer zu Grunde.

10. In der Ökonomie gibt es verschiedene Modelle zur Frage wie ungleiche Vermögensverteilung zu Stande kommt, wie an dieser Stelle nicht referiert werden können. Es geht jedenfalls schon gute Argumente für die Annahme, dass auch in der sozialen Marktwirtschaft unsere Wirtschaftsordnung sozusagen natürlich dazu neigt, eine zunehmende Ungleichheit in der Vermögensverteilung zu generieren. Aus diesem Grunde ist es notwendig, hier auf politischer Ebene entgegenzuwirken. Dies ist aus Gründen der Sicherung des sozialen Friedens, an dem vor allem die Vermögenden interessiert sein müssen, und dem daraus abgeleiteten Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, von Nöten. Bei der Analyse der dazu zur Verfügung stehenden Instrumente, erscheint die Erbschaftssteuer auch aus den zuvor aufgeführten Gründen als ein geeignetes Instrument.

11. Die im deutschen Erbschaftssteuerrecht vorgesehene Differenzierung nach Verwandtschaftsgrad wurde bereits angesprochen und erscheint auch für die politische Akzeptanz der Steuer als kaum veränderbar. Auch ist die Ausgestaltung

als Erbanfallsteuer im Sinne der Stärkung einer breit gestreuten Vermögensverteilung sinnvoll. Abzuschaffen sind die Zehn-Jahresfristen im Bereich der Schenkung, vor allem wenn das Pflichtteilsgebot umgegangen werden kann.

12. Am problematischsten ist die Differenzierung bei den Vermögensarten. Neben dem Grundvermögen ist hier insbesondere das Betriebsvermögen zu nennen. Nicht nur der Sachverständigenrat beim Bundeswirtschaftsministerium oder der Bundesfinanzhof, auch entsprechende empirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Privilegierung von Betriebsvermögen nicht geboten ist. Selbst die Umfrage, die das IFO-Institut im Auftrag der Stiftung Familien Unternehmen durchgeführt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass kaum die Hälfte der befragten Unternehmen diese Privilegierung zur Erhaltung der Arbeitsplätze als nötig betrachtet. Nicht nur der Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofs der das Bundesverfassungsgerichtsurteil ausgelöst hat, welches der Anlass zur aktuellen Diskussion ist, auch ein Blick in die zahlreichen Gestaltungshinweise von Steuerrechtlern zeigt, dass hier erheblicher Gestaltungsspielraum besteht, der in volkswirtschaftlich hoch ineffizienter Art und Weise genutzt wird. Jedenfalls darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, dass die Einbeziehung des Betriebsvermögens in die Bemessungsgrundlage der Erbschaftssteuer in größerem Umfang zu ökonomischen Schwierigkeiten führt. Vielmehr lassen Berichte aus dem aus der USA zum Umgang mit der Erbschaftssteuer erwarten, dass eigenkapitalstärkende Maßnahmen ergriffen werden, um die notwendigen Rücklagen für den Erbfall bereitzustellen.

13. Die hohen Erbschaftssteuern in den USA, die in Stufen - nach einer allgemeinen Freistellung von circa 4 Millionen- ab 5 Millionen bei über 40 % liegt, bietet einen wesentlichen Anreiz dafür, dass erfolgreiche Unternehmer ihr Vermögen in wohltätige Stiftungen, insbesondere auch zur Förderung der Wissenschaften einbringen, um auf diese Art und Weise die Verwendung des von ihnen erarbeiteten Vermögens noch zu beeinflussen. Ein solcher Anreiz fehlt in Deutschland offensichtlich, wenn man sich die deutlich geringere Bereitschaft gesellschaftlichen Engagements der deutschen besitzenden Klasse vor Augen führt.

14. Die Weitergabe ökonomischer Macht durch Erben ist für uns heutige Sozialdemokraten so unvereinbar mit dem Ideal der Gerechtigkeit und Gleichheit wie es die Weitergabe politischer Macht durch Erbe für die Generationen der Demokraten vor uns war.

Ad. A.1.

235 Zur Begründung sei zunächst das Bundesverfassungsgericht
zitiert, das in anerkannter Weise nicht im Verdacht eines
Klassenkampfes – jedenfalls von unten – steht:

240 „Der Bundesfinanzhof hält die §§ 13a und 13b ErbStG in
Verbindung mit der Tarifnorm des § 19 ErbStG wegen
Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs.
1 GG) für verfassungswidrig.

245 a) Die weitgehende oder vollständige steuerliche Verschonung
des Erwerbs von Betriebsvermögen, von land- und
forstwirtschaftlichem Vermögen und von Anteilen an
Kapitalgesellschaften stelle eine nicht durch ausreichende
Gemeinwohlgründe gerechtfertigte und damit
250 verfassungswidrige Überprivilegierung dar. Dass die
Erbschaftsteuer typischerweise die Betriebsfortführung
gefährde, könne nicht unterstellt werden. Es gehe weit über das
verfassungsrechtlich Gebotene und Zulässige hinaus,
Betriebsvermögen ohne Rücksicht auf den Wert des Erwerbs
255 und die Leistungsfähigkeit des Erwerbers freizustellen, und
zwar auch dann, wenn die für eine Erbschaftsteuerzahlung
erforderlichen liquiden Mittel vorhanden seien oder -
gegebenenfalls im Rahmen einer Stundung der Steuer - ohne
weiteres beschafft werden könnten.

260 Der Begünstigungsgrund „Arbeitsplatzerhalt“ erweise sich als
nicht tragfähig, weil weit mehr als 90 % aller Betriebe nicht
mehr als 20 Beschäftigte hätten und schon deshalb nicht unter
die „Arbeitsplatzklausel“ fielen. Auch bei Betrieben mit mehr
als 20 Beschäftigten lasse das Gesetz rechtliche Gestaltungen
265 zu, die es in vielen Fällen auf einfache Art und Weise
ermöglichten, dass es für die Steuerbefreiung im Ergebnis
nicht auf die Entwicklung der Lohnsummen und somit auf die
Erhaltung von Arbeitsplätzen in dem Zeitraum nach dem
Erwerb ankomme. Insbesondere könne ein Betrieb mit mehr
270 als 20 Beschäftigten vor seiner Übertragung so aufgespalten
werden, dass bei einer Besitzgesellschaft mit weniger als 20
Beschäftigten das Betriebsvermögen konzentriert werde und
eine Betriebsgesellschaft mit geringem Betriebsvermögen die
weiteren Beschäftigten - in beliebiger Anzahl - übernehme.

275 b) §§ 13a und 13b ErbStG wiesen ferner einen
verfassungswidrigen Begünstigungsüberhang auf. Die
Bestimmungen hinsichtlich des Verwaltungsvermögens seien
nicht geeignet, um risikobehaftetes und deshalb zu
280 begünstigendes Betriebsvermögen von weitgehend
risikolosem und daher nicht begünstigungswürdigem
Betriebsvermögen abzugrenzen, und widersprächen auch dem
Folgerichtigkeitsgebot. Insbesondere unterliege es weitgehend
der Dispositionsfreiheit des Erblassers oder Schenkers, private
285 Vermögensgegenstände durch rechtliche Gestaltungen zu
steuerbegünstigtem Betriebsvermögen zu machen. Es sei etwa
gängige Gestaltungspraxis, Gegenstände, die ihrer Natur nach

im Rahmen der privaten Vermögensverwaltung gehalten
würden, auf eine Kapitalgesellschaft oder eine gewerblich
geprägte Personengesellschaft zu übertragen. Ferner gehörten
nach der Gesetzesfassung im Jahr 2009 Geldforderungen wie
etwa Sichteinlagen, Sparanlagen und Festgeldkonten bei
Kreditinstituten nicht zum Verwaltungsvermögen, sodass -
nach damaliger Rechtslage - ein Anteil an einer GmbH oder
GmbH & Co. KG, deren Vermögen ausschließlich aus solchen
Forderungen bestehe („Cash- Gesellschaften“),
erbschaftsteuerfrei übertragen werden könne.“...BVerfG
Presserklärung 53/2014

„Mit dem am 17.12.2014 verkündetem Urteil hat der Erste
Senat des Bundesverfassungsgerichts §§ 13a und 13b und § 19
Abs. 1 des Erbschaftsteuer und Schenkungsteuergesetzes
(ErbStG) für verfassungswidrig erklärt. Die Vorschriften sind
zunächst weiter anwendbar; der Gesetzgeber muss bis 30. Juni
2016 eine Neuregelung treffen.“ BVerfG Presserklärung
116/2014

Ad A. 2

Zunächst noch einmal das Bundesverfassungsgericht
(Presserklärung 116/2014): „Die Entscheidung ist im Ergebnis
und in der Begründung einstimmig ergangen; davon unberührt
bleibt das von den Richtern Gaier und Masing sowie der
Richterin Baer abgegebene Sondervotum: „...Verwies schon
Böckenförde in seinem Sondervotum zur Vermögensteuer für
das Jahr 1993 darauf, dass 18,4 % der privaten Haushalte über
60 % des gesamten Nettogeldvermögens verfügten, lag dieser
Anteil bereits im Jahr 2007 in den Händen von nur noch 10 %.
Die Schaffung eines Ausgleichs sich sonst verfestigender
Ungleichheiten liegt in der Verantwortung der Politik nicht
aber in ihrem Belieben....“

Kennnummer 8456
Kreisverband Karlsruhe Stadt
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen	Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen
---	---

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Kapitaleinkommensteuersätze so anzupassen, dass Einkommen aus Kapital und Arbeit gleich besteuert werden und so die Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen beseitigt wird. Annahme

Begründung:

10 Viele EU- und OECD-Länder sehen eine ermäßigte Besteuerung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen vor. OECD, IWF und Europäische Kommission haben in jüngster Vergangenheit auf die sinkende generelle Progressivität der Steuersysteme bei gleichzeitig steigender Einkommens- und Vermögensungleichheit
15 hingewiesen (1, 2, 3). Seit den 1980er Jahre wurden in vielen OECD- und 12 EU-Ländern Vermögen und hohe Einkommen steuerlich entlastet. So ging etwa zwischen 1998 und 2014 der Einkommensteuerspitzensatz im EU-Durchschnitt von fast 46% auf 40% zurück. Durch eine Dualisierung der
20 Einkommensteuersysteme wird heute in den meisten EU-Ländern auf die gesamten oder einen Teil der Kapitaleinkünfte ein einheitlicher Steuersatz erhoben, während Einkünfte aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit weiterhin einem progressiven Steuertarif unterliegen. So wurde in Deutschland
25 zwischen 1998 und 2014 der Spitzensteuersatz von 55,9% auf 47,5%, der Körperschaftsteuersatz von 56,5% auf 30,95% gesenkt. Die Steuersätze auf Zins- und Dividendeneinkünfte (ohne Körperschaftsteuervorbelastung) betragen 2014 mit 26,38% weniger als die Hälfte des Niveaus von 1998 (55,9%),
30 mit der Einführung der Abgeltungssteuer wurden sie aus der progressiven Besteuerung herausgenommen. Eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen beendet die Schlechterstellung von Arbeitseinkommen, die insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen, die häufig keine
35 Kapitaleinkünfte haben, benachteiligt. Darüber hinaus kann dadurch die Umverteilungswirkung durch Besteuerung verstärkt werden, ohne die Gefahr einer Substanzbesteuerung oder Bewertungsproblemen wie bei einer Vermögenssteuer. Außerdem öffnet eine höhere Besteuerung von

- 40 Kapitaleinkommen auch Spielräume für eine Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen in den unteren Einkommensbereichen. Zudem ist aufgrund der starken Konzentration der Kapitaleinkommen das Umverteilungspotential einer Einkommensteuer, die
- 45 ausschließlich Arbeitseinkommen progressiv besteuert, Kapitaleinkommen jedoch nicht, begrenzt. Hinzu kommt, dass Arbeits- und Kapitaleinkommen in den oberen Einkommensbereichen oft schwer voneinander abzugrenzen sind bzw. durch Steuergestaltung umdeklariert werden können.
- 50 Der Anreiz zur Umdeklaration würde durch eine gleiche Besteuerung von Einkünften aus Kapital und Arbeit beseitigt.

Antragsbereich SF/Antrag 6

*Kennnummer 8384
Kreisverband Rhein-Neckar
Empfänger:
Bundesparteitag*

Soziales Profil der SPD wiederbeleben

Soziales Profil der SPD wiederbeleben

- Wir müssen das soziale Profil der SPD wiederbeleben. Dazu ist ein Schulterschluss mit den DGB-Gewerkschaften notwendig. Wir fordern eine gerechte Erbschaftssteuer, damit die großen Vermögen stärker herangezogen werden. Die Abgeltungssteuer ist auf das Niveau der individuellen Einkommenssteuer zu heben. Wir fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- 5
- Empfehlung erfolgt mündlich.

Öffentlich-private Partnerschaften

Öffentlich-private Partnerschaften

Wir fordern die Adressaten im Interesse künftiger Generationen auf, sich dafür einzusetzen, dass bei allen Öffentlich-Privaten-Partnerschaften, die zur Verbesserung der Infrastruktur eingegangen werden, die Zinszahlungen stets unterhalb der Rendite für Staatsanleihen vergleichbarer Laufzeit liegen.

1. Absatz: Erledigt durch Beschlusslage.

Der Vorschlag des Sachverständigenrats, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur von der Schuldenbremse auszunehmen, soll umgesetzt werden.

2. Absatz: Annahme.

Begründung:

Renditeforderungen der privaten Investoren die deutlich oberhalb der Verzinsung von Staatsanleihen liegen sind nicht, wie oft dargestellt eine Win-win-Situation, sondern ein Geschäft zu Lasten Dritter, den Steuerzahlern und zukünftiger Generationen.

Seit einiger Zeit bemängelt der Bundesrechnungshof bereits die überteuerte Variante des Einsatzes von privatem Kapital bei öffentlichen Investitionen. Durch die Streckung der Schulden über viele Jahre wird auch über viele Jahre vereinbarter Zins bezahlt, der dem von Fonds, Versicherungen etc. bereitgestellten Kapital eine höhere Rendite als der übrige Kapitalmarkt bietet. Oft müssen die Laufzeiten gar auf 50 Jahre gestreckt werden, um die bereits entstandenen Schäden zu finanzieren.

Die von Margaret Thatcher in England eingeführte Private Partnerschaft oder gar die Privatisierung öffentlichen Eigentums ist fast überall schief gegangen. Traurigstes Beispiel ist dabei die englische Bahn, die jetzt sukzessive vom Steuerzahler zurückgekauft werden muss. Englische Untersuchungen (David Hall, Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik) zeigen auch bei uns, dass der unterfinanzierte Staat über die Steuerzahler immer wieder als Garant für private Profite zur Verfügung stehen soll.

Arbeit und Soziales

Antragsbereich AS/ **Antrag 1**

Kennnummer 8408

AfA Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Hände weg vom Bildungszeitgesetz

Hände weg vom Bildungszeitgesetz

Hände weg vom Bildungszeitgesetz!

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

5 Die SPD-Landtagsfraktion versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, das Bildungszeitgesetz, das Grün-Rot erst in 2015 eingeführt und 2016 incl. Ehrenamt erweitert hat, in seiner jetzigen Form zu erhalten.

Die SPD Baden-Württemberg lehnt Änderungen des Bildungszeitgesetzes entschieden ab. Das Bildungszeitgesetz wurde 2015 von der grün-roten

10 Das bei Beginn der Debatte vom DGB Baden-Württemberg initiierte Bündnis wird aktiv unterstützt.

Landesregierung eingeführt und beinhaltet auch Bildungszeiten für Fort- und Weiterbildungen im ehrenamtlichen sowie

Begründung:

im Bereich der politischen Bildung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer aktiven Zivilgesellschaft und einem starken

15 Mit der Verabschiedung des Gesetzes 2015 gab es endlich den notwendigen Schub für ein Mehr an beruflicher, politischer und gewerkschaftlicher Bildung sowie ein positives Signal in Sachen Qualifizierung von Ehrenamtlichen.

Ehrenamt. Davon profitieren auch ArbeitgeberInnen.

20 Bereits kurz nach der Wahl wird eine drastische Minderung der Anzahl (von 5 auf 3 Tage) der bezahlten Freistellungstage für Qualifizierungsmaßnahmen bei den Grünen und der CDU diskutiert. Eine Verrechnung mit bis zu 2 Urlaubstagen bei Fortbildungen ohne betrieblichen Bezug soll ermöglicht werden.

Das landesweite, vom DGB initiierte, Bündnis „Bildungszeit“ unterstützen wir weiterhin.

25

Gerechte Arbeitsbedingungen in der Crowd schaffen **Gerechte Arbeitsbedingungen in der Crowd schaffen**

Gerechte Arbeitsbedingungen in der Crowd schaffen

Annahme

5 Weltweit und zunehmend auch in Deutschland bieten sich Menschen als Auftragnehmer auf allgemein zugänglichen Internetplattformen an („Crowdworker“). Sie schätzen die damit verbundene große Flexibilität bei Ihrer Arbeitsgestaltung; Auftraggeber können im Gegenzug auf ein gewaltiges Potenzial an schnell verfügbarer Kräfte für die Erledigung verschiedenster Aufgaben zurückgreifen. Oft
10 können so Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden.

Ohne eine Anpassung des geltenden Rechts kann Crowdfunding aber auch Scheinselbständigkeit befördern, soziale Schutzstandards des Arbeitsrechts können –auch legal–
15 umgangen werden. Crowdfunding darf das Prinzip der Steuergerechtigkeit nicht aus den Fugen heben und im Interesse aller Beschäftigten muss die soziale Absicherung der Crowdworker gewährleistet bleiben.

20 Aus diesen Gründen fordert wir die SPD-Bundestagsfraktion und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament auf, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl den sozialen Schutz der Crowdworker verbessern, als auch die Belange der von einer
25 zunehmenden Aufgabenverlagerung betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigen.

Als erste Maßnahmen fordern wir insbesondere,

- 30
- dafür Sorge zu tragen, dass Verbraucherschutzvorschriften auch für Crowdworker gelten, um das zivilrechtliche Schutzniveau von Crowdworkern zu verbessern,
 - die Kontrolle der AGB von Crowdfunding-Plattformen und von Auftraggebern auf diesen Plattformen durch eine Stärkung von Verbands- und Kollektivklagen effektiver zu gestalten,
 - die Einbeziehung von Crowdworkern in die derzeitigen arbeitsrechtlichen,
- 35

40 arbeitsschutzrechtlichen und
sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen zu
prüfen,

und

45

- sicherzustellen, dass auch bei der Ausgestaltung von
Crowdworking als Ideenwettbewerb ein angemessener
Vergütungsanspruch für bereits erbrachte Leistungen
durchgesetzt werden kann.

50

Begründung:

Crowdworking“ stellt eines der Elemente der sog. Wirtschaft
4.0 dar. Der Begriff bezeichnet die Vergabe von Arbeiten über
55 digitale Plattformen an eigene Beschäftigte eines
Unternehmens (internes Crowdworking) oder an Externe
(externes Crowdworking). Dieser Antrag bezieht sich allein
auf das externe Crowdworking. Hierbei übernehmen
Unternehmen - wenn überhaupt - nur noch Teile einer
60 klassischen Arbeitgeberfunktion und handeln als Auftraggeber
in Form von Werk- oder Dienstverträgen. Im Crowdworking
steckt wie bei allen Digitalisierungsthemen großes Potenzial
für die Beteiligten.

65 Bundesregierung und SPD haben das Crowdworking zwar als
Zukunftsthema erkannt (vgl. beispielsweise den BMAS-
Forschungsbericht 463 (2/2016)), jedoch bisher noch keinen
rechtspolitischen Handlungsbedarf benannt.

70 Gleichzeitig findet in der Wissenschaft, einschließlich der
Rechtswissenschaft, eine zunehmend detaillierte
Auseinandersetzung mit dem Phänomen statt. Aus Sicht der
ASJ ist es an der Zeit, den dort diskutierten rechtspolitischen
Handlungsbedarf in der SPD aufzugreifen und die
75 entscheidenden rechtlichen Stellschrauben aufzuzeigen und sie
neu auszurichten. Dabei gilt es sowohl die Chancen des
Crowdworking für den innovationsfreundlichen
Wirtschaftsstandort Deutschland zu nutzen, als auch, Gefahren
frühzeitig zu erkennen und zu minimieren.

80 Der vorliegende Antrag versteht sich als Impuls,
Zukunftspolitik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Dabei
ist uns bewusst, dass teilweise auch schon weitergehende
sowie konkretere rechtliche Anpassungen gefordert werden -
85 wie beispielsweise eine Ausweitung der Figur der
arbeitnehmerähnlichen Person oder des Kernarbeitsrechts. Wir
halten dennoch ein behutsames Vorgehen für zielführender,
bei dem auch die Bedürfnisse und Sympathien der Menschen
für neue Arbeitsformen wie dem Crowdworking berücksichtigt
90 werden und ein Eingreifen des Gesetzgebers nur und erst dann
stattfindet, wenn dies zwingend erforderlich ist.

Für die geforderten Maßnahmen trifft dies zu, da

- 95 • kaum Klagen Einzelner gegen überwiegend kritischen AGB von Crowdfunding Plattformen ersichtlich sind, hingegen wie im klassischen Arbeitsrecht und beim Verbraucherschutz kollektive Instrumente mehr Erfolg versprechen
- 100 • die oft strukturelle Unterlegenheit von Crowdfunder bereits durch die Anwendung von einzelnen Verbraucherschutzvorschriften verbessert werden kann (vergleichbar etwa mit der Existenzgründerregelung bei Finanzierungshilfen)
- 105 • eine fehlende soziale Absicherung von Crowdfundern letztlich zu einer Last für alle Beschäftigten wird.

110 Darüber hinaus gilt es, anhand der fortlaufenden Entwicklung des vergleichsweise neuen Phänomens des Crowdfunding weiteren Handlungsbedarf zu identifizieren und rechtspolitische Anpassungen proaktiv zu diskutieren.

Antragsbereich AS/ Antrag 3

Kennnummer 8405

Ortsverein Asperg

(Kreisverband Ludwigsburg)

Mindestlohn, Leiharbeit

Mindestlohn, Leiharbeit

Der Landesparteitag möge folgende arbeitsmarktpolitische Forderungen beschließen und diese zur Umsetzung an die Bundestagsfraktion weiterleiten: Erledigt durch Beschlusslage.

- 5 Der Mindestlohn ist mit € 8,50 zu gering. Er soll auf € 10,00 erhöht werden und einen Inflationsausgleich beinhalten.

- 10 Leiharbeiter sollten spätestens nach 1 Woche Einarbeitungszeit dasselbe verdienen wie das Stammpersonal. Das Unternehmen spart sich Krankheitsausfälle, Urlaub- und Jahressonderzahlung.

- 15 Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur aus klar definierten Sachgründen zugelassen werden und max. auf 18 Monate beschränkt werden.

Das Renteneintrittsalter soll wieder bei 65 liegen, die Berechnungsbasis bei 60%

Antragsbereich AS/ **Antrag 4**

Kennnummer 8386
Kreisverband Rhein-Neckar
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenhilfe

- Die Bundestagsfraktion evaluiert die Auswirkungen der Abschaffung der ersatzlosen Streichung der Arbeitslosenhilfe im Zusammenhang mit der Agenda 2010. Nach der Evaluierung soll in einem transparenten Prozess entschieden werden, ob und falls ja, für welchen Personenkreis, eine Arbeitslosenhilfe schrittweise eingeführt wird.
- 5
- Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Antragsbereich AS/ **Antrag 5**

Kennnummer 8434
Kreisverband Mannheim
Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion

Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen **Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen**

- Die Landes- und Bundestagsfraktion der SPD soll sich für eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen nach § 71 SGB IX erhöht wird. Unternehmen können durch eine Bezahlung einer kleinen Ausgleichsabgabe davon freikaufen, keine Menschen mit Behinderung zu beschäftigen
- 5
- Annahme

Begründung:

- Die Arbeitslosigkeit ist in fast allen Teilen der deutschen Gesellschaft gesunken, außer bei den Menschen mit Behinderungen. Unternehmen, die mehr als 20 Mitarbeiter/innen beschäftigen und keine Menschen mit Behinderung beschäftigen, müssen eine Ausgleichsabgabe zahlen. Über die Hälfte aller Betriebe, die mehr als 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, zahlen lieber die Ausgleichsabgabe, als einen Schwerbehinderten zu beschäftigen. Deshalb ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit Handicap doppelt so hoch wie die Zahl der Langzeitarbeitslosen ohne Handicap. Die
- 10
- 15

20 Privatwirtschaft in Baden-Württemberg erfüllt insgesamt die
Quote (4,3 %) bei Weitem nicht. Auch der Öffentliche Dienst
steht nicht gut da. Er erfüllt zwar die Quote mit 5,8 %, aber im
Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt Baden-
25 Württemberg auf einem blamablen 13. Platz! Die Höhe der
Ausgleichsabgabe ist lächerlich gering: Im Durchschnitt
zahlen Arbeitgeber pro nicht besetztem Platz 2.100 Euro im
Jahr! Das trägt nicht dazu bei, Hemmschwellen von
Arbeitgebern gegenüber einer Beschäftigung eines Menschen
mit Behinderung abzubauen. Selbst der Bundesfinanzminister
30 fordert deshalb öffentlich die deutliche Erhöhung der
Ausgleichsabgabe. Eine deutliche Erhöhung der Abgabe kann
bewirken, dass mehr Menschen mit Behinderung eine
Anstellung zu bekommen, weil sich potenzielle Arbeitgeber
eher dazu gezwungen über eine Einstellung von Menschen mit
35 Handicaps nachzudenken.

Wohnen

Antragsbereich W/ **Antrag 1**

Kennnummer 8420

Ortsverein Denzlingen

(Kreisverband Emmendingen)

Empfänger:

SGK Baden-Württemberg

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

Wohnungsbauförderung

Wohnungsbauförderung

1. Wir fordern ein substantielleres und dauerhaftes Annahme Engagement des Bundes und des Landes in der Wohnungsbauförderung, um mehr preisgünstigen Wohnraum zu schaffen und um ältere Wohnungsbestände zielgerichtet zu sanieren und altersgerecht zu gestalten, damit ein längeres Leben in den eigenen vier Wänden möglich wird. Die vorgesehen Bundes- und Landesmittel für den sozial geförderten Wohnungsbau sind deutlich zu erhöhen.
2. In der Gemeindeordnung Baden-Württemberg soll der öffentlich geförderte Wohnungsbau als eine vordringliche Aufgabe als Pflichtaufgabe der Gemeinde festgeschrieben werden.
3. Bei der Vergabe der Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau sollten vorrangig Projekte gefördert werden, die von Gemeinden oder Baugenossenschaften mit gemeinnütziger Zielsetzung geplant sind. In Regionen mit einem besonders starken Defizit an bezahlbarem Wohnraum sollen nur solche Projekte öffentlich gefördert werden, die bezahlbaren Wohnraum auf Dauer zur Verfügung stellen.
4. Die öffentliche Wohnungsbauförderung soll vorsehen, dass eine Förderung von Neubauwohnungen nach Abbruch von nicht mehr sanierungsfähigen, preiswerten Wohnungsbeständen nur zulässig ist, wenn die neu erstellten Wohnungen mindestens zu 50 v. H. für den öffentlich geförderten Wohnungsbau vorgesehen sind.
5. Es sind neue Überlegungen notwendig, wie mehr Grund und Boden kommunalisiert werden kann.

6. Die Gemeinden sollten mehr Grund und Boden an gemeinnützige Baugenossenschaften verkaufen, bzw. selbst Baugenossenschaften gründen.

40

7. Die Regionalplanung muss künftig dem wachsenden Bedarf an Wohnraum in den einzelnen Gemeinden stärker und differenzierter entgegenkommen.

45

8. Für eine schnellere Ausführung von Bauprojekten im öffentlich geförderten Wohnungsbau sind die baurechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen.

50

Begründung:

Bezahlbarer Wohnraum fehlt nicht nur für sozial schwache Bezieher öffentlicher Mittel

55

(ALG, Unterhalt für Kinder, Ergänzung der Rente etc.), Obdachlose oder Flüchtlinge. Aufgrund des Anstiegs der Bevölkerungszahl in vielen Regionen unseres Landes und der

60

dort knappen Ressourcen an Wohnfläche explodieren die Mieten. Auch Familien mit Kindern und niedrigem Einkommen, Alleinerziehende und viele Rentner und Rentnerinnen müssen dort oft bis zu 50 v. H. ihres monatlichen Einkommens für die Wohnungsmiete hinlegen.

65

-2-

70

Der statistische Hinweis, dass in den vergangenen Jahren durchschnittlich die Gehälter in gleichem Maße gestiegen sind wie die Mieten, nutzt den gering verdienenden Einkommensgruppen in Ballungsräumen und attraktiven Wohnregionen nichts. Auch die Mietpreisbremse löst das Problem des Wohnungsmangels nicht. Es fehlen nach Expertenschätzungen bundesweit aktuell ca. 900 000 Wohnungen. Der jährliche Zubau von derzeit ca. 300 000 Wohnungen löst das Problem nicht. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt auch durch eine erhöhte Mobilität von Menschen aus anderen EU-Staaten, die in Deutschland Arbeit und Ausbildung suchen, ferner in einem schnell steigendem Umfange durch die Flüchtlinge, die hier ein Bleiberecht haben.

75

80

85

Wenn öffentliche Gelder für den Wohnungsbau eingesetzt werden, müssten solche Investition somit vorrangig in bezahlbaren Wohnraum fließen, der langfristig in der Verfügung der öffentlichen Hand oder bei genossenschaftlich organisierten Anbietern verbleibt, um so spekulative, nur dem Gewinn dienende Mietpreiserhöhungen zu vermeiden und um

90 den dringenden öffentlichen Handlungsspielraum bei der Wohnbedarfsbefriedigung zu erweitern.

95 Ferner ist gesellschaftspolitisch zu bedenken: Öffentliche Zuschüsse für private Wohnungsbauprojekte mit einer nur zeitlich beschränkten Mietpreisbindung führen letztendlich zu einem mit Steuergeldern geförderten Vermögenszuwachs bei privaten Bauträgern, bedingt durch stetig steigende rasante Haus- und Wohnungspreise in den Zuzugsregionen. Wenn schon Steuergelder eingesetzt werden, dann sollte der Vermögen- zuwachs bei öffentlichen Bauträgern oder bei Baugenossenschaften anfallen.

100 Schon Erfahrungen im Zuge der Wiedervereinigung zeigen, dass durch Steuererleichterungen im Wohnungsbau gigantische Steuerverluste des Staates entstanden sind.

Antragsbereich W/Antrag 2

Kennummer 8381

Kreisverband Rhein-Neckar

Gut und solidarisch wohnen

Gut und solidarisch wohnen

Schon seit langem gibt es in Deutschland, ganz besonders in Baden-Württemberg und in der Rhein-Neckar-Region, einen Mangel an bezahlbarem Wohnbau. Als Maßnahmen gegen dieses Problem fordern wir folgende Maßnahmen:

5

1. Mehr interkommunale Zusammenarbeit bei der Planung großer Wohnprojekte in der Region. 1. Erledigt durch Beschlusslage.

10

2. Eine Ausweitung des Landeswohnbauprogramms, vor allem für geförderten Mietwohnungsbau. 2. Erledigt durch Beschlusslage.

15

3. Gerade hier in der Region Rhein-Neckar ein regionales Wohnbauprogramm, das auch über Länder- und Kreisgrenzen hinausgeht. 3. Zur Beschlussfassung nicht geeignet.

4. Die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für Wohnbaugenossenschaften. 4. Annahme

20

5. Die Einführung einer Minderbelegungsabgabe (für nicht belegte Wohnungen). 5. Annahme

Preisgünstige Mietwohnungen durch revolvierende Wohnbaufonds

Preisgünstige Mietwohnungen durch revolvierende Wohnbaufonds

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Ländern Kapitalstöcke aus KfW-Mitteln zur Verfügung zu stellen, damit für gemeinwohlorientierte Bauträger mit regionalen revolvierenden Wohnbaufonds eine auf Dauer angelegte
5 Sicherstellung preisgünstiger Mietwohnungen ermöglicht wird.

Die Länder werden aufgefordert, sich ebenfalls an den revolvierenden Wohnbaufonds zu beteiligen.

10

Begründung:

In den Wohnungsbau flossen schon seit Jahrzehnten viele Milliarden Euro. Der selbstgenutzte Wohnungsbau
15 (Eigenheim) und auch Sozialwohnungen waren Förderschwerpunkte. Gleichwohl fehlt in vielen Regionen insbesondere preiswerter Wohnraum, und die Mieten stiegen und steigen auf teilweise unanständiges Niveau. Diese Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau finden sich nicht
20 selten in den Taschen von Bauträgern und Banken.

Anfang 2016 hat die Bundesregierung das „Gesetz zur
steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus“
25 **eingebraucht. Ein in seiner Grundstruktur ungeeignetes Gesetz zur Förderung von sozialem Wohnungsbau.** Die steuerliche Förderung nach diesem Gesetz führt zu Mitnahmeeffekten bei Bauträgern und unkontrollierbar hohen Mieten.

Der Vorschlag der SPD Fraktion, sozialen Wohnungsbau über eine Investitionszulage zu fördern, ist in der Großen Koalition nicht möglich. Eine Investitionszulage hätte gegenüber einer Sonderabschreibung eine unmittelbarere Wirkung, würde auch die steuerunbelasteten kommunalen Wohnungsgesellschaften
35 und Genossenschaften erreichen, würde private Investoren

einkommensunabhängig fördern und wäre besser kontrollierbar.

40

Mit einem „revolvierenden Fonds“ bekommen die (insbesondere gemeinnützigen) Bauträger Kredite zum Bau von Wohnungen nicht mehr (nur) bei einer Bank sondern aus dem Fonds. Einnahmen aus Mieten dienen nicht der Zinszahlung von Bankkrediten – Zins und Tilgung werden direkt an den revolvierenden Fonds, den Wohnbaufonds zurückgezahlt. Der Staat muss sich „lediglich“ um das Startkapital kümmern.

45

*Antragsbereich W/ **Antrag 4***

Kennummer 8402

Ortsverein Asperg

(Kreisverband Ludwigsburg)

Sozialer Wohnungsbau

Sozialer Wohnungsbau

Der Soziale Wohnungsbau soll wiederbelebt werden durch finanzielle Förderung des Landes und des Bundes für Einkommensschwache und für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

5

*Antragsbereich W/ **Antrag 5***

Kennummer 8388

Ortsverein FR-Mooswald-Landwasser-Lehen

(Kreisverband Freiburg)

Flächenverbrauch zurückfahren

Flächenverbrauch zurückfahren

Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass der Flächenverbrauch für die Erschließung von Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2020 auf null Hektar zurückgefahren wird.

5

Begründung:

Jeden Tag werden in Deutschland 69 ha Land verbaut. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem Gutachten 2016 festgestellt: „Die andauernde Umwandlung von landwirtschaftlichen oder bisher nicht genutzten Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen ist nach wie vor eines der

10

schwerwiegenden ungelösten Umweltprobleme Deutschlands.“

15

Viele Städte und Gemeinden beabsichtigen unverändert, ihre letzten Naturflächen für den dringend notwendigen Wohnungsbau zu opfern. Dabei brauchen Menschen Natur vor ihrer Haustür. Es gibt inzwischen viele Beispiele, wie der Wohnungsbau optimiert werden kann ohne weitere Flächen unwiederbringlich zu verbrauchen.

20

25

Schon drei Regierungskoalitionen in Baden-Württemberg hatten bzw. haben in ihren Koalitionsverträgen die Rückführung des Flächenverbrauchs auf eine Netto Null formuliert. Leider ohne durchschlagenden Erfolg. Im Gegenteil. Angesichts der Wohnungsnot wird dieses Ziel aufgeweicht. Dem gilt es entgegenzuhalten: kein weiterer Flächenverbrauch in Stadt und Land. Auch um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen und den guten Boden für unsere regionale Landwirtschaft zu erhalten.

30

*Antragsbereich W/ **Antrag 6***

Kennnummer 8439

Kreisverband Freiburg

Empfänger:

Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

Wohnimmobilienkreditrechtlinie entschärfen

Wohnimmobilienkreditrechtlinie entschärfen

Wir wirken darauf hin, dass die am 21.3.2016 in Kraft getretene Richtlinie „WIKR“ dahingehend geändert wird, dass die Hürden bei Immobilienkreditvergaben zurückgenommen werden und die langfristige Kreditwürdigungsprüfung angepasst wird.

5

Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Wir fordern die Einschränkungen bei Kreditvergaben anzupassen/zu lockern für:

10

- junge Familien deren Eigenkapital zu gering ist,
- Darlehensnehmer*innen im fortgeschrittenen Alter/Rentner*innen, Menschen mit Behinderung, die ihre Wohnung/Haus barrierefrei/altersgerecht umbauen wollen,

15

- Antragsteller*innen in deutschen Grenzregionen – Schweiz/Dänemark – deren Einkünfte nicht in Euro ausgewiesen werden,

Ferner fordern wir, dass die Immobilie als Sicherheit für den Kredit berücksichtigt wird, wenn der Kredit dem Bau oder der Renovierung der Immobilie dient, also der Wert der Immobilie mit angesetzt wird.

Ferner sind Gestaltungspielräume besser auszunutzen.

Begründung:

Das Gesetz mit dem Anliegen, den Verbraucher für Gefahren und Risiken zu sensibilisieren führt dazu, dass einigen Bevölkerungsgruppen – junge Familien, Geringverdiener*innen, Berufseinsteiger*innen, Rentner*inne, älter Arbeitnehmer*innen, etc. – der Zugang zur Kreditaufnahme zum Erwerb einer Immobilie erschwert bzw. unmöglich gemacht wird.

Das neue Gesetz führt dazu, dass Personengruppen, die bisher problemlos ein Darlehen erhalten haben künftig von den Banken abgelehnt werden. Die strengere Bonitätsprüfung richtet sich nach der Finanzsituation (Gegenwart/Zukunft), berücksichtigt jedoch den Wert der Immobilien nicht.

Für Interessenten ist es sehr viel schwieriger geworden einen Baukredit zu bekommen, da die Vorgabe den Kredit bis zum Renteneintrittsalter vollständig getilgt zu haben, nicht vorhersehbar ist. Die Veränderung der Lebenssituation darf keine Hürde/Hemmnis für die Kreditvergabe darstellen. Viele Verbraucher*innen verlieren ihre Kreditwürdigkeit aufgrund vorhersehbarer veränderten Lebenssituation – Geburt der Kinder, reduzierte Erwerbstätigkeit, Eintritt ins Rentenalter.

Kennnummer 8457
Kreisverband Karlsruhe Stadt
Empfänger:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

PCB-Belastung in Gebäuden reduzieren

PCB-Belastung in Gebäuden reduzieren

Die Richtlinie des PCB-Grenzwertes zur Renovierung alter Gebäude soll mindestens auf die der WHO angepasst werden (um den Faktor 50 reduziert im Vergleich zu der deutschen Richtlinie). Alle Grenzwerte für Räumlichkeiten mit Kindern, Alten oder Kranken sollen ebenfalls gesondert behandelt werden. Ferner soll die Grenzwertbestimmung für Menschen, die in Tierversuchen stattfindet, über mehrere Generationen von Versuchstieren hinweg vorgenommen und erforscht werden. Dazu soll in der Fachkommission Bautechnik der Bauministerkonferenz das Gremium, das die Richtlinie einführt und eigentlich prüfen sollte, wieder eingerichtet werden.

Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Die Sanierungsvorschriften sollen bei Überschreitung des neuen Grenzwertes immer Primär(belastete Baumaterialien) sowie Sekundärquellen (kontaminierte Einrichtungsgegenstände und Baumaterialien) des ausdünstenden Stoffes betreffen: Einrichtung muss damit komplett ersetzt werden, Fugendämmung und abschließen des PCBs allein reichen langfristig nicht aus.

Das heißt:

1. Eine Kontaminationsverschleppung durch den Übergang des Schadstoffes von Primärquellen in Sekundärquellen soll vermieden werden. Daher ist eine Entfernung der Materialien/der belasteten Einrichtungsgegenstände auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten langfristig vorzuziehen.

2. Geeignete Sperrschichten und Spezialtapeten sind Pflicht.

3. Während der Sanierung darf das entsprechende Gebäude nicht benutzt werden, wenn es die Grenzwerte überschreitet.

4. Sollte der Wert der Belastung sich nicht langfristig senken lassen, muss über eine Komplettsanierung oder einen Abriss entschieden werden. Maßgeblich dafür und für die Sanierung an sich sollen die Bestimmung der Schadstoffquellen und ihre Beschaffenheit sein.

Messungen sollen nicht nur kurz nach Sanierungen (Abschließ- und Diffusionseffekte), sondern auch in einem Rhythmus von drei bis vier Jahren wiederholt werden.

45 Alle Messungen sollen generell bei verschiedenen hohen, und bei hohen Sommertemperaturen im jeweiligen Gebiet stattfinden und gültig sein.

50 Es soll eine Prüfung aller Gebäude bis zum Baujahr 1978 auf Schadstoffe stattfinden.

55 Es soll ebenso wie in den USA rechtlich geprüft werden, ob und wie die Unternehmen, die den Stoff PCB hergestellt und vertrieben haben, zur Beteiligung an Sanierungskosten oder einer kostenfreien Schadstoffentsorgung verpflichtet werden können.

Begründung:

60 Allgemeine Einschätzung des Umweltbundesamtes und Verwendung:

65 Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind giftige und krebsauslösende organische Chlorverbindungen, die bis in die 1980er Jahre vor allem in Transformatoren, elektrischen Kondensatoren, in Hydraulikanlagen als Hydraulikflüssigkeit sowie als Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen verwendet wurden. Vor allem in den öffentlichen Waschbetonbauten, erbaut zwischen 1960
70 und 1980, wurde der Stoff häufig verwendet, da er als schwer entflammbar und billig gilt. Deckenabhängungen, Bauklebstoffe, flammhemmende Anstriche, Akustik-Dämmplatten, Fensterkitte, Anschlussfugen an Fenster-, Balkon- und Terrassentüren, Imprägniermittel, Lampen und
75 Leuchtstoffröhren sind weitere häufig belastete Bauteile. PCB zählen inzwischen zu den zwölf als „dreckiges Dutzend“ bekannten organischen Giftstoffen, welche durch die Stockholmer Konvention vom 22. Mai 2001 weltweit verboten wurden. Das Umweltbundesamt schätzt, dass in Deutschland
80 24.000 Tonnen PCB in Fugenmasse und Farben verwendet wurden:

-20.000 Tonnen in Fugenmassen: bis 1975 vor allem in Schulen, Kindergärten und Universitätsgebäuden.

85 -4.000 Tonnen in Farben, Lacken und Papierbeschichtungen: Häufig in Deckenplatten öffentlicher Gebäude mit PCB-haltigem Abstrich.

90 Ein Drittel aller öffentlichen Gebäude, Schulen, Hochschulen, etc. gilt laut Umweltbundesamt als belastet. 50-80% der belasteten Fugenmassen und Farbanstriche wurden nicht entfernt. Das Amt hat mehrfach die

95 Bundesbauministerkonferenz dazu aufgerufen, die veralteten
Grenzwerte von 1994 an wissenschaftliche Erkenntnisse über
Grenzwerte und Diffusionsverhalten der PCB anzupassen. Es
spricht von einer „Verharmlosung von Gefahren“.

100 Ohne Erfolg. Eine der vielen Anfragen an die Fachkommission
Bautechnik der Konferenz des Magazins PlusMinus konnte
nicht beantwortet werden, da das Gremium, das die Richtlinie
damals ausarbeiten sollte und eigentlich wissenschaftlich
begleiten sollte, zwischenzeitlich aufgelöst worden sei. „Eine
105 fachliche Stellungnahme sei daher offiziell nicht möglich. Man
wolle die Aktualität der Richtlinie aber überprüfen und
gegebenenfalls anpassen.“ Ohne eine erneute Einrichtung einer
Expertengruppe aus Wissenschaftlern und einen Beschluss der
SPD zu diesem Thema eine Floskel, die an den Lobbyisten
scheitern wird. Aber auch daran, dass dies die Gemeinden viel
110 Geld kosten könnte, woran sich auch Land und Bund beteiligen
müssen.

PCB haben sich überall auf der Erde ausgebreitet, sie sind in
der Atmosphäre, den Gewässern und im Boden allgegenwärtig
115 nachweisbar. In Deutschland ist der Stoff bereits seit 1978
verboten, Produktion seit 1982 eingestellt und seit 1989 regelt
die PCB-Verbotsverordnung auch die Grenzwerte in
Innenräumen, die Sanierung und die Beseitigungsvorschriften
für den giftigen Sondermüll. Diese lange Zeit, auch bis zum
120 endgültigen weltweiten Verbot, erklärt auch die hohe
Belastung durch die Dioxine, Biphenyle und auch PCB in der
Umwelt, weil es – ähnlich wie PVC heute noch – über dem
offenen Meer beispielsweise in der Nordsee ohne
entsprechende Filter verbrannt wurde. Hochproblematisch sind
125 aber auch Sekundärquellen des Schadstoffes, die entstehen,
wenn der Schadstoff auch durch Schutzmassen hindurch
ausgast und in Tische, Stühle, Böden, Bücher, Computer und
beim Lüften sich im gesamten Gebäude aber auch der Umwelt
festsetzt. Das Umweltbundesamt geht von einer Schätzung von
130 24 Tonnen im Jahr aus, die nur in Böden innerhalb öffentlicher
Gebäude eingetragen werden.

Grenzwertproblematik und Sanierung:

135 Zumindest bei der jetzigen Praxis, die auf einer veralteten
Richtlinie aus dem Jahr 1994 stammt:

Bei einer Raumbelastung von 300 ng/m³ gilt der Raum als
„unbedenklich“, was aber einem Aufenthalt für nicht länger als
140 7 Stunden am Tag zu Grunde liegt. Bei einer Raumbelastung
von über 300 ng/m³ bis 3000 ng/m³ (bzw. 9000 ng/m³ für
Schulen und Arbeitsplätze) soll vor allem gelüftet werden und
Türen geöffnet werden. Es wird empfohlen die Primärquelle zu
identifizieren und Maßnahmen zu treffen. Bei einer Messung
145 über 3000 ng/m³ (9000 ng/m³ in Schulen) muss bisher nur die
Primärquelle identifiziert und mit einer Sperrschicht

überzogen werden. Weitere Sanierungsmaßnahmen sind weiterhin nur Empfehlung. Die nächste Messung findet zu kurz nach der Sanierung und laut Recherchen von Journalisten (PlusMinus, etc.) zu oft unter günstigen, und nicht nur bei Normbedingungen statt (20 Grad Raumtemperatur vor allem). Allerdings ist das ausdiffundieren von PCB exponentiell ansteigend bei höheren Temperaturen. Gerade an der Hochschule in Karlsruhe wurde deswegen 1997 die höchste PCB Belastung in Deutschland gemessen und erst 5 Jahre später ohne Sperrung der Räumlichkeiten saniert (22.900 ng/m³, Sanierung mit Sperrschicht für Deckenplatten und Fugen). Im Jahr 2013 wurden Messungen mit einer Belastung von bis zu 10.000 ng/m³ allerdings bei den in Karlsruhe üblich hohen Temperaturen gemacht. Daher wartete das zuständige Amt für Vermögen und Bau kältere Temperaturen (unter 20 Grad) im Herbst ab und entschied, dass diese Messungen gültig seien und den Grenzwert unterschritten.

Für schwangere Frauen, oder Frauen, die vorhaben schwanger zu werden, liegt der Grenzwert bei 300 ng/m³ bezogen auf 24 Stunden. Darum raten Professoren an einigen Hochschulen, wie beispielsweise des KITs in Karlsruhe den weiblichen Besuchern von Vorlesungen in bestimmten Gebäuden ab, da die Konzentration vor allem im Sommer weit darüber liegt und sich der Stoff in den Fettzellen nahe der Gebärmutter auch noch Monate später anreichert.

Die WHO hat den Grenzwert schon im Jahr 2003 um den Faktor 50 reduziert, da unter anderem die Grenzwertbestimmungen mit Tieren über nur eine Generation Ungenauigkeiten aufweisen und die internationale Agentur für Krebsforschung PCB in die höchste Gefahrengruppe eingeordnet hat. Damit sind und waren Arbeiter, die mit dem Stoff direkt arbeiten besser geschützt, als

Die Sanierungsrichtlinie, wie oben beschrieben, sieht oft nur Schutzlack für Fugen vor. Das Problem bei Nichtentfernung der Primärquellen ist, dass dann nach ca. 10 Jahren der Schutzlack selbst belastet ist und als Sekundärquelle PCB ausgast. Daher ist Entfernung ab einem bestimmten Grenzwert unbedingt notwendig und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten langfristig notwendig. Manchmal stellt ein ganzer Gebäudekomplex bzw. ein ganzes Gebäude eine Quelle dar. Dann ist nach Beschaffenheit und Risiko über Abriss oder Teilabriss zu entscheiden.

Gesundheitsgefährdung:

PCB ist nachweislich krebserregend, zeichnet sich aber durch eine „chronische Toxizität“ aus, was nichts anderes bedeutet, als das beispielsweise 3 von 5 männlichen Lehrern, die in einem Gebäude mit PCB-Belastung unterrichtet haben an Hodenkrebs im Alter erkrankten – sollten sie in dieses Alter

200 kommen. Auch der Krankheitsverlauf und die
Geschwindigkeit sind individuell. Der Stoff ist bekannt dafür
sich erst in den Fettzellen des Körpers festzusetzen und
langsam in den Körper zu diffundieren. Auch das Beispiel
205 Hodenkrebs ist repräsentativ, da vor allem der
Hormonhaushalt angegriffen wird.

Konkret: Typische Auswirkungen dieses Giftes sind
Chlorakne, Haarausfall, Hyperpigmentierungen,
Leberschäden, Teratogenität (embryonale Fehlbildungen
210 durch Chemikalien) und Schädigung des Immunsystems
(Immuntoxizität). Besonders anfällig sind Menschen mit
schwachem Immunsystem, also Alte, Kranke und Kinder, für
die bei der WHO eigentlich auch andere Grenzwerte gelten.
PCB bioakkumulieren in der Nahrungskette. Außerdem kann
215 die körperliche und geistige Entwicklung nachweislich durch
PCB verzögert werden. Sie stehen in Verdacht, endokrine
Disruptoren zu sein, die hormonell wirken und für
Unfruchtbarkeit bei Männern und männlichen Tieren,
Hodenhochstand sowie für andere hormonell bedingte
220 Erkrankungen verantwortlich sein könnten. Eine EU-
Untersuchung hat festgestellt, dass Phthalate, Parabene, und
PCB unter anderem den Hormonhaushalt von männlichen
Föten und Kindern stören, und so zu einer Feminisierung
führen.

225 Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Forschung zu
Auswirkungen auf nachfolgende Generationen an Mäusen bei
bestimmter Belastung noch zu wenig fortgeschritten ist. Daher
soll die Fachkommission Bautechnik das wiedereinzurichtende
230 Gremium auch mit der wissenschaftlichen Begleitung und der
Erforschung über mehrere Generationen an Versuchstieren
betrauen. Daraus kann man Rückschlüsse auch auf die
Belastung von Kindern, Menschen generell und deren
Nachkommen ziehen.

235 Herstellerproblematik:

Entwickelt wurde PCB ursprünglich von dem Unternehmen
Monsanto, das auch in einem Vergleich im Jahr 2003 390
240 Millionen US-Dollar zahlen musste, weil es wissentlich 1976
(vor dem Verbot in den USA) Einwohner der Stadt Anniston
(Alabama) belastete. Die Klagen von Schulverbänden und US-
Bundesstaaten, dass sich das Unternehmen an einer Sanierung
beteiligt, steuern ebenfalls auf einen Vergleich zu.

245 In Deutschland stellten vor allem die Bayer AG, aber auch
andere Unternehmen PCB her oder nahmen im Wissen um die
Risiken am Vertrieb von PCB teil. Heute verdienen diese
Unternehmen erneut Milliarden an der Entsorgung des
250 Schadstoffes und der belasteten Stoffe in
Sondermüllverbrennungsanlagen, obwohl sie vor dem Verbot
von Gesundheitsrisiken wussten. An der Sanierung beteiligen

255 sie sich nicht. Man sollte zumindest prüfen, ob eine
Beteiligung an Sanierungskosten oder kostenlose Entsorgung
per Gesetz möglich ist. Dazu fühlen sich nämlich die Firmen
„gesetzlich nicht verpflichtet“. So lautet auch der Vorschlag
des Umweltbundesamtes, der von der
Bundesbaumministerkonferenz aber auch von Schul- und
260 Hochschulverbänden bisher ignoriert oder nicht registriert
wurde.

Bildung und Wissenschaft

Antragsbereich BuW/ **Antrag 1**

Kennnummer 8379

Kreisverband Enzkreis

Empfänger:

Landesvorstand

SPD-Landtagsfraktion

Integration des letzten Kindergartenjahres in den Bildungsplan **Integration des letzten Kindergartenjahres in den Bildungsplan**

5 Der Kreisverband Enzkreis beantragt die Integration des letzten Kindergartenjahres in den Bildungsplan, die Einführung einer Besuchspflicht (Kindergartenpflicht) des letzten Kindergartenjahres zur Vorbereitung auf den Schulbesuch, bei gleichzeitiger Kostenbefreiung der Elternhäuser für das entsprechende Jahr. Auf Grund der Unterstellung dieses Jahrs, unter den Bildungsplan, wird die finanzielle Trägerschaft durch das Land gefordert.

10 **Begründung:**

15 Nach Gesprächen mit verschiedenen Grundschulen und Grundschullehrern hat sich gezeigt, dass der Anteil derjenigen Kinder, die nicht dazu in der Lage sind, dem Unterricht der ersten Klasse zu folgen, immer höher wird. Die Gründe, die
20 angeführt werden reichen von Sprachproblemen über mangelnde kognitive Fähigkeiten bis hin zu motorischen und sensomotorischen Störungen. Die zu vermittelnden Inhalte in den Klassen 1 – 4 beschränken sich seit vielen Jahren nicht mehr
25 nur auf das bloße Vermitteln des korrekten Gebrauches der deutschen Sprache und die Fertigkeit im Umgang mit großen Zahlen in den Grundrechenarten sowie einer guten Kenntnis der Gegebenheiten in der Heimatregion. Es wird viel mehr mittlerweile ein komplexes Wissen in den Naturwissenschaften
30 sowie den gesellschaftlichen und geschichtlichen Disziplinen über die Grenzen Deutschlands hinaus vermittelt sowie das Erlernen einer Fremdsprache über das bloße Hörverständnis hinaus. Die weiterführenden Schulen beklagen mittlerweile einen sehr großen Niveau Unterschied der Schüler der 5. Klassen in Abhängigkeit der abgebenden Schulen.

Bildungsplan

35 Bei genauerer Betrachtung der Situation ergibt sich, dass der Orientierungsplan der Kindergärten in Verbindung mit der Freiwilligkeit eines Kindergartenbesuches bereits die Grundlage

für die Effekte in den genannten Schulen mit sich bringt. Der Orientierungsplan, den die Kindergärten angehalten sind zu befolgen, wird in jeder Einrichtung anders ausgelegt und der Umgang mit der Ermöglichung des Wissenszugangs wird unterschiedlich gelebt. Eine Vereinheitlichung sowohl der didaktischen Methodik wie auch der Inhalte in Form eines Bildungsplanes in Kombination mit einer entsprechenden Ausbildung der Erzieher|nnen wäre hier erforderlich um sowohl die Kenntnisse der deutschen Sprache, der späteren Unterrichtssprache, wie auch die erforderlichen kognitiven Fähigkeiten der Kinder zu erarbeiten um den Anforderungen der Grundschulen gerecht zu werden.

Besuchspflicht

In der aktuellen Situation, der Freiwilligkeit, des Besuches einer Einrichtung haben nicht alle Kinder die Chance den Zugang zu den Inhalten der „Vorschule“ zu erhalten. Nur eine Verpflichtung auf den Besuch des „letzten Kindergartenjahres“ ermöglicht allen Kindern den Erwerb des, aus der Sicht der Grundschulen, erforderlichen Wissens.

Finanzierung

Eine Kindergartenpflicht für das letzte Jahr ist in der Wahrnehmung mit der im Bundesgebiet geltenden Schulpflicht gleichzusetzen und erfordert dementsprechend auch eine Kostenbefreiung für die Elternhäuser. Die Frage der Finanzierbarkeit ist an dieser Stelle als erstes zu klären. Im Hinblick auf die Hintergründe für die Forderung der Besuchspflicht des letzten Kindergartenjahres ist eben dieses Jahr im engen Kontext mit den Grundschulen zu sehen und muss daher analog zu den Schulen aus Ländermitteln finanziert werden.

Erforderliche organisatorische Änderungen in den Zuständigkeiten

Im Hinblick auf die Leistungskontrolle, die bei der Einführung einer Besuchspflicht des letzten Kindergartenjahres erforderlich ist, sollte über die Einführung einer Vergleichsarbeit zum Abschluss des Kindergartens nachgedacht werden. Diese Vergleichsarbeit würde die Erwägung einer etwaigen Rückstellung der Einschulung eines Kindes einen klare Kennzahl ermöglichen anhand derer diese Entscheidung transparent zu treffen ist. Hier ist zu fordern, dass das Regierungspräsidium -Abteilung Schule und Bildung- in die Abläufe und Kontrolle des letzten Kindergartenjahres eingebunden wird und somit das Ziel der Schulfähigkeit der Vorschüler klar verfolgt werden kann.

Stellung der Erzieher|innen

- 90 Im Hinblick auf die didaktisch völlig andere „kindliche“
Wissenserwerbsvorbereitung im Einrichtungsumfeld wie auch
die Zielsetzung der Initiative ist keinesfalls in Erwägung zu
ziehen, die Stellung der Erzieherinnen in Richtung
Grundschullehrer zu verändern. Die Erzieherinnen in den
95 Einrichtungen sollen im Sinne der Bildung für nachhaltige
Entwicklung die Grundlagen für einen kompetenten
Wissenserwerb in Sinne von Förderung motorischer und
kognitiver Fähigkeiten, legen. Es ist keinesfalls gefordert
Unterricht im klassischen Sinne der GS durchzuführen.
- 100

Antragsbereich BuW/ Antrag 2

Kennnummer 8425

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Praxissemester im Lehramtsstudium

**Praxissemester im
Lehramtsstudium**

Verschiebung des Praxissemesters im Lehramtsstudium vom Ablehnung
ersten Master- in das letzte Bachelorsemester

- 5 Die SPD fordert die Verschiebung des Praxissemesters im
Lehramtsstudium von dem ersten Mastersemester in den
Bachelor. Die Umstellung auf einen siebensemestrigen Bachelor
halten wir dabei für den gangbarsten Weg.

Antragsbereich BuW/ Antrag 3

Kennnummer 8445

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Verschiebung des Praxissemesters

Verschiebung des Praxissemesters

- Die SPD Baden Württemberg fordert die Verschiebung des Ablehnung
Praxissemesters im Lehramtsstudium vom ersten
Mastersemester in die Bachelor-Studienphase. In diesem
Zusammenhang halten wir die Umstellung auf einen
5 siebensemestrigen Bachelor für den gangbarsten Weg.

Begründung:

- 10 Durch die Umstellung des Lehramtsstudiums von Staatsexamen auf das Bachelor-/Mastersystem hat sich vieles geändert. So auch der Zeitpunkt für das Praxissemester, welches nun vom 5. Semester in das erste Mastersemester (bei Regelstudienzeit 7. Semester) verlegt wurde. Jedoch entscheiden sich im
- 15 Praxissemester immer wieder viele Studierende, doch nicht in den Lehrberuf einsteigen zu wollen und brechen in oder spätestens nach dem Praxissemester das Lehramtsstudium ab. Aus diesem Grund halten wir es für sinnlos diesen Studierenden einen Masterplatz bereitstellen zu müssen, wenn diese dann nach
- 20 einem halben bis einem Semester das Studium doch abbrechen. Um diesen Abbruch vorzubeugen, sollen Studierende bereits vor ihren Bachelor-Abschluss einen Einblick in die Praxis des Lehrberufes erhalten.

Familien

Antragsbereich F/**Antrag 1**

Kennnummer 8377

Kreisverband Tübingen

Empfänger:

Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Elterngeldsharing

Das Elterngeld wird weiter flexibilisiert, so dass eine individuellere Aufteilung von Familie und Beruf zwischen den Eltern ermöglicht wird. Auch Eltern, bei denen ein oder beide Elternteile weniger als 25h pro Woche arbeiten wollen, wird damit ermöglicht, Erziehung und Karriere zu teilen, ohne dass finanzielle Einbußen gegenüber einer Vollzeit-Elternzeit eines Elternteils entstehen.

D.h. im Einzelnen:

- Elterngeld wird eine Wochenarbeitszeit von 40h zu Grunde gelegt.
-
- Diese 40h können beide Elternteile untereinander aufteilen und erhalten dann eine Elterngeldberechnung auf Grundlage des entgehenden Einkommens.
- Der Gesamtelterngeldanspruch vor der Anrechnung von Arbeitseinkommen der Eltern soll unabhängig von der tatsächlichen Wahl der Bezugsmonate berechnet werden
- Eine finanzielle Besserstellung gegenüber des Vollzeit-Elterngeldes soll geprüft werden.
- Die Regelung zum Rechtsanspruch wird analog zum Rechtsanspruch der Teilzeit bei Elternzeit übernommen.
- Eine Absenkung der Untergrenze von 15 auf 10 Stunden bei Teilzeit in Elternzeit wird geprüft.
- Die Auswirkungen auf die Erwerbsquote der Frauen und die Zufriedenheit der Familien, die das Elterngeld-Sharing nutzen, soll nach zwei Jahren einer Evaluation unterzogen werden.

Elterngeldsharing

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

... wird damit ermöglicht, ~~Erziehung und Karriere~~ **Familien- und Erziehungsarbeit** zu teilen, ohne ...

- ~~Elterngeld wird eine Wochenarbeitszeit von 40h zu Grunde gelegt.~~
Für Elterngeld wird eine Vollzeitarbeitszeit zu Grunde gelegt, die von beiden Elternteilen individuell aufgeteilt werden kann.
- ~~Diese 40h können beide Elternteile untereinander aufteilen und erhalten dann eine Elterngeldberechnung auf Grundlage des entgehenden Einkommens~~

Begründung:

40

Der Wiedereinstieg in den Job ist für Eltern, die längere Zeit komplett pausiert haben, eine große organisatorische aber auch emotionale Herausforderung. Oft führt eine längere Auszeit dazu, dass meist die Frauen nach einer Vollzeit-Elternzeit mit einem 450 € Job (der keine Rentenansprüche schafft) oder gar nicht wieder in den Job einsteigen. Auch für Arbeitgeber ist die häufige Integration von Elternzeitvertretungen und ArbeitnehmerInnen aus einer längeren Elternzeit eine Herausforderung. Arbeitet das Elternteil aber auf einer kleineren Stundenbasis weiter, kann das für alle von Vorteil sein:

45

50

- ArbeitnehmerInnen verlieren nicht den Anschluss an den Job
- Kein Elternteil ist gezwungen durch das Ausüben einer Vollzeitstelle nur wenig Zeit mit seinen Kindern zu verbringen und die Erziehung vorwiegend dem anderen Elternteil zu überlassen.
- Das Wissen der in Elternzeit gegangenen ArbeitnehmerIn bleibt im Unternehmen bestehen, der Aufwand von Einarbeitungen vor und nach der Elternzeit kann verringert werden
- Gerade für Führungskräfte wird es dadurch einfacher, in Elternzeit zu gehen oder zumindest vorübergehend ihre Arbeitszeit zu verkürzen

55

60

65

Aktuell kann während des Bezugs von Elterngeld zwar gearbeitet werden, das Gehalt aus dieser Arbeit wird jedoch auf das Elterngeld angerechnet, so dass oft gar kein oder nur ein sehr geringer Mehrwert aus der Mehrarbeit entsteht.

Antragsbereich F/Antrag 2

Kennummer 8443

Ortsverein Herrenberg

(Kreisverband Böblingen)

Kindergeld anrechnungsfrei

Kindergeld anrechnungsfrei

Kindergeld wird in allen Bereichen der Sozialgesetzgebung nicht mehr als Einkommen gewertet und bleibt bei der Leistungsbewilligung anrechnungsfrei. Erledigt durch Beschlusslage.

5

Begründung:

Zahlreiche Untersuchungen zur Armut belegen, dass trotz guter Wirtschaftslage für den Einzelnen die Gefahr steigt von Armut betroffen zu sein. Von Armut betroffen sind insbesondere

10 Kinder von kinderreichen Haushalten und von
Alleinerziehenden Haushalten.
Diese sind dementsprechend überproportional von Leistungen
nach dem SGB II abhängig.
Die im SGB II zu Grunde liegenden Regelsätze für Kinder sind
15 „fiskalpolitisch motiviert klein gerechnet und ermöglichen
keine angemessene soziale Teilhabe von Kindern (DGB,
arbeitsmarkttaktuell, Nr. 3/ März 2016, Seite 10)“.
Familien mit Kindern profitieren im Gegensatz von Familien
außerhalb des Leistungsbezuges nicht zusätzlich vom
20 Kindergeld, da es im SGB II voll als Einkommen angerechnet
wird. Durch die Nichtanrechnung von Kindergeld innerhalb des
SGB II wird sich die Einkommenssituation von Familien mit
Kindern im SGB-II deutlich verbessern und eine
Gerechtigkeitslücke bei der Gewährung von Kindergeld
25 schließen.

Wirtschaft

Antragsbereich WI/ **Antrag 1**

Kennnummer 8423

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Kammerpflichtige stärken	freiberufliche Branchen	Kammerpflichtige Branchen stärken	freiberufliche Branchen stärken
-------------------------------------	------------------------------------	--	--

Kammerpflichtige freiberufliche Branchen stärken

Überweisung an die Bundestagsfraktion.

5 Die SPD beschließt, dass die Ausbildungs-Eignungsverordnung auch für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe gilt.

10 Dabei ist die Ausbilder-Eignungsverordnung insoweit zu ändern, dass der Satz „Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufen“ im §1 der AEVO ersatzlos gestrichen wird. Des Weiteren ist festzustellen, inwieweit in den abgenommen Prüfungen tatsächlich Ausbildungsinhalte geprüft werden. Es kann nicht sein, dass die Inhalte für Ausbilder in der Meisterprüfung intensiv geprüft werden, allerdings in einer Prüfung eines freien Berufes oberflächlich erwähnt werden.

15

20 Daher ist der § 6 Absatz 3 der AEVO insoweit ebenfalls ersatzlos zu streichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sollte des Weiteren beauftragt werden die Ausbildungssituation in den Branchen der freien Berufe zu untersuchen und zu kontrollieren und damit auch die Kammern zu unterstützen.

Kennnummer 8435
Kreisverband Mannheim
Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

**Kundenzustimmung für
Drittanbieterabrechnung im Mobilfunkbereich**

**Kundenzustimmung für
Drittanbieterabrechnung im
Mobilfunkbereich**

5 Es soll gesetzlich vorgeschrieben werden, dass Annahme
Mobilfunkgesellschaften für Verträge in denen
Drittanbieterrechnungen abgerechnet werden sollen, die
Zustimmung des Vertragspartners (Kunden) in schriftlicher
Form einholen müssen. Zusätzlich soll Kundinnen und Kunden
das Recht gegeben werden, Drittanbieterrechnungen abzulehnen
und eine Rückbuchung zu erwirken.

10 **Begründung:**

Im Internet und insbesondere im Bereich von Mobilfunkgeräten
kommt es durchaus oft vor, dass sogenannte Abofallen, z.B. in
Werbebanner, versehentlich angeklickt werden und damit
angeblich ein regulärer Vertrag abgeschlossen sei.

15 Die Kosten für diesen sogenannten Vertrag rechnen solche
Firmen in der Regel über den Mobilfunkanbieter per
Telefonabrechnung ab. Eine Beschwerde oder ein Nichtbezahlen
dieses Rechnungsteils hat oft Schwierigkeiten mit dem
20 Mobilfunkbetreiber zur Folge und es ist auch nicht einfach sein
Geld zurück zu fordern. Die Anbieter solcher Geschäfte sitzen
in der Regel im Ausland.

25 Eine gesetzliche Regelung, die diese Drittanbieterabrechnung
nur erlaubt, wenn der Vertragspartner ausdrücklich schriftlich
zugestimmt hat, würde für Rechtsicherheit und Klarheit sorgen.

Atomkonzerne müssen ihren Müll selbst bezahlen

Atomkonzerne müssen die Lagerung ihres Atommülls selbst zahlen. Die Lagerung muss streng vom Staat überwacht werden.

5 Begründung:

Die Atombranche hat über Jahrzehnte hinweg Milliarden-Gewinne gemacht und Millionen an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Sie sind nun in der Pflicht die Kosten des Atommülls selbst zu tragen. Die öffentliche Hand ist nicht dafür zuständig den Müll von Konzernen zu bezahlen. Sehr wohl muss sie aber die Lagerung streng kontrollieren, damit es nicht zu nuklearen Katastrophen (z.B. radioaktives Grundwasser) kommt.

15

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Atomkonzerne müssen die Lagerung ihres Atommülls **weitestgehend** selbst zahlen. Die Lagerung muss streng vom Staat überwacht werden.

Brennelementesteuer fortsetzen

Brennelementesteuer fortsetzen

Das Kernbrennstoffgesetz wird dahin geändert, dass ab 1.1.2017 die Steuer auf Brennelemente unbefristet fortgesetzt wird.

5 Begründung:

Das Kernbrennstoffgesetz wurde Ende 2010 von der CDU/FDP-Regierung mit einer Brennelementesteuer mit Ablauf zum 31.12.2016 verabschiedet. Die SPD hat dagegen gestimmt, weil

10

a) die Bemessungsgrundlage der Steuer zu gering war und

15 b) die Frist der Steuer bis Ende 2016 zu kurz bemessen war.

Unabhängig davon ist die Kernbrennstoffsteuer grundsätzlich sinnvoll. Sie entspricht unserer Forderung, dass sich die AKW-Betreiber an den Kosten für die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle und an der notwendigen Sanierung vorhandener Lagerstätten beteiligen.

20

Im Koalitionsvertrag wurde allerdings die Weiterführung der Kernbrennstoffsteuer nicht behandelt.

25 Dies wiederum kann kein Hindernis sein sinnvolle und zweckmäßige Gesetze zu machen.

Innen und Recht

Antragsbereich IR/ **Antrag 1**

Kennnummer 8373

Kreisverband Bodensee

Sexuelle Selbstbestimmung

Sexuelle Selbstbestimmung

5 Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, das Sexualstrafrecht so zu ändern, dass jede sexuelle Handlung, die gegen den Willen einer anderen Person ausgeübt wird, oder bei der das Einverständnis der anderen Person offensichtlich fehlt, unter Strafe gestellt wird. Erledigt durch gesetzliche Neuregelung.

Begründung:

10 Zwar sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung die Schließung einzelner Schutzlücken im Sexualstrafrecht vor, allerdings bleibt das sexuelle Selbstbestimmungsrecht auch nach den geplanten Änderungen nur unzureichend geschützt. So wird die sexuelle Selbstbestimmung nicht von sich aus geschützt, sondern muss von den Betroffenen aktiv verteidigt werden. Die körperliche Verteidigung ist nur dann nicht erforderlich, wenn bestimmte Umstände vorliegen, bspw. dann, wenn der Täter die Betroffene überrascht und sie sich aus diesem Grund nicht zur Wehr setzt. Nach § 177 StGB – Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung ist das klare „Nein“ der Frau nicht ausreichend. Wendet der Täter z. B. nur psychische aber keine körperliche Gewalt an oder droht er der Frau nicht mit „gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben, oder ist die Frau nicht in der Lage sich zu wehren“, liegt nach der derzeitigen Rechtsprechung keine Vergewaltigung vor.

25 Im Sexualstrafrecht muss klar sein, dass für eine Strafbarkeit des Täters ein „Nein“ ausreicht, auch wenn keine körperliche Gewalt geleistet wurde. Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung muss unter Strafe gestellt werden, sowie es die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Deutsche Institut für Menschenrechte, Frauen- und Opferverbände und Terre des Femmes fordern. „Nein heißt Nein“ muss unmissverständlich gelten.

Polizeikostenersatz

Die SPD Mooswald-Landwasser-Lehen beantragt, dass sich die SPD Landesverband Baden-Württemberg sowohl im Land als auch im Bund und auch mit Blick auf das Wahlprogramm 2017 für den Polizeikostenersatz bei kommerziellen Großveranstaltungen (ab mindestens 5.000 Teilnehmern) einsetzt.

Begründung:

Die Polizei hat und soll uneingeschränkt das staatliche Gewaltmonopol in Deutschland behalten. Doch die Aufgaben der Polizei nehmen zu, auch die Polizeipräsenz bei privaten und kommerziellen Großveranstaltungen. Die personelle Aufstockung kommt diesen wachsenden Anforderungen nicht nach.

Umfragen bestärken den Willen der Bevölkerung. Sie würde es begrüßen, wenn private Veranstalter von Konzerten, Festen und Fußballspielen, die eine erhöhte Polizeipräsenz nötig machen, sich an den Kosten für die Polizei beteiligen. Dies wird teilweise schon in anderen europäischen Ländern praktiziert. Zudem wird es als gerecht von der Bevölkerung empfunden. Diesem Gerechtigkeitswunsch würden wir nachkommen.

Innere Sicherheit

Der Landesparteitag möge aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage folgende Forderungen beschließen und diese zur Umsetzung an die Landtags- und Bundestagsfraktion weiterleiten:

Polizeikostenersatz

Ablehnung

Innere Sicherheit

Zur Beschlussfassung nicht geeignet.

10 Verdoppelung des Etats für die Psychosoziale Betreuung im Land(Dies soll für alle Menschen gelten, die sich in Deutschland aufhalten)

Stärkung der Bundespolizei durch mehr Personal (Beamte:5000+)

15 Die SPD verweigert jeder Grundgesetzänderung die Zustimmung, die zum Ziel hat die Bundeswehr in Deutschland mit Polizeiaufgaben zu betrauen

20

Antragsbereich IR/ Antrag 4

Kennummer 8426

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Briefwahl portofrei

Briefwahl portofrei

5 Die Teilnahme an politischen Wahlen per Briefwahl soll auch Annahme aus dem Ausland für alle wahlberechtigten Personen portofrei möglich sein. Wird ein Wahlbrief innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit der Post übersendet, muss er bereits bisher nicht frankiert werden. Erfolgt die Teilnahme an der Wahl jedoch aus dem Ausland, ist dies nicht der Fall. Die Portokosten muss hierbei der/die Briefwählende selbst tragen. Da dies je nach Umfang der Wahlzettel (bspw. zu Kommunalwahlen) unter Umständen auch das Format für Normalporto übersteigen kann, ist die Teilnahme an der Wahl hier mit Kosten verbunden, die

10 zwar im individuellen Fall möglicherweise vergleichsweise gering, aber aufgrund ihrer abschreckenden Wirkung dennoch nicht unerheblich sind. Wir fordern daher, dass es auch im Ausland lebenden wahlberechtigten BürgerInnen möglich sein muss, ihr Wahlrecht wahrzunehmen, ohne dass ihnen dabei

15 zusätzliche Portokosten entstehen. Die Organisation der portofreien Briefwahl im Ausland kann dabei über Botschaften erfolgen, welche die Wahlunterlagen dann nach Deutschland weiterschicken.

Tag der Befreiung

Tag der Befreiung

Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag machen

Ablehnung

5 Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom
nationalsozialistischen Terror und vom Krieg. Für viele
Menschen in Europa bedeutete er die Hoffnung auf eine
Zukunft Frieden und Freiheit, für andere jedoch den Beginn
eines unsicheren Schicksals, von Flucht und Vertreibung, von
realsozialistischer Sowjetdiktatur. Für diesen wichtigen
Umbruch der deutschen und europäischen Geschichte wollen
10 wir in Form eines Gedenktages eine neue zeitgemäße
Erinnerungskultur schaffen, um die Lehren aus unserer
Geschichte zu verinnerlichen. Damals wurde dieser Tag
überall in Europa als Freuden- und Feiertag begangen – nicht
so in der Bundesrepublik. In Westdeutschland haben
15 Begrifflichkeiten wie „Kapitulation“, „Niederlage“ und
„Zusammenbruch“ das gesellschaftliche und mediale Bild
geprägt. Erst in den 80er Jahren sprach der damalige
Bundespräsident Richard von Weizsäcker erstmals vom „Tag
der Befreiung“ und wechselte damit die Perspektive von der
20 Sicht der Besiegten auf jene der Befreiten. Nach 70 Jahren
fordern wir – begründet mit unserem Auftrag für Demokratie,
Solidarität und Frieden und gegen das Vergessen - dass der 8.
Mai endlich als „Tag der Befreiung“ zum bundesweiten
gesetzlichen Gedenktag erklärt wird. Es gibt keinen Tag in der
25 Geschichte Europas, dessen Bedeutung so teuer errungen
werden musste, wie die des 8. Mai 1945. Dieser Bedeutung
sollte Rechnung getragen werden! „Nie wieder Faschismus -
nie wieder Krieg!“

Ein Lobbyregister für den Bundestag

5 Wir fordern ein Lobbyregister für den deutschen Bundestag in dem alle Lobbyisten, die Interessengruppen die sie vertreten und deren Finanzierungsquellen, öffentlich zugänglich gemacht werden. Des Weiteren fordern wir eine eindeutige Kennzeichnung von Lobbyisten im deutschen Bundestag. Wir
10 fordern zudem die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, offen zu legen an welche InteressensvertreterInnen von ihr Bundestagsausweise vergeben wurden. Zudem fordern wir Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung wie z.Bsp. Verweigerung der Akkreditierung und Strafzahlungen.

15

20

Änderung des Bestattungsgesetzes

Die SPD Baden-Württemberg fordert die Änderung des Bestattungsgesetzes, erster Abschnitt § 20-24 –Leichenschau-
BestattG, dahingehend, dass die Feststellung der Todesursache
5 in Zukunft durch einen unabhängigen und speziell dafür ausgebildeten MedizinerIn erfolgen soll, in einem selbstständigen amtlichen Verfahren, unter Berücksichtigung religiöser Bedürfnisse, zur Feststellung der Todesursache, wie sie im angloamerikanischen Bereich durch einen “Coroner“
10 durchgeführt wird. Die Verfügbarkeit entsprechend geschulter MedizinerInnen muss dabei in der Fläche gewährleistet sein. Außerdem soll die Leichenschau bundesweit vereinheitlicht werden.

Ein Lobbyregister für den Bundestag

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Wir fordern ein Lobbyregister für den deutschen Bundestag in dem alle Lobbyisten, die Interessengruppen die sie vertreten und deren Finanzierungsquellen, öffentlich zugänglich gemacht werden. Des Weiteren fordern wir eine eindeutige Kennzeichnung von Lobbyisten im deutschen Bundestag. ~~Wir fordern zudem die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, offen zu legen an welche InteressensvertreterInnen von ihr Bundestagsausweise vergeben wurden.~~ Zudem fordern wir Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung wie z.Bsp. Verweigerung der Akkreditierung und Strafzahlungen.

Änderung des Bestattungsgesetzes

Ablehnung

Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsbereich AUS/Antrag 1

Kennnummer 8453

Kreisverband Emmendingen

Empfänger:

Bundesparteitag

Waffenhandel in Krisengebiete verhindern

Waffenhandel in Krisengebiete verhindern

Die SPD ist eine Friedenspartei. Sozialdemokratische Rüstungsexportpolitik sollte deshalb gewährleisten, dass unsere Waffenexporte einerseits nicht in Krisengebiete gelangen und/oder andererseits, nicht in Staaten gelangen, die Menschenrechte verletzen, wie zum Beispiel Saudi Arabien. Um das Risiko zu minimieren, dass Waffenexporte in falsche Hände geraten, fordern wir Exportgenehmigungen grundsätzlich nur an EU-Mitglieder, Nato-Partner und Israel – als Einzelgenehmigungen, mit strengen Auflagen und weiteren Kontrollen - zu erteilen. Einzige Ausnahme kann die Ausstattung von Streit- bzw. Polizeikräften innerhalb einer EU-Ausbildungsmission sein.

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine effektive Regelung zur Endverbleibkontrolle durchzusetzen. Ohne einen vertraglich garantierten Endverbleib im Importland, darf es keine Exportgenehmigung geben. Bei Verstößen werden zukünftige Genehmigungen nicht mehr erteilt, laufende Verfahren eingestellt und die Zuwiderhandlung mit Sanktionen geahndet. Zudem spricht sich die SPD für einen Konversionsprozess der Rüstungsfirmen ein.

Für die Arbeitnehmer*innen werden über die Bundesagentur für Arbeit Weiterqualifikationen und Traineeprogramme angeboten.

Begründung:

Deutschland liefert Waffen in erheblichem Umfang in Krisengebiete. Dabei werden in Ländern wie Saudi-Arabien massive Menschenrechtsverletzungen begangen oder gar demokratische Entwicklungen wie in Bahrain 2011 blutig niedergewalzt. Diese Entwicklungen darf Deutschland nicht auch noch durch Waffenlieferungen unterstützen.

~~Zudem spricht sich die SPD für einen Konversionsprozess der Rüstungsfirmen ein. Falls durch diese Reformen Arbeitsplätze in Rüstungsunternehmen bedroht sind, setzt sich die SPD für einen Konversionsprozess für diese Unternehmen ein.~~ Für die

40 Wir erkennen an, dass die Rüstungsexporte in manche Länder
zurückgegangen sind. Der Wert der genehmigten
Rüstungsexporte ist 2014 im Vergleich zu 2013 deutlich
gesunken um 1,8 Milliarden € auf rund 4 Milliarden €. Die
Ausfuhrgenehmigungen für Entwicklungsländer ist
45 zurückgegangen von 562 Millionen € in 2013 auf 217 € in 2014.
Dennoch exportiert Deutschland in großem Umfang Waffen.
Das Rüstungsexportvolumen ist nach wie vor hoch. Der
Gesamtwert der Exporte wird in den ersten sechs Monaten 2015
auf über 6,35 Milliarden Euro beziffert. Vor allem die Zahl an
Rüstungsexporten in arabische und nordafrikanische Staaten hat
50 sich von 219 Millionen Euro auf

587 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Zwar sind dies bei
weitem nicht nur Waffen, sondern auch andere Güter, wie
LKWs. Gerade dies führt zur Problematik der Abgrenzung
55 zwischen ziviler und militärischer Nutzung. Wir brauchen
präzisere Kriterien zur eindeutigen Abgrenzung sog. Dual-use-
Güter.

Sonst besteht die Gefahr, dass mit deutschen Waffen besonders
60 die Konflikte in Krisengebieten weiter verschärft werden. Als
Friedenspartei wollen wir nicht länger das Geschäft mit dem Tod
in Deutschland fördern. Für die SPD gilt: Frieden vor Profit.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass der Endverbleib oft
65 nicht gesichert ist. Gelieferte Waffen dürfen keinesfalls in
falsche Hände geraten. Die sog. Endverbleibkontrolle ist allzu
oft nicht möglich, hier müssen die Voraussetzungen verschärft
und präzisiert werden, z.B. durch effektive sog. Post-Shipment-
Kontrollen. Rüstungsgüter dürfen nicht exportiert werden, wenn
70 nicht gesichert ist, wer letztlich die Waffen erhält.

Wir begrüßen das Aktionsbündnis Aufschrei-Waffenhandel,
weil in diesem Bündnis zahlreiche Organisationen berechnigte
Kritik an Waffenexporten in Krisenländern äußern und damit zur
75 dringend nötigen Transparenz beitragen.

Partnerland Burundi

Partnerland Burundi

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine nachhaltige Demokratisierung der Gesellschaft in Burundi ein.

Annahme in der Fassung der Antragskommission.

5 Sie fördert die zivilgesellschaftlichen Gruppen, kirchliche Gruppen sowie den Aufbau von Gewerkschaften in Burundi.

10 Wir unterstützen den Prozess des friedlichen Dialoges zwischen Regierungspartei und verschiedenen Oppositionsgruppierungen, auch die Bemühungen der katholischen Bischöfe in Burundi sowie anderer christlichen Organisationen, um eine Lösung für die dauerhafte Krisenbewältigung zu finden.

15 Die SPD Baden-Württemberg fordert den derzeitigen Präsidenten dem politischen Gegner, der auf dem Boden der burundischen Verfassung, der Vereinbarungen von Arusha steht, und physischer als auch psychischer Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eine klare Absage erteilt, mit Respekt zu begegnen. Politische Funktionen werden vom burundischen Volk in geheimer Wahl vergeben. Bei Wahlen müssen jede Art von Oppositionsgruppen, die auf dem Boden der burundischen Verfassung stehen, zugelassen werden, ohne dass man ihre Mitglieder verfolgt, sie festnimmt, sie einschüchtert. Solchen Organisationen müssen die Möglichkeiten gegeben werden ihre Vorstellungen vor Wahlen der Bevölkerung ungehindert mitzuteilen.

30 Die SPD Baden-Württemberg fordert eine weitreichende Förderung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Gruppen im Partnerland Burundi. Insbesondere fördert und unterstützt sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, den Aufbau und die organisatorische Unabhängigkeit von Gewerkschaften. Auch in Burundi ist festzustellen, dass wirtschaftliche Verbesserungen nur in seltenen Fällen gleichzusetzten sind mit der Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung.

35 In diesem Zusammenhang wird sich die SPD Baden-Württemberg mit den demokratischen Kräften ihres Partnerlandes für eine Internationalisierung von Abbaurechten von Bodenschätzen unter dem Mandat der UNO einsetzen, die gewährleistet, dass die Bevölkerung Burundis, eigentlicher Nutznießer der Bodenschätze ihres Landes ist.

1. Internationale Zusammenarbeit über die SEZ in engster
Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen
und Kommunen in Baden-Württemberg :

Die Orientierung der SEZ auf viele einzelne Projekte,
die ihr von den Zivilgesellschaften angetragen werden,
ist nicht leistbar und erzeugt Verwirrung und Frustration
bei Mitarbeitern, vor allem aber auch bei den
Projektträgern aus der Zivilgesellschaft. Im Rahmen
eines 5 Jahresplanes sollen Schwerpunktprojekte
gefördert werden. Burundi, als baden-
württembergisches Partnerland, steht immer im
Mittelpunkt entwicklungs-und friedenspolitischer
Kooperation in Baden-Württemberg.

Die SPD Baden-Württemberg unterstützt eine weitere
Stärkung der SEZ und sie fordert den baden-
württembergischen Landtag auf, die SEZ auch finanziell
zu stärken und zu fördern.

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine weitere
demokratische Entwicklung der Justiz sowie der
burundischen Verwaltung ein. Sie fördert ebenso den
Ausbau und die demokratische Fortentwicklung der
Friedens-und Versöhnungsarbeit zwischen den
gesellschaftlichen Gruppen und wird auch in diesem
Kontext die Weiterentwicklung der
Kooperationsmöglichkeiten der SEZ unterstützen und
fördern.

Eine nachhaltige Bildungsarbeit in Burundi kann ebenso
durch die Unterstützung der SEZ in Zusammenarbeit
mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu einer
Schwerpunktarbeit der nächsten 5 Jahre entwickelt
werden.

Die SPD Baden-Württemberg misst einer
fortschreitenden demokratischen Entwicklung in
Burundi der interkommunalen Zusammenarbeit
zwischen baden-württembergischen Kommunen und
Partnerkommunen in Burundi große Bedeutung zu. Hier
begegnen sich Menschen unterschiedlicher

kultureller Zugehörigkeit in direktem Austausch , im
Interesse eines nachhaltigen globalen Zusammenlebens
in Augenhöhe. Deshalb ist die Zusammenarbeit
zwischen Kommunen der Partnerländer besonders
wichtig.

Für Baden-Württemberg ist diese Partnerschaft ein
Modellfall, an dem immer wieder, auch in Schulen und
der Zivilgesellschaft gezeigt werden kann, was
Entwicklungs-und Friedenspolitik im Konkreten

bedeutet und zu welchen Ergebnissen sie führt. Die Kooperation auf Augenhöhe zwischen der Republik Burundi, allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen, die auf dem Boden der burundischen Verfassung stehen, sowie die Einhaltung internationaler Vereinbarungen, wie dem Vertrag von Arusha, sind Grundlage jeglicher partnerschaftlicher Entwicklungsarbeit.

Die Zusammenarbeit offizieller Vertreter des Landes Baden-Württemberg mit Vertretern der Zivilgesellschaften sowohl in Baden-Württemberg wie in Burundi soll ein Beispiel werden für die Kooperation zwischen einem zentralafrikanischem Land und einem Bundesland. Bei aller Beachtung drängender Probleme in vielen Teilen der Erde, werden die Bemühungen in und um Burundi künftig im Mittelpunkt stehen.

2. Keine Privatisierung des Wassers

Die SPD Baden-Württemberg wendet sich gegen die privatwirtschaftliche Ausbeutung von Wasserquellen mit der Folge von profitorientierten Angeboten für Trinkwasser in Form von Softdrinks oder verpacktem Wasser.

In Burundi wird durch private Nutzer und Industriekonzerne Wasser vermarktet und damit werden große Teile der Bevölkerung von der Nutzung von trinkbarem Wasser ausgeschlossen. Der Fall der niederländischen Brauerei Heineken, die mit erheblichen Summen den politischen Status Quo in Burundi zementiert, ist hierfür nur eines der Beispiele.

3. Freie und unabhängige Medien in Burundi

Die SPD Baden-Württemberg unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die multimediale, unabhängige und freie Gestaltung von Medien in Burundi. Sie fordert die Landesregierung auf, auf die Wiederherstellung einer pluralistischen Medienlandschaft hinzuwirken. Die SPD Baden-Württemberg lehnt die teilweise diffamierenden Äußerungen der burundischen Regierung gegenüber regierungskritischer Medien ab. Die Einschüchterung von Journalisten und Medienunternehmen verstößt gegen menschenrechtliche und demokratische Grundlagen und behindert eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Burundi und Baden-Württemberg.

~~Die SPD Baden-Württemberg wendet sich gegen die privatwirtschaftliche Ausbeutung von Wasserquellen mit der Folge von profitorientierten Angeboten für Trinkwasser in Form von Softdrinks oder verpacktem Wasser.~~

Wir stellen uns an die Seite der burundischen Bevölkerung, die sich gegen die privatwirtschaftliche Ausbeutung ihrer Wasserquellen wehrt.

150 Für die SPD Baden-Württemberg gilt, dass sich die internationale Zusammenarbeit an den Interessen der Bevölkerung und nicht an den Interessen weniger multinational ausgerichteter Unternehmen orientieren muss. Dieses verstößt gegen das Recht aller Menschen auf eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche, 155 persönliche und gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen, naturerhaltenden Weiterentwicklung und Erhaltung unserer Schöpfung.

Antragsbereich AUS/Antrag 3

Kennummer 8414

Ortsverein Willstätt

(Kreisverband Ortenau)

SPD BW und Burundi

SPD BW und Burundi

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine nachhaltige Demokratisierung der Gesellschaft in Burundi ein.

Erledigt durch Annahme von Antrag AUS 2 in der Fassung der Antragskommission.

5 Sie fördert die zivilgesellschaftlichen Gruppen, kirchliche Gruppen sowie den Aufbau von Gewerkschaften in Burundi.

10 Wir unterstützen den Prozess des friedlichen Dialoges zwischen Regierungspartei und verschiedenen Oppositionsgruppierungen, auch die Bemühungen der katholischen Bischöfe in Burundi sowie anderer christlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, um eine Lösung für die dauerhafte Krisenbewältigung zu finden.

15 Die SPD Baden-Württemberg fordert eine weitreichende Förderung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Gruppen im Partnerland Burundi. Insbesondere fördert und unterstützt sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, den Aufbau und die organisatorische Unabhängigkeit von Gewerkschaften.

20 **FORDERUNG NACH INTERNATIONALER KONTROLLE DER ABBAURECHTE VON BODENSCHÄTZEN**

25 In diesem Zusammenhang wird sich die SPD Baden-Württemberg mit den demokratischen Kräften ihres Partnerlandes für eine Internationalisierung von Abbaurechten von Bodenschätzen unter dem Mandat der UNO einsetzen, die gewährleistet, dass die Bevölkerung Burundis, eigentlicher Nutznießer der Bodenschätze ihres Landes ist.

30

Internationale Zusammenarbeit über die SEZ in engster Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen und Kommunen in Baden-Württemberg

35

Die Orientierung der SEZ auf viele einzelne Projekte, die ihr von den Zivilgesellschaften angetragen werden, ist nicht leistbar und erzeugt Verwirrung und Frustration bei Mitarbeitern, vor allem aber auch bei den Projektträgern aus der Zivilgesellschaft. Im Rahmen eines 5 Jahresplanes sollen Schwerpunktprojekte gefördert werden. Burundi, als baden-württembergisches Partnerland, steht immer im Mittelpunkt entwicklungs- und friedenspolitischer Kooperation in Baden-Württemberg.

45

Die SPD Baden-Württemberg unterstützt eine weitere Stärkung der SEZ und sie fordert den baden-württembergischen Landtag auf, die SEZ auch finanziell zu stärken und zu fördern.

50

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine weitere demokratische Entwicklung der Justiz sowie der burundischen Verwaltung ein. Sie fördert ebenso den Ausbau und die demokratische Fortentwicklung der Friedens- und Versöhnungsarbeit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und wird auch in diesem Kontext die Weiterentwicklung der Kooperationsmöglichkeiten der SEZ unterstützen und fördern.

55

60

Eine nachhaltige Bildungsarbeit in Burundi kann ebenso durch die Unterstützung der SEZ in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu einer Schwerpunktarbeit der nächsten 5 Jahre entwickelt werden.

65

STÄRKUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN KOMMUNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG und BURUNDI

70

Die SPD Baden-Württemberg misst einer fortschreitenden demokratischen Entwicklung in Burundi der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen Kommunen und Partnerkommunen in Burundi große Bedeutung zu. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher

75

kultureller Zugehörigkeit in direktem Austausch, im Interesse eines nachhaltigen globalen Zusammenlebens in Augenhöhe. Deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen der Partnerländer besonders wichtig.

80

Für Baden-Württemberg ist diese Partnerschaft ein Modellfall, an dem immer wieder, auch in Schulen und der Zivilgesellschaft gezeigt werden kann, was Entwicklungs- und Friedenspolitik im Konkreten bedeutet und zu welchen Ergebnissen sie führt. Die partnerschaftliche Kooperation auf Augenhöhe zwischen der Republik Burundi, allen politischen

85 und gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen, die auf dem
Boden der burundischen Verfassung stehen und die Einhaltung
internationaler Vereinbarungen , wie dem Vertrag von Arusha,
und den offiziellen Vertretern des Landes Baden-Württemberg
sowie den Vertretern der Zivilgesellschaften , ist ein Beispiel
90 für die Kooperation zwischen einem zentralafrikanischem
Land und einem Bundesland. Bei allem Verständnis für
drängende Probleme in vielen Teilen der Erde, werden die
Bemühungen in und um Burundi künftig im Mittelpunkt
stehen.

95

Keine Privatisierung des Wassers

Die SPD Baden-Württemberg wendet sich gegen die
privatwirtschaftliche Ausbeutung von Wasserquellen, um
100 Trinkwasser in Form von Softdrinks oder verpacktem Wasser.
In Burundi werden durch private Nutzer und Industriekonzerne
Wasser vermarktet und somit große Teil der Bevölkerung von
der Nutzung von trinkbarem Wasser ausgeschlossen. Der Fall
der niederländischen Brauerei Heineken , die mit erheblichen
105 Summen den politischen Status Quo in Burundi zementiert ist
hierfür nur eines der Beispiele.

Freie und unabhängige Medien in Burundi

110 Die SPD Baden-Württemberg unterstützt im Rahmen ihrer
Möglichkeiten die multimediale, unabhängige und freie
Gestaltung von Medien in Burundi. Sie fordert die
Landesregierung auf , auf die Wiederherstellung einer
pluralistischen Medienlandschaft hinzuwirken. Die SPD
115 Baden-Württemberg lehnt die teilweise diffamierenden
Äusserungen der burundischen Regierung gegenüber
regierungskritischer Medien ab. Die Einschüchterung von
Journalisten und Medienunternehmen verstösst gegen
menschenrechtliche und demokratische Grundlagen und
120 behindert eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Burundi
und Baden-Württemberg.

Für die SPD Baden-Württemberg gilt, dass sich die
internationale Zusammenarbeit an den Interessen der
125 Bevölkerung und nicht an den Interessen Weniger
multinational ausgerichteter Unternehmen orientieren darf.
Dies, so wissen wir, verstösst gegen das Recht aller Menschen
auf eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche, persönliche
und gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Sinne einer
130 nachhaltigen, naturerhaltenden Entwicklung unserer
Schöpfung.

Kennnummer 8449
Kreisverband Emmendingen
Empfänger:
Bundesparteitag

Fluchtursachen bekämpfen

Fluchtursachen bekämpfen

Die Flüchtlingskrise ist eine Krise im Leben dieser Menschen, Annahme für uns ist sie bloß eine Aufgabe. “

- 5 Kein Mensch verlässt seine Familie und seine Heimat grundlos – vor allem in dem Wissen, dass die Fluchtwege monatelang (oft auch jahrelang), sehr teuer und lebensgefährlich sind. Wir müssen uns fragen, warum diese Menschen fliehen? Warum nehmen sie all diese Risiken in Kauf?
- 10 Menschen fliehen, weil ihr Leben in Gefahr oder das Überleben ihrer Familienangehörigen bedroht sind. Es sind immer extreme Lebenslagen, die dazu führen, dass Menschen ihre Heimat in der Hoffnung verlassen, in einem anderen Land zu überleben und sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Dafür sind sie
- 15 bereit, die Gefahren und extremen Belastungen einer langen und gefährlichen Flucht in Kauf zu nehmen. Nicht nur Krieg und Gewalt, sondern auch für uns nicht vorstellbare Armut sind Auslöser für Flucht. Auch sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge kommen nicht, um sich zu bereichern. Oft wird übersehen, dass
- 20 ökonomische Verhältnisse, die nur Ungleichheit produzieren sowie ungerechte internationale Wirtschafts- und Handelsstrukturen (an denen die EU und damit auch DE – durch z.B. Agrar- Produktions- oder Exportsubventionen – beteiligt sind) für die Vernichtung von Lebensgrundlagen sorgen.
- 25 Deshalb fordern wir konkrete Überlegungen zur Schaffung gerechter Wirtschaftsbeziehungen sowie zur Aufhebung struktureller Ungleichheit und ungerechter Verteilung von Lebens- und Entwicklungschancen vor Ort. Die
- 30 Entwicklungszusammenarbeit darf nicht nur eigenen nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen unterworfen werden, sondern muss sich an den Prinzipien der Menschenrechte orientieren. Verantwortungsbewusstes Handeln berücksichtigt, dass es zuerst darum gehen muss die Lebenssituation armer
- 35 Bevölkerungsgruppen zu verbessern, nachhaltig und partnerschaftlich. Wir müssen uns mehr anstrengen, um unsere gegebenen Versprechen zu halten, uns mehr engagieren in den Herkunftsländern.
- 40 Länder in denen korruptierte und diktatorische Regimes oder Staaten regieren, in denen es immer noch zu kriegesischen

Auseinandersetzungen kommt, dürfen nicht zu sicheren Drittstaaten erklärt werden.

45

Auch der Klimawandel und die Umweltzerstörung treiben viele Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen. In der Entwicklungszusammenarbeit – Entwicklungsländer und Industrieländer – kann und muss dem Klimawandel entgegengewirkt werden. Darüber hinaus müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, uns stärker dafür einsetzen, dass Menschen, die vor klimabedingten Ursachen oder Umweltkatastrophen fliehen, im deutschen, europäischen und internationalen Flüchtlingsrecht als Klima- und Umweltflüchtlinge anerkannt werden.

50

55

Die Fluchtursachen müssen ernst genommen und nach tragfähigen Lösungen gesucht werden – für ein menschenwürdiges Leben in den Herkunftsländern; Perspektiven für die Menschen schaffen.

60

Waffenlieferungen in Kriegs- und Konfliktgebiete sollen verhindert werden, auch an oppositionelle Kräfte darf nicht geliefert werden. Dafür soll die humanitäre Hilfe stärker ausgebaut werden. Diese darf jedoch nicht für sicherheitspolitische Strategien missbraucht werden.

65

Wir dürfen uns nicht durch die türkische Regierung erpressen lassen. Die Zusammenarbeit mit Griechenland, Italien, Spanien und den Balkanstaaten soll auf solide Fundamente gestellt werden und die Mittel zur Finanzierung sollen für Projekte und Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt werden. Auch sonstige Auffanglager die vor allem in nordafrikanischen Staaten errichtet wurden, sollen menschenrechtlichen Standards entsprechen.

70

75

Menschenrechte müssen geachtet werden, eine langfristige, gerechte und wirksame Entwicklungszusammenarbeit muss auf- und ausgebaut werden. Der Klimawandel muss bekämpft und ungerechte Wirtschafts- und Handelsstrukturen beseitigt werden. Es müssen finanzielle Mittel und Fachwissen zur Verfügung gestellt werden, Projekte angestoßen und begleitet werden. Im Klima- und Umweltbereich z.B. erneuerbare Energien zur Trinkwasserförderung und Bewässerung, Stromversorgung in privaten Haushalten Handwerksbetrieben, präventive Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen, Konzepte zur Müllentsorgung und Recycling müssen erarbeitet werden.

80

85

Die Menschen vor Ort sind stets in die wichtigsten Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, damit sie sich selbst aktiv für ihre Zukunft engagieren. HILFE ZUR SELBSTHILFE mit dem Ziel, dass die Unterstützten sich langfristig selbst versorgen können.

90

95

Wir dürfen nicht vergessen, dass Millionen Europäer und Europäerinnen, die Mitte des 20. Jahrhunderts auswanderten – um Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut, Krieg und Verfolgung zu entgehen – Aufnahme in anderen Ländern/Kontinenten fanden. Dies sollten wir heute Menschen aus allen Ländern, auch aus den sogenannten sicheren Drittstaaten, durch die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes zugestehen. Der Vertrauensschutz für Flüchtlinge in Ausbildung muss konsequent angewandt werden. Lass unser Gewissen erwachen und für weltweite Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit den Hilfesuchenden aufstehen. Denn „ursprünglich (...) [hat] niemand [mehr Recht] an einem Orte der Erde zu sein (...), als der andere“.

Antragsbereich AUS/ **Antrag 5**

Kennnummer 8375

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Atomwaffen abschaffen

Atomwaffen abschaffen

- Im März 2010 wurde im Bundestag parteiübergreifend der Beschluss gefasst, den Abzug der in Deutschland stationierten amerikanischen Atombomben „mit Nachdruck zu verfolgen“. Der Abzug dieser Waffen fand nicht statt — im Gegenteil, jetzt sollen sie „modernisiert“ werden: Die USA planen eine neue „verbesserte“ Version mit größerer Zielgenauigkeit, sie sollen die alten in Büchel/Rheinland-Pfalz gelagerten Atombomben ersetzen!
- Schon jetzt hat jede dieser Atombomben eine 13mal größere Sprengkraft als die vor rd. 71 Jahren abgeworfene Hiroshima-Bombe. Bundeswehrsoldaten trainieren regelmäßig mit Tornado-Kampfflugzeugen den Abwurf
- Alle, die in Büchel protestieren, fordern mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung
- den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und
 - ein völkerrechtliches Verbot aller Atomwaffen.
- Diesen Forderungen schließt sich der Landesparteitag an und fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

Europa

Antragsbereich EUR/**Antrag 1**

Kennnummer 8412

Ortsverein Winnenden

(Kreisverband Rems-Murr)

Brexit als Chance

Brexit als Chance

Die SPD Baden-Württemberg ist enttäuscht, dass sich die Überweisung an die baden-Mehrheit der Briten von Europa abwendet, und sie ist empört württembergischen Mitglieder der S&D-darüber, wie fahrlässig die konservative britische Regierung die Fraktion. europäische Zukunft des Landes verspielt hat.

5

2) Wir sind entsetzt über die Spielernaturen, die sich aus der Verantwortung stehlen, nachdem sie diesen Brand gelegt haben, und wir sind entsetzt, wie viele Menschen diesen Spielern gefolgt sind.

10

3) Falls sich Schottland unabhängig macht, begrüßen wir seinen Beitritt zur Europäischen Union.

15

4) Wir sind sehr interessiert, gutnachbarliche Beziehungen zu Großbritannien zu pflegen.

20

5) Wir stimmen zu, dass die Europäische Union Großbritannien Zugang zum EU-Binnenmarkt gewährt, wenn das Land dies beantragt. Aber: Es gibt für Großbritannien keinen Sonderstatus, keine Sonderkonditionen. Großbritannien muss für dieses Privileg Beiträge bezahlen wie Norwegen oder die Schweiz, und es muss den Binnenmarkt in all seinen Fassetten annehmen, zum Beispiel inklusive der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

25

Es darf unter keinen Umständen eine „Rosinenpickerei“ geben, die den Eindruck vermitteln könnte, ein Austritt aus der EU würde sich lohnen. Es ist an der Zeit, dass die europäischen Institutionen der neuen britischen Regierung diese Aussichten unmissverständlich vermitteln.

30

6) Nach Flüchtlingskrise und Brexit-Abstimmung muss Europa neu zueinanderfinden. Darin liegt die Chance des Brexit für Europa.

35

7) Es ist deutlich zu machen, für welche Grundwerte die Europäische Union steht. Sie sind auch konsequent von allen Mitgliedsstaaten einzufordern. Das sind Frieden, die Menschenrechte, zu denen wesentlich Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit zählen, sowie Wohlstand durch den

40 Binnenmarkt. Die Flüchtlingskrise, aber auch innenpolitische
Entwicklungen zeigen, dass osteuropäische Mitgliedstaaten
noch nicht wirklich im Wertesystem des integrierten Europa
angekommen sind.

45 8) Um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, ist
die EU dringend gefordert, ihre großen Baustellen abzarbeiten:
die Finanzkrise, die Stabilisierung Griechenlands, das Verhältnis
zum Nachbarn Russland, die Bekämpfung der Terrorgefahren,
die Flüchtlingsfrage.

50 9) Es muss eine Neuausrichtung Europas auf das Wesentliche
geben, Rückschritte in der europäischen Integration, wie sie in
Osteuropa gefordert werden, lehnen wir entschieden ab.

55 Wir haben 60 Jahre lang für das einzigartige Friedens- und
Wohlstandsprojekt Europäische Union gekämpft.

60 10) Angesichts der unterschiedlichen Interessen innerhalb der
EU ist es an der Zeit, die Möglichkeiten für ein Europa der zwei
Geschwindigkeiten zu öffnen.

Der EU droht ansonsten ein Stillstand oder sogar das
Auseinanderbrechen. Das Schengen-Abkommen und der Euro
waren die ersten Schritte in diese Richtung.

65 **Begründung:**

Deutschland hat nur innerhalb eines gemeinsamen, starken
Europas eine gute Zukunft. Deshalb ist die vertrauensvolle und
70 konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen
Union von herausragender Bedeutung.

Wir sehen, dass es viele bedeutsame Probleme gibt, für das
nationale Antworten nicht ausreichen. Es gibt hier auch keine
75 nationalen Lösungen. Hier brauchen wir europäisches Denken.

Der Weg, zurück in die Nationalstaaten, ist verhängnisvoll und
ist angesichts der Herausforderungen seitens der Globalisierung
nicht zukunftsweisend.

80 Die Menschen haben gegenüber Europa großes Misstrauen. Die
Chance des Brexits ist, dass die Menschen der anderen Länder
erkennen, dass ein gemeinsames Europa folgendes leistet: es
schafft Wohlstand in allen Ländern und es ist d i e Institution für
85 die gewaltfreie Lösung innereuropäischer Konflikte. Krieg in
Europa? Wir wollen Frieden. Das ist Zukunft.

Risikogewichtung von Staatsanleihen

Risikogewichtung von Staatsanleihen

Wir fordern, dass Staatsanleihen von Staaten innerhalb der EU langfristig mit einem angemessenen Risikogewicht belegt werden. Mit Hilfe von Übergangsfristen soll dabei eine Vermeidung von Marktturbulenzen angestrebt werden.

Ablehnung

5

Gleiche Lebenschancen in der EU

Gleiche Lebenschancen in der EU

Gleiche Lebenschancen in der EU statt wohlfeile Appelle

Überweisung an die baden-württembergischen Mitglieder der S&D-Fraktion.

5 1. Wenn in der Europäischen Union die aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme schrittweise gelöst werden sollen, bedarf es wirksamerer Handlungskonzepte und Kompetenzen, konzentriert auf die wichtigsten Politikbereiche. Vereinbarungen zwischen EU-Regierungen, die nur auf nationale Vorteile abzielen, schaffen keine neue Glaubwürdigkeit für die europäische Sache. Die Durchsetzung eigener Ordnungsvorstellungen, wie im Falle Deutschlands in der Finanzkrise, erweckt nur Misstrauen unter den Partnern und Furcht in den kleineren Staaten, von Deutschland dominiert zu werden.

15 2. Die Glaubwürdigkeit der europäischen Idee muss bei den Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden. Sie müssen deutlich erkennen können, dass europäische Lösungen der gerechteren Verteilung von Wohlstand und Berufschancen dienen. Der weitverbreitete Verdacht, dass die EU nur den „Großen“ dient, nicht den Jugendlichen ohne Arbeit, muss unverzüglich durch sichtbare, erste Erfolge widerlegt werden.

20

25 3. Wohlstand und Fortschritt in allen Regionen der
Europäischen Union kann nur verwirklicht werden, wenn der
wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklungsstand und
damit die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen einander
schrittweise angeglichen wird. Das gilt auch für die nationalen
Fiskalpolitiken, die heute ganz unterschiedlichen
30 Konzeptionen folgen. Der dringend notwendige Ausgleich
zwischen den Gewinnern und Verlierern des Gemeinsamen
Binnenmarktes kann nicht, wie sich gezeigt hat, gegen den
Willen der Bevölkerung in den reicheren Regionen Europas
mit Hilfe einer bloßen „Transferunion“ erreicht werden. Auch
35 die verschiedensten Strukturförderprogramme der EU reichen
dazu weder administrativ noch finanziell aus, sie können
allenfalls flankierend bei Hilfsmaßnahmen eingesetzt
werden. Notwendig ist in erster Linie eine zwischen helfenden
und begünstigten Mitgliedsländern mehrjährig vereinbarte
40 sektorale Hilfen zum Aufbau und

Erweiterung wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige und durch
bessere berufliche Qualifizierungssysteme in den südlichen
Regionen Europas.

45 4. Wenn die Europäische Union politisch überleben soll,
müssen vor allem die jungen Menschen eine berufliche
Perspektive in ihren Ländern erhalten. Wir brauchen besonders
hier einen Kooperationspakt von leistungsfähigen
Mitgliedstaaten der EU mit den notleidenden Regionen, um die
50 skandalös hohe Jugendarbeitslosigkeit rasch zu verringern. Mit
Hilfe qualifizierter Berufsbildungsangebote sowohl im
öffentlichen wie privaten Sektor sollen neue
Beschäftigungsmöglichkeiten und
55 Industrieansiedlungsprojekte begünstigt und damit die
internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder mit Hilfe
einer größeren Palette an Produktionen und Dienstleistungen
erhöht werden. Dadurch kann auch langfristig ein Beitrag

60 geleistet werden, die negativen Auswirkungen der immensen
Exportüberschüsse in den wohlhabenden Ländern Europas auf
die Arbeitsmarktsituation schwacher Wirtschaftsregionen
abzubauen.

65 Die positiven Erfahrungen mit dem Strukturhilfeprogramm für
den Aufbau der mittel- und osteuropäischen Länder Anfang der
90 er Jahre, durch Kooperation zwischen einzelnen

70 EU-Mitgliedstaaten und mit Hilfe der Europäischer
Kommission, sollten dabei unbedingt zu Rate gezogen werden.

75 5. Grundsätzliche Entscheidungen über künftig vordringliche
Handlungsfelder und Maßnahmen der Europäischen Union,
die im gemeinschaftlichen europäischen Interesse liegen, zum
Beispiel im Bereich einer gemeinsamen Arbeitsmarkt-, Sozial-
und Wirtschafts-politik, sollten durch Volksabstimmungen auf

80 EU - Ebene getroffen werden können. Dies könnte dazu beitragen, die heutige Bürgerferne von EU-Entscheidungen abzubauen und um der gängigen Polemik gegen angeblich illegitimierte Handlungen von EU –Kommission und EU-Parlament entschiedener entgegen zu treten. Hierzu sollte ein neuer Verfassungskonvent einberufen werden.

Begründung:

85 Nicht erfüllte Erwartungen an wirtschaftliche Prosperität und individuelle Lebenschancen für alle in der Europäischen Union haben den Europagedanken in Misskredit gebracht. Nazistische Schaumschläger in der EU, nationalistische und
90 populistische Strömungen haben die Europäische Union in politisch ernsthafte Schwierigkeiten geführt. Eine mehrjährige Hängepartei in der aktiven Europapolitik nach der letzten Finanzkrise hat die abnehmende Zustimmung zur EU noch beschleunigt. „Europa kann nicht weitermachen wie bisher“
95 sagt zwar Francois Hollande, aber wie, wird konkret nicht gesagt. Die europäische Idee kann nur durch Handlungsfähigkeit, Vertrauen und vor allem konkrete Erfolge, die solidarisch geschaffen werden, aktiviert werden; indem z.B. schwache Wirtschaftsstrukturen mit solidarischen
100 Hilfen aus reichen Ländern gestärkt und dort Ausbildung und Arbeit für Millionen Jugendlicher im eigenen Land angeboten werden, die heute noch immer mit leeren Händen dastehen.

Antragsbereich EUR/Antrag 4

Kennnummer 8452

Kreisverband Emmendingen

Unsere Sicht auf Europa

Unsere Sicht auf Europa

Resolution: Unsere Sicht auf Europa

Erledigt durch Beschlusslage.

5 Die Briten haben gewählt: mit einer knappen Mehrheit haben sie für einen Austritt aus der EU gestimmt. Auch wenn dieses Ergebnis zum Teil aus dem problematischen Referendums-Wahlkampf und einer unzureichenden Aufklärung über die Arbeit und Reichweite der EU-Institutionen resultierte, zeigt es uns doch, dass die Haltung gegenüber der EU in weiten Teilen der britischen Bevölkerung sehr skeptisch ist. Und nicht nur
10 dort: ähnliche Tendenzen zeigen sich in vielen anderen Ländern, nicht zuletzt auch in Deutschland, wo sich eine Anti-EU Linie mit der AfD nun auch in den Landes-Parlamenten zu etablieren beginnt. Zugleich sehen wir, dass die neuen

15

Populisten offensichtlich nicht regierungsfähig sind und sich, wie Nigel Farage, elegant aus der Verantwortung flüchten.

20 Bereits am Beispiel Griechenland wurde uns deutlich vor
Augen geführt, dass Solidarität leider eine Sache des
Geldbeutels ist. Sind wir mittlerweile in einer marktkonformen
Demokratie angelangt? Europa scheint sich immer mehr an
monetären statt gesellschaftlichen Fragen zu orientieren. Die
neoliberale Ideologie, die damit verbundenen Privatisierungen
25 und der Glaube, der Markt führe ohne staatliches Zutun zu
einer sinnvollen Verteilung von Arbeit und Kapital, führte für
unsere EU in der Vergangenheit zu weitestgehend negativen
Folgen in ökonomischen und sozialen Bereichen. Das Ergebnis
war eine immer ungleichere Vermögensverteilung, welche die
30 soziale Kluft massiv verstärkte.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zuwanderungspolitik, die
endlich auf europäischer Ebene koordiniert werden sollte.
Nicht zuletzt daran wird sich der Erfolg der EU langfristig
35 zeigen. Junge Briten, so sie zur Wahl gegangen sind, haben
mehrheitlich für einen Verbleib in der EU gestimmt. Und selbst
in Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien, die z.T.
stark unter der europäischen Sparpolitik leiden, denkt und
handelt die Jugend europäisch. Wie auch sonst - wir sind mit
40 offenen Grenzen großgeworden, haben in Reisen und
Austauschprogrammen Gleichaltrige aus anderen
europäischen Ländern kennengelernt.

Zugleich sind wir es, die auch die negativen Seiten einer
45 un kreativen rigiden Sparpolitik kennengelernt haben und
kennlernen werden. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in
südeuropäischen Ländern ist ein Skandal!
BerufseinsteigerInnen in fast allen europäischen Ländern
sehen sich mit unverhältnismäßig hohen Einstiegshürden und
50 niedrigen Löhnen konfrontiert. Von den Renten ganz zu
schweigen. Unsere Generation ist aber die Zukunft Europas.
Wir wollen und sollen die europäische Idee weiterführen und
ausbauen. Wenn aber einem großen Teil dieser Jugend die
Aussicht auf eine Zukunft in verhältnismäßiger Sicherheit und
55 Wohlstand genommen wird, ist Europa zum Scheitern
verurteilt.

Wir wollen kein Europa der Generationenkonflikte und
Verteilungskämpfe. Wir wollen ein Europa mit sozialen
60 Wurzeln. Als Friedensnobelpreisträger aus dem Jahr 2012
fordern wir endlich ein Umdenken! Mit einer gerechten
Integrations- und Wirtschaftspolitik möchten wir allen
Menschen ein besseres Leben ermöglichen.(, die unter den
damaligen Handlungen Verschlechterungen in ihren Ländern
65 erfuhren.) Ein einseitiger Wohlstand des europäischen
Nordens auf Kosten eines wirtschaftlich schwachen Südens
bedeutet auf lange Sicht das Ende Europas. Eine gerechtere
Wirtschaftspolitik bedeutet auch, dass Ungleichgewichte in der

70 deutschen Handelsbilanz durch stärkere staatliche Investitionen im Inland abgebaut werden, was auch zum Wohle aller europäischen Volkswirtschaften wäre. Die Grundidee Europas muss Solidarität sein! Wer Strukturhilfen in Anspruch nimmt muss auch solidarisch bereit sein Aufgaben zu übernehmen.

75 Ein soziales Europa soll in Zukunft nicht mehr vom Geldbeutel abhängen!

Verbraucherschutz

Antragsbereich V/ **Antrag 1**

Kennnummer 8391

Ortsverein Oberkirch

(Kreisverband Ortenau)

Den Lebensdauerverkürzungen bei Produkten entgegenwirken

Den Lebensdauerverkürzungen bei Produkten entgegenwirken

- Obsoleszenz – besser bekannt als die Verkürzung von Produktlebenszyklen auf Grund von frühzeitiger Materialermüdung, von Reparatur-Unfreundlichkeit der Produkte oder dem Einstellen der Verfügbarkeit von Softwareupdates - führt zur einem hohen Abfallaufkommen von technischen Gebrauchsgütern. Das ist nicht nachhaltig; Ressourcen werden verschwendet und Verbraucher gezwungen, unnötig Geld in Neuanschaffungen zu investieren.
- 5
- 10 Die SPD Baden-Württemberg fordert, dass
- die von den Herstellern kalkulierte Produktlebensdauer und der Mindestzeitraum für Softwareupdates den Verbrauchern beim Kauf eines Produktes in verständlicher Form zur Kenntnis gegeben wird und sie sich damit bewusst für ein langlebiges Produkt entscheiden können.
- 15
- Die Gewährleistung auf drei Jahre zu erhöhen und den Käufer während der gesamten Gewährleistungsfrist von seiner Beweispflicht zu entbinden.
- 20

Klare Deklaration von Nanomaterialien in Konsum und Verbrauchsgütern

Klare Deklaration von Nanomaterialien in Konsum und Verbrauchsgütern

Klare Deklaration von Nanomaterialien in Konsum und Verbrauchsgütern Überweisung an die Bundestagsfraktion.

5 Wir fordern, dass ErzeugerInnen fortan alle Produkte die Nanomaterialien beinhalten, klar deklarieren und der VerbraucherInnen künftig dadurch für das Thema besser sensibilisiert wird.

10 Zusätzlich soll in die Forschung über die Nanotechnik(en) und ihre gesundheitlichen und umweltbeeinflussenden Folgen bzw. Schäden investiert werden, um künftig aussagekräftigere Gutachten erstellen zu können und die Nanotechnologie(en) besser einschätzen zu können.

15

Einwanderung und Integration

Antragsbereich EI/ **Antrag 1**

Kennnummer 8431

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Neuregelung der Einwanderung für Menschen aus Drittstaaten **Neuregelung der Einwanderung für Menschen aus Drittstaaten**

Neureglung der Einwanderung für Menschen aus Drittstaaten Erledigt durch Beschlusslage.

5 Die SPD Baden-Württemberg fordert die Bundestagsfraktion auf eine Neuregulierung der Einwanderungspolitik festzulegen, die die Zuwanderung aus Drittstaaten erleichtern und somit fördern soll.

10 Wir fordern, dass der aktuelle Vorschlag der SPD, ein Zuwanderungsgesetz mit einem Punktesystem einzuführen, dahingehend erweitert wird, dass vor der Einreise ein Arbeitsvertrag nicht zwingend erforderlich sein muss. Solange im Rahmen des Punktesystems die notwendige Punktzahl zur Einwanderung erreicht ist, ist eine unbefristete Einreise zum Zweck der Arbeitssuche zulässig

15 Außerdem soll die Arbeitsvermittlung verbessert werden: zum einen sollen Informationszentren und nicht nur Sprachangebote in Städten außerhalb der EU eingerichtet werden. Dort sollen potentielle Einwanderer*innen über ihre
20 Rechte und Möglichkeiten der legalen Immigration in EU-Staaten aufgeklärt werden, um illegaler Einwanderung entgegen zu wirken. Zum anderen sollen Migrationszentren in den europäischen Ländern eingerichtet werden, um Migranten*innen eine Informations- und Anlaufstelle für
25 Jobangebote, Sprachkurse und Hilfestellungen zur Sozialisierung in die Gesellschaft anzubieten.

30 Des Weiteren fordern wir die Zahlung des Mindestlohns von Beginn der Erwerbstätigkeit.

Zusätzlich sollen Sozialleistungen in Form von ALG II
35 gewährt werden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden. Einwanderer*innen, die sich um einen Arbeitsplatz bemühen und dies nachweisen können, sollen ergänzend bis zu sechs Monate den Status einer Probeaufnahme erhalten und dadurch Kindergeld beziehen dürfen, selbst wenn die Kinder nicht im Land leben. Gleiches soll für Sozialhilfemittel gelten. Die grundsätzlich geforderte Nachweispflicht soll entbehrlich sein, wenn ein Gewerbe angemeldet wird und das entsprechende

40 Einkommen das Existenzminimum nicht überschreitet oder der Besuch eines Sprachkurses nachgewiesen wird.

Darüber hinaus unterliegen Kinder von ZuwandererInnen ebenso der Schulpflicht.

45 Zusätzlich fordern wir, dass die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen verstärkt wird sowie die Einführung einer einheitlichen Regelung für die Anerkennung landesrechtlich geregelter Berufe wie ErzieherInnen, LehrerInnen und
50 IngenieurInnen. Durch das europäische Vermittlungssystem Eures soll die Vermittlung vereinfacht werden und stärker von der Bundesregierung gefördert werden.

Schließlich ist es Sache des Staates die Bevölkerung über
55 Notwendigkeit und Vorteile von Zuwanderung für die Gesellschaft zu informieren und aufzuklären, um Angst, Misstrauen und Fremdenfeindlichkeit abzubauen.

Antragsbereich EI/ Antrag 2

*Kennnummer 8447
Kreisverband Emmendingen*

Integration durch Teilhabe

Integration durch Teilhabe

Wir begrüßen die Verabschiedung des Integrationsgesetzes
das, wenn konsequent umgesetzt, die Integration der
Flüchtlinge und das Zusammenleben forcieren wird. Wir
fordern die Überprüfung der konsequenten Umsetzung des
5 Integrationsgesetzes.

Erledigt durch Beschlusslage.

Darüber hinaus fordern wir:

- 10 • Teilhabe in unserer Gesellschaft- Integration von abgelehnten, jedoch geduldeten Asylbewerbern, die bereit sind und den Willen haben sich zu integrieren, die Sprachkurse besuchen, eine Ausbildung machen, einer Erwerbstätigkeit nachgehen
- 15 • denen, die sich integriert haben erhalten aus humanitären Gründen nach 5 Jahren ein Bleiberecht – Einzelfallprüfung nach folgenden Kriterien: Sprachkurse besucht haben, Kinder zur Schule gehen, sich über ihre Berufstätigkeit integriert haben
- 20 • unter der Regie der Jobcenter Berufsbezogene Deutschkurse gem. § 45a AufenthG.anbieten um die

Verzahnung von Sprachkurs und Berufsausbildung sicherzustellen bzw. einen automatisierten Datenaustausch ermöglichen

- Migrationsnetzwerke als Alltagsbegleiter, soweit vorhanden, für neuankommende Asylbewerber nützen bzw. aufbauen z.B. zur Übersetzung im Jobcenter einsetzen sowie die beschlossene

- Einführung der Gesundheitskarte für Asylbewerber

Begründung:

Die Teilhabe in unserer Gesellschaft sollte allen ermöglicht werden, deshalb sehen wir auch die Notwendigkeit der Sprachförderung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit für alle Flüchtlinge anzubieten.

Asylbewerber, die abgelehnt aber geduldet hier in Deutschland leben, müssen in unsere Gesellschaft aufgenommen, Angebote geschaffen werden um den Menschen einen Sinn für ihr Leben in Deutschland zu geben. Gut ausgebildet und die Deutsche Sprache beherrschend werden diese Menschen, wenn sie in ihre Heimat zurückgehen, wertvolle und wichtige Multiplikatoren sein.

Wer sich hier in Deutschland integriert hat, sollte auch die Möglichkeit erhalten sich entscheiden zu können, sofern dies möglich ist. Deshalb sollten diese Menschen nach Einzelfallprüfung ein Bleiberecht erhalten.

Größtmögliche Transparenz ist bei den Arbeitsmarktangeboten erforderlich. Deshalb sollte, auch aus Gründen der Transparenz und Verzahnung der berufsbegleitende Sprachkurs beim Jobcenter angesiedelt werden.

Asylbewerber mit einer sicheren Bleibeperspektive, die derzeit über das Bamf Sprachkurse sollten diese beim Jobcenter Ihre Sprachkurse machen. Der Datenaustausch zwischen Bamf und Jobcenter/Agentur für Arbeit sollte sichergestellt werden, damit der Stand der Sprachkenntnisse der einzelnen Personen nicht erneut geprüft werden muss.

Die bereits mehrfach beschlossene Gesundheitskarte ist sofort einzuführen, da diese zu einer erheblichen Vereinfachung mit den Ärzten und Krankenkassen führt.

Geflüchtetenpolitik

Geflüchtetenpolitik

Geflüchtetenpolitik

Annahme

5 Wir sehen die aktuellen Herausforderungen in der Geflüchtetenpolitik als Chance für eine sozialgerechte Gemeinschaft in Deutschland, Europa und der Welt.

10 Im eigentlich grenzenlosen Europa finden wieder Kontrollen statt. Damit steht für uns die Idee eines freien und geeinten Europas auf dem Spiel! Seit Jahren sterben schutzsuchende Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer auf
15 schrecklichste Art und Weise. Wir hinterfragen den Frontex Einsatz weiterhin kritisch. Denn die Agentur ist darauf ausgelegt, die Außengrenzen der EU zu schützen und Europa somit zu einer Art Festung zu machen. Wir fordern deshalb neue solidarische gesetzliche Regelungen auf europäischer Ebene und die sofortige Wiedereinführung und Finanzierung von Mare Nostrum auf europäischer Ebene.

20 Es muss aufgeklärt, vermittelt und erzählt werden. Schutz und Integration sollten in Zeiten wie dieser an oberster Stelle stehen. Im Zuge dessen darf auch die lasche Politik gegen rechts nicht weiter toleriert werden. Wir brauchen ein härteres Vorgehen gegen Fremden- und Ausländer*innenhass, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und Intoleranz. Ein
25 "Eingehen auf die Ängste" der Bürgerinnen und Bürger darf nicht als Deckmantel für polemische Äußerungen fungieren. Gerade die AfD betreibt eine emotionale Angstpolitik, hinter der häufig Hass und Wut steckt - das Verweisen auf Ängste wird professionell betrieben, um eine wirkliche Debatte auf sachlicher Ebene zu verhindern. Wir als SPD dürfen bei diesem
30 Spiel nicht mitmachen und sollten uns klar zu unseren Ansichten bekennen.

35 Integration ist keine Einbahnstraße - wir müssen den Weg gemeinsam gehen! Statt einer Angstpolitik, die uns gegeneinander ausspielt, brauchen wir Solidarität und Fairness für alle.

40 Wir müssen begreifen, dass die Schutzsuchenden Menschen wie wir sind. Weder verwertbares Humankapital für Wirtschaft und Markt, noch „Einwanderer und Einwanderinnen in die Sozialsysteme“. Folglich geht es nicht darum, Geflüchtete

nach deren wirtschaftlicher Verwertbarkeit zu klassifizieren, sondern in erster Linie um Schutz und Hilfe für unsere Mitmenschen in Not.

Wir fordern ein klares Konzept der Regierung zu den heutigen, durch das bestehende System hervorgerufenen, Herausforderungen. Es muss endlich ersichtlich sein, wie die Zukunft aussehen soll. Darum fordern wir einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, Abbau von unnötiger Bürokratie, Bildungsinvestitionen vor allem in Sprachkurse, legale und sichere Einwanderungsmöglichkeiten und psychosoziale Angebote für Geflüchtete. Eine Integration in den Arbeitsmarkt sollte durch verbesserte Beratungs- und Ausbildungsangebote erleichtert werden.

Die zeitliche Korrelation zwischen der Reduzierung der finanziellen Ausstattung der Flüchtlingscamps im Nahen Osten (Irak, Libanon, Syrien, Türkei und Jordanien) und dem massiven Anstieg der Geflüchtetenzahlen in Europa ist kein Zufall. Das Hilfsprogramm der UN-Welternährungsorganisation WFP war und ist massiv unterfinanziert.

Die schlechte materielle Ausstattung von Flüchtlingslagern und die gleichzeitige Perspektivlosigkeit sind zwei der wichtigsten Faktoren für die Migration von Geflüchteten nach Europa. Hätte man in den Jahren 2011 bis 2015 nur einen Teil der momentanen Unterbringungskosten für Geflüchtete in Deutschland stattdessen in die Finanzierung der Versorgung von Flüchtlingen in Syrien, den Irak und deren Anrainerstaaten ausgegeben, so hätte man eine ausreichende Versorgung mit Nahrung, sauberem Wasser, Wohnraum, medizinischer Versorgung, die Schaffung von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen sowie der Unterstützung der lokalen Verwaltungen gewährleisten können.

Der Hauptgrund für die Flucht dieser Menschen aus ihren Heimatländern, der Krieg in Syrien und dem Irak wird in naher Zukunft nicht enden.

Die aktuelle innenpolitische Situation in der Türkei zeigt, dass das aktuell Abkommen keine dauerhafte Lösung sein kann. Die Bekämpfung von Fluchtursachen kann sich nicht darauf beschränken, die Menschen an der Grenze festzuhalten.

Medienintegration als öffentlicher Auftrag

Medienintegration als öffentlicher Auftrag

Die SPD setzt sich politisch für mehrsprachige Nachrichtenformate in den öffentlich-rechtlichen Medien ein, um der Vielsprachigkeit in der Bevölkerung gerecht zu werden, Aufklärungsarbeit zu leisten und eine demokratische Alternative gegenüber Propagandainstrumenten anderer Länder in Deutschland anzubieten. Zu fokussieren im Kontext der Einwanderungswellen der letzten Jahren sind insbesondere: Russisch, Türkisch, Arabisch, Farsi, Französisch und Englisch. Auch Angebote wie Gebärdensprache sollen ausgebaut werden.

Ablehnung

**Familiennachzug
Schutzberechtigten**

bei

subsidiär

**Familiennachzug bei subsidiär
Schutzberechtigten**

Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte sofort zu beenden und die Verfahren des Familiennachzugs zu beschleunigen.

Annahme

Begründung:

Die Integration geflüchteter Menschen kann nur gelingen, wenn sie in Deutschland nicht nur eine neue Heimat für sich, sondern auch für ihre Kinder und Ehepartner finden.

15 Viele junge Männer haben sich im letzten Jahr alleine auf den Weg über das Mittelmeer und den Balkan gemacht, da dieser einfach zu beschwerlich und zu gefährlich für kleine Kinder ist. Sie hatten die Hoffnung, ihre Familie nachzuholen, sobald sie hier eine Wohnung und einen Arbeitsplatz gefunden haben.

20 Diese Möglichkeit haben sie jetzt nicht mehr, da subsidiär Schutzbedürftigen der Familiennachzug nun verwehrt wird.

25 Diese Entscheidung rückgängig zu machen, hätte keine neue Einwanderungswelle zur Folge, denn es handelt sich bei den Betroffenen nur um einen relativ geringen Anteil der Geflüchteten.

30 Es würde die Integration dieser Menschen jedoch enorm erleichtern und beschleunigen, denn Familie bindet, schafft Motivation, Halt und viele soziale Kontakte, z.B. in der Nachbarschaft, über die Kindergärten, Schulen, und Vereine. Es entsteht so auch weniger Verzweiflung, Aggression und Extremismus unter den Zugewanderten.

Ceta-TTIP

Antragsbereich CT/**Antrag 1**

Kennnummer 8368

Kreisverband Heilbronn-Land

Empfänger:

SPD-Abgeordnete der Fraktion der S&D

SPD-Bundestagsfraktion

Verhandlungen zu TTIP abbrechen

Verhandlungen zu TTIP abbrechen

Der Landesverband fordert die sozialdemokratischen Mandatsträger im EU Parlament und die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Verhandlungen zu TTIP in der jetzigen Form und Weise abzubrechen.

5

Begründung:

Bei den derzeitigen Verhandlungsgrundlagen handelt es sich offensichtlich um eine „Wunschliste“ von US-Konzernen. Es darf nicht sein, dass frei gewählten Parlamenten, in streng geheim geführten Verhandlungen, der Wille des Kapitals aufgedrängt wird.

10

Es sind nicht nur die Schiedsgerichte, die demokratische Entscheidungen konterkarieren können. Es steckt ungleich mehr dahinter, was die Demokratie auszuhebeln im Stande ist. Das ist nicht nur eine Mutmaßung sondern Gewissheit. Denn nicht umsonst sollen selbst die Parlamentarier nichts von den Verhandlungsinhalten erfahren

15

20

Antragsbereich CT/**Antrag 2**

Kennnummer 8369

Kreisverband Heilbronn-Land

Empfänger:

SPD-Abgeordnete der Fraktion der S&D

SPD-Bundestagsfraktion

Kein vorzeitiges Inkrafttreten von CETA

Kein vorzeitiges Inkrafttreten von CETA

Die EU Kommission plant eine vorläufige Anwendung des CETA Abkommens ohne auf die Ratifizierung durch die nationalen

Empfehlung erfolgt mündlich.

5 Parlamente zu warten. Sigmar Gabriel und die SPD Fraktion im Bundestag begrüßen ein vorzeitiges Inkrafttreten.

Der Landesverband fordert die sozialdemokratischen Mandatsträger im EU Parlament auf, einer vorzeitigen Anwendung des CETA 1 Abkommens nicht zuzustimmen. CETA darf erst in Kraft treten, 0 wenn der Ratifizierungsprozess vollständig abgeschlossen ist.

Der Landesverband fordert die Bundestagsfraktion im Bundestag auf, einer vorzeitigen Anwendung des CETA Abkommens zu widersprechen. CETA ist ein gemischtes Abkommen und erfordert 1 einen parlamentarischen Prozess unter Einbeziehung der Parteien und 5 einer gesellschaftlichen Diskussion.

Begründung:

Die Fraktion der SPD im Bundestag befürwortet ein vorzeitiges 2 Inkrafttreten des CETA Abkommens auch ohne die Ratifizierung 0 durch die nationalen Parlamente [1]. Damit widersprechen sie dem Beschluss Nummer 27 des ordentlichen Bundesparteitags in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015. Dort wurde beschlossen

„Der Verhandlungsprozess muss transparent sein, und am Ende 2 müssen alle nationalen Parlamente sowie das EU-Parlament über 5 die Abkommen abstimmen“

und

„... dass die nationalen und europäischen demokratischen 3 Willensbildungsprozesse und Entscheidungen in Parlamenten und 0 Regierungen aktiv in die Verhandlungen und in die

letztliche Entscheidung über die Abkommen einbezogen werden ...“

CETA wurde weder transparent verhandelt, noch wird auf die 3 Abstimmung der nationalen Parlamente gewartet. Die EU 5 Kommission argumentiert mit der Einhaltung der Lissaboner Verträge, welche eine vorzeitige Anwendung von Handelsverträgen ermöglicht. Das ist nicht im Sinne des Parteitagsbeschlusses. Des weiteren wurde beschlossen:

4 *„Um Kritik aufzugreifen und fortbestehende Sorgen von Bürgerinnen 0 und Bürgern zu entkräften, sind Dialog und Offenheit sowie weitere Fortschritte für mehr Transparenz unerlässlich. Um eine informierte öffentliche Debatte führen zu können, muss im Verfahren sowohl bei TTIP als auch bei CETA vor der Abstimmung über die Abkommen ausreichend Zeit eingeplant werden. „*

4

5 und

5 „... dass die Verhandlungen über die Abkommen transparent und für
0 alle Bürgerinnen und Bürger Europas nachvollziehbar geführt
werden;“

Wir stellen fest, dass die EU Kommission den Vertragstext im März
veröffentlicht hat [4]. Eine Übersetzung des Textes soll bis Juni 2016
5 verfügbar sein. Der Vertrag soll Anfang Oktober 2016 im EU
5 Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Unterschrift ist für
Ende Oktober 2016 geplant. Wir halten diesen Zeitraum nicht für
ausreichend, um eine öffentliche Debatte um die Inhalte von CETA
zu führen, geschweige denn Nachbesserungen zu fordern. Hinweis:
das Dokument umfasst im Original 1.598 Seiten Vertragstext.

6
0 Die rasche und überstürzte Anwendung von CETA ohne die dazu
notwendige öffentliche Diskussion schadet Europa. Europaskeptiker
gewinnen bei vielen Wahlen regen Zulauf. Die Europäische Idee
gerät ins Wanken. In manchen Staaten wie Frankreich ist eine
Mehrheit von Nationalisten nicht mehr ausgeschlossen. In Ungarn
6 und Polen ist es bereits Gewissheit. Die Entscheidung der EU
5 Kommission ist daher bedauerlich. Sie stärkt die Gefühle der Bürger,
die sich bereits von Europa verraten fühlen. Dies könnte auch bei den
britischen Bürgern im Juni die BREXIT Entscheidung fatal
beeinflussen.

Die SPD hat sich in einem Parteitagebeschluss für einen Weg der
sachlichen und fairen Auseinandersetzung mit CETA und TTIP
entschieden. In vielen SPD Verbänden finden TTIP
Informationsveranstaltungen statt. Die Parteimitglieder wollen an der
Meinungsbildung zu CETA und TTIP mitwirken. Umso
bedauerlicher ist, dass Sigmar Gabriel und die SPD Fraktion nicht bis
zu einer abgeschlossen Willensbildung in der SPD warten wollen. Sie
setzen sich damit über einen Beschluss der Partei hinweg. Damit
schaden sie der Partei und der europäischen Idee.

Quellen:

[1] PRESSEMITTEILUNG SPD Fraktion – AG Wirtschaft und
Energie

CETA – Europäisches Parlament und Bundestag/Bundesrat
entscheiden

[http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/ceta-
europaeisches-parlament-bundestagbundesrat-entscheiden](http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/ceta-europaeisches-parlament-bundestagbundesrat-entscheiden)

[2] Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember
2015

Beschluss - Nr. 27

„Globalisierung gestalten - fairen Handel ermöglichen –
demokratische Grundsätze

Gewährleisten“

<http://www.kulturrat.de/dokumente/ttipceta-spd.pdf>

[3] Bernd Lange, MdEP - Zur Frage der Ratifizierung von EU-Handelsabkommen - unter der besonderen Berücksichtigung des EU-Kanada Abkommens CETA -

http://www.bernd-lange.de/imperia/md/content/bezirkhannover/berndlange/2016/ratifizierung_von_handelsabkommen_-_bernd_lange.pdf/ratifizierung_von_handelsabkommen_-_bernd_lange.pdf

[4] CETA Vertragstext - COMPREHENSIVE ECONOMIC AND TRADE AGREEMENT (CETA) BETWEEN CANADA, OF THE ONE PART, AND THE EUROPEAN UNION

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Mitglieder der Antragskommission

Bender, Julien	Majer, Thorsten	Sagasser-Beil, Tanja
Binding, Lothar	Marvi, Judith	Schiele, Andrea
Boos, Luisa	Müller, Monika	Seitzl, Lina
Gilitschenski, Igor	Munzinger, Hannes	Soeder, Christian
Dr. Harsch, Daniela	Pawlowski, Sarah	Sorg, Anette
Kliche-Behnke, Dorothea	Pfaff, Raphael	Spörkel, Ralf
Könneke, Birte	Repasi, René	Vesper, Fabienne
Köpfl, Benjamin	Rolland, Gabi	Wahl, Florian
Lange, Christian	Dr. Rosemann, Martin	Weber, Jonas
Leber-Hoischen, Sabine	Roth, Jeannette	Weigle, Sebastian

Dr. Martin Rosemann MdB	Vorsitzender
Luisa Boos	Stellvertreterin
René Repasi	Stellvertreter

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Henkel GmbH Druckerei

